



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

„Entschädigungsdebatten in Südafrika“

Verfasserin

Manuela Knobloch

angestrebter akademischer Grad

Magistra der Philosophie (Mag.phil.)

Wien, 2013

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 390

Studienrichtung lt. Studienblatt: Afrikawissenschaften

Betreuer: Univ.-Doz. Dr. Berthold Unfried

Besonderer Dank gilt meinem Freund, der mich in meiner gesamten Studienzeit unterstützte und der mir in schwierigen Zeiten stets mit ermutigenden Worten und viel Geduld zur Seite stand. Dir sei diese Arbeit gewidmet.
Darüber hinaus bedanke ich mich herzlich bei Univ.-Doz. Dr. Berthold Unfried für die wissenschaftliche Betreuung meiner Arbeit.

1. Einleitung	1
2. Historischer Rückblick: Die Entwicklungsschritte Südafrikas	7
3. Südafrikas Neuanfang.....	10
3.1. Transition des politischen Systems	10
3.2. Transitional Justice im südafrikanischen Kontext.....	12
(a) Optionen der Vergangenheitsbewältigung	12
(b) Restorative Justice – der südafrikanische Weg	16
4. Finanzielle und nichtfinanzielle materielle Entschädigungen als Abgeltungsäquivalent für historisches Unrecht: Wahrnehmung und Bewertung durch südafrikanische AkteurInnen	21
4.1. Finanzielle Formen der Entschädigungen: Urgent Interim Reparation & Individual Reparation Grants.....	23
(a) Urgent Interim Reparation (UIR)	27
(b) Individual Reparation Grants (IRG)	33
(c) Kritik an der Entschädigungspolitik Südafrikas am Beispiel der Khulumani Support Group	42
4.2. Nichtfinanzielle materielle Formen der Entschädigung	53
(a) Landrestitution	54
(b) Affirmative Action	74
5. Conclusio	81

Verwendete Literatur

Abkürzungsverzeichnis

1. Einleitung

Mit dem formellen Ende der Apartheid 1994 stand die neue Regierung Südafrikas vor der schwierigen Aufgabe, wie die Aufarbeitung vergangener Menschenrechtsverletzungen im Übergang zur Demokratie gestaltet werden soll. Ziel war einen Weg zu eröffnen, wodurch die Konsolidierung einer demokratischen Kultur und das Herausbilden einer neuen, auf einem gemeinsamen Wertesystem basierenden, nationalen Identität ermöglicht werden.¹

Dabei ist die Frage des moralischen Handelns und Annerkennens der eigenen Verbrechen durch die Nationalstaaten selbst ein neues Phänomen. Erst mit Ende des zweiten Weltkrieges und verstärkt durch den Zusammenbruch der Sowjetunion rückten die Frage nach Gerechtigkeit und Moral in den Mittelpunkt der Politik und des öffentlichen Interesses.² Menschenrechts- und Demokratiediskurse etablierten sich als universaler Standard.

Massive Gräueltaten im Balkan, in Ruanda und Sierra Leone führten zu erhöhter Aufmerksamkeit durch Menschenrechtsorganisationen und öffentlichen Institutionen sowie zu einer verstärkten wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Feld der Transitional Justice.³ Mit der Gründung des International Center for Transitional Justice in New York 2001, welches sich als Plattform für den Erfahrungsaustausch von Vergangenheitspolitik betrachtet, wurde dieser Thematik ein institutioneller Rahmen gegeben.⁴

Im interdisziplinären Feld der Transitional Justice haben Staaten die Möglichkeit, auf unterschiedliche Ansätze der Vergangenheitsaufarbeitung zurückzugreifen, etwa das Einsetzen einer Wahrheitskommission, die strafrechtliche Verfolgung der Täter von Menschenrechtsverletzungen, materielle wie immaterielle Formen der Entschädigung, institutionelle Reformen und traditionelle Rechtsmechanismen, wie beispielsweise die gacaca Gerichte in Ruanda und mato oput in Uganda.⁵ Finanzielle wie materieller Ausgleich gelten hierbei als besonders komplex und als eines der kontroversesten Elemente der Transitional Justice:

¹ Vgl. *Helmut Kramer*, Vorwort, in: Georg Bacher, *Der Beitrag von Wahrheitskommissionen zur Friedenskonsolidierung und dauerhaften Versöhnung: das Beispiel Südafrika*. Frankfurt am Main, Wien [u.a.] 2004, 9-10, hier 9.

² Vgl. *Elazar Barkan*, *Völker klagen an: eine neue internationale Moral*. Düsseldorf 2002, 12.

³ Vgl. *Jemima García-Godos*, *Victim Reparations in Transitional Justice – What is at stake and why?* in: NJHR, Vol. 26, Nr. 2, Oslo 2008, 111-130, hier 111.

⁴ Vgl. *Anika Oettler*, *Vergangenheitspolitik zwischen globalen Normen und lokalen Verhältnissen*, in: GIGA-Focus, Nr. 6, Hamburg 2006, 1-8, hier 3f.

⁵ Vgl. *Jasmina Brankovic*, *Advocating Justice: Civil Society and Transitional Justice in Africa*, Workshop Report, 30-31 August 2010, Johannesburg, South Africa, 1-18, hier 2.

http://www.csvr.org.za/docs/Advocating_Justice.pdf [Zugriff: 18. September 2011]

„It is complex because reparation has multiple meanings (e.g. it does not simply mean compensation and it is definitely not merely a financial issue) and because implementation of reparation schemes is ostensibly dependent on the juxtaposition of political, cultural and historic forces specific to a given country; it is controversial partly because reparation entails an exchange – a give and take – of money, land or service, as well as an acknowledgement of wrongdoing, and thus, ostensibly, it produces losers and winners.“⁶

Als Südafrika nach dem formellen Ende der Apartheid 1994 vor den Trümmern der Vergangenheit stand, entschloss man sich nach der Angelobung Nelson Mandelas als neuen Staatspräsidenten im Mai 1994 den Weg der Geschichtsaufarbeitung durch das Errichten der Wahrheits- und Versöhnungskommission (Truth and Reconciliation Commission, TRC) zu beschreiten.⁷ Dabei konnten die Erfahrungen der weltweit vorangegangenen Wahrheitskommissionen in der Gestaltung des südafrikanischen Modells mit einbezogen werden.⁸ Von besonderem Interesse waren die Erkenntnisse der Transitionsgesellschaften in Osteuropa und Lateinamerika.⁹

Historisch betrachtet war das Einsetzen einer Transitionsinstitution in Südafrika von besonderer Gewichtung, da dort „[...] die Herrschaft der Weißen und die damit einhergehende Politik von Rassentrennung und Diskriminierung [und die] kapitalistische Ausbeutung und politische Polarisierung ihre extremsten Formen erreicht hatten.“¹⁰ Zudem war die letzte Phase der Apartheid, die 1980er Jahre, massiv von Gewalt geprägt. In der Übergangszeit vom Apartheidsystem zu einer pluralistischen Demokratie (1990 bis 1994) kamen mehr Menschen durch politisch motivierte Gewalt zu Tode, als in den neunzehn Jahren zuvor.

Angesichts der verhärteten Positionen und des zunehmend gewaltvolleren Klimas bestand die Befürchtung, dass der Kampf um die Macht in Südafrika eskalieren und eine Politik des Schweigens und Vergessens in einen landesweiten Bürgerkrieg führen würde.¹¹ Ein regionaler Vergleich zu den Nachbarstaaten Namibia, Mozambique und Zimbabwe macht deutlich, wie

⁶ Warren Buford/Hugo van der Merwe, Reparations in Southern Africa, in: Cahiers d'études africaines, Vol. 44, Issue 1-2, 2004. <http://www.csvr.org.za/docs/reconciliation/reparationsinsouthernafrika.pdf> [Zugriff: 14. September 2011]

⁷ Vgl. Roland Zimmermann, Südafrika: Das Beispiel einer geglückten Erinnerungspolitik? in: Joachim Landkammer (Hrsg.), Erinnerungsmanagement: Systemtransformation und Vergangenheitspolitik im internationalen Vergleich. München 2006, 161-198, hier 161.

⁸ Priscilla B. Hayner, Fifteen Truth Commissions-1974 to 1994: A Comparative Study, in: HRQ, Nr. 16, Baltimore 1994, 597-655, hier 598.

⁹ Vgl. Alex Boraine, A Country Unmasked: Inside South Africa's Truth and Reconciliation Commission. 1. Publ., Oxford [u.a.] 2000, 16.

¹⁰ Christoph Marx, Von der Versöhnung zur Entsorgung? Die Wahrheitskommissionen im Umgang mit der Vergangenheit im „neuen“ Südafrika, in: Comparativ, Jg. 14, Nr. 5/6, Leipzig 2004, 107-123, hier 108.

¹¹ Vgl. South Africa/Truth and Reconciliation Commission, Das Schweigen gebrochen: Geschichte – Anhörungen – Perspektiven. Frankfurt am Main 2000, 46-50.

schwierig eine kritische und öffentliche Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit ist, sofern sie denn überhaupt stattfindet.¹²

In einem Zeitraum von Jänner 1996 bis Oktober 1998 führte die Wahrheits- und Versöhnungskommission mehr als 21.000 Anhörungen und Untersuchungen durch, deren Ergebnisse in einem ersten fünfbändigen Zwischenbericht Ende 1998 an Präsident Nelson Mandela übergeben wurden. Offiziell beendet wurde die Arbeit aber erst mit der Veröffentlichung des letzten Bandes im März 2003.

Trotz zahlreicher Vorläufer hat die südafrikanische Wahrheits- und Versöhnungskommission weltweite Aufmerksamkeit erlangt, indem sie erstmals zwei Komponenten, die der „Wahrheit“ und der Amnestie verbunden und somit einen Präzedenzfall geschaffen hat. Da der Wahrheitsbegriff ein zu vielschichtiges Konzept ist, differenzierte die Kommission für ihren Arbeitsprozess zwischen vier, sehr unterschiedlichen Arten von „Wahrheit“: „factual or forensic truth; personal or narrative truth; social or ‘dialogue’ truth [...] and healing and restorative truth.“¹³

Das besondere an diesem Modell lag darin, die Täter durch Aussicht auf Amnestie aktiv zur Mitarbeit am Aufarbeitungsprozess zu mobilisieren¹⁴, wodurch die Perspektive einer finanziellen Entschädigung für die Opfer¹⁵ eröffnet wurde. Den Ursprung des individuellen Ausgleichs für schwere Menschenrechtsverletzungen findet man in den deutschen Entschädigungszahlungen nach dem Zweiten Weltkrieg, wie Barkan konstatiert: „Das war der Moment, in dem die moderne Idee der Entschädigung historischen Unrechts geboren wurde. Er [der Holocaust, Anm.d.Verf.] ist zum Maßstab des absoluten Genozids geworden, mit dem die Opfer anderer historischer Verbrechen ihr eigenes Leid messen.“¹⁶ Heute hat das Thema der finanziellen wie materiellen Entschädigung maßgeblich an Bedeutung gewonnen. Beeinflusst wurde diese Entwicklung durch die Etablierung des Rechts auf Entschädigungen für erlebtes Leid im internationalen Recht. Ein weiterer Aspekt für die Brisanz dieser Thematik sind zahlreiche Klagen gegen Unternehmen wie Einzeltäter und die daraus resultierenden Entschädigungszahlungen. Besonders richtungweisend war der Fall *Filartiga v. Pena-Irala* in den Vereinigten Staaten sowie das Urteil des Inter-Amerikanischen Gerichtshofs

¹² Vgl. *Christoph Marx*, Gedenken, Geschichte und Versöhnung in Südafrika und Zimbabwe, in: *Afrika Spectrum*, Vol. 41, Nr. 2, Hamburg 2006, 155-174, hier 168f; Vgl. *Christopher J. Colvin*, Civil Society and Reconciliation in Southern Africa, in: *DP*, Vol. 17, Nr. 3, Oxford 2007, 322-337, hier 324f.

¹³ *Report of the Truth and Reconciliation Commission of South Africa* 1998, 5 Bände, Cape Town 1998, Vol. 1, Chapter 5, 110; Vgl. *Boraine*, *A Country Unmasked*, 288-291.

¹⁴ Vgl. *Zimmermann*, *Südafrika*, 175.

¹⁵ Die Bezeichnung Opfer und Überlebende werden in dieser Arbeit synonym verwendet. Während die Wahrheits- und Versöhnungskommission mit dem Opfer-Begriff in ihrem Arbeitsprozess operierte, bevorzugten zivilgesellschaftliche Gruppen und die Kommission selbst die Bezeichnung der/des Überlebenden auf Grund der positiven Konnotation.

¹⁶ *Barkan*, *Völker klagen an*, 20.

für Menschenrechte im Präzedenzfall von Velásquez-Rodríguez gegen Honduras im Jahr 1988.¹⁷ Das Gericht entschied bei letzterem, dass der Staat durch die Verletzung des Menschenrechtsschutzes die Verpflichtung nach finanziellem Schadenersatz an die Opfer trägt und legte zudem umfangreiche Entschädigungsmaßnahmen fest.¹⁸

Auf der UN Weltkonferenz gegen Rassismus in Durban 2001 stieg die kontroverse Thematik der Entschädigung für vergangenes Unrecht erstmals auf eine internationale Agenda auf und fand vor allem im afrikanischen Raum zunehmend Interesse.¹⁹

Obwohl die südafrikanische Wahrheits- und Versöhnungskommission international zum Inbegriff einer erfolgreichen Vergangenheitsbewältigung avancierte, äußerten sich in Südafrika immer mehr kritische Stimmen, die die Versäumnisse und Defizite aufzeigen. Dies gilt insbesondere für den Aspekt der individuellen Entschädigungen: diese stellten zwar einen zentralen Bestandteil der Versöhnungspolitik der TRC dar, doch stehen viele Zahlungen bis heute aus oder waren aus der Sicht der Opfer unzureichend. Eine ähnliche Tendenz ist bei den materiellen Entschädigungsprogrammen feststellbar, die außerhalb der Kommission umgesetzt wurden. Um die individuellen Ansprüche der Opfer zu koordinieren, organisieren sich Überlebende heute in zivilgesellschaftlichen Gruppen und setzen zahlreiche öffentliche Initiativen, um ihre Forderungen nach Entschädigung geltend zu machen.

Zielsetzung dieser Arbeit ist anhand einer Literaturstudie ein umfassendes Bild der Entschädigungsdebatte in Südafrika nach dem Ende der Apartheid aufzuzeigen und unter Anbetracht der Aktualität der Thematik einen Beitrag zur wissenschaftlichen Debatte um Entschädigungen zu leisten.

Ausgehend vom 5. Band des Zwischenberichts und den darin festgehaltenen Entschädigungsmaßnahmen werde ich analysieren, in welchem Umfang sie implementiert und in Folge von südafrikanischen AkteurInnen wahrgenommen bzw. bewertet wurden.

Mein Fokus richtet sich hierbei auf finanzielle und im weiteren Sinn materielle Formen des Ausgleichs: Urgent Interim Reparation, Individual Reparation Grants, Landrestitution und indirekt Affirmative Action. Keine Berücksichtigung finden in meiner Untersuchung

¹⁷ Vgl. *Jeremy Sarkin*, The Coming of Age of Claims for Reparations for Human Rights Abuses Committed in the South, in: *SUR-International Journal on Human Rights*, Year 1, Nr. 1, São Paulo 2004, 67-102, hier 68f.

¹⁸ Vgl. *Ruti Teitel*, *Transitional Justice*. Oxford 2000, 124f.

¹⁹ Vgl. *Rhoda E. Howard-Hassmann/Anthony P. Lombardo*, Framing Reparation Claims: Differences between the African and Jewish Social Movements for Reparations, in: *AfrStudRev*, Vol. 50, Nr. 1, Waltham 2007, 27-48, hier 28.

Maßnahmen symbolischen Charakters, wie etwa das „Aussprechen der Wahrheit“, die Einrichtung von Gedenkstätten oder öffentliche Entschuldigungen

Der theoretische Rahmen dieser Untersuchung umfasst zwei Ansätze, Nation-Building und Transitional Justice, wobei mein Fokus auf letzterem liegt.

Nation-Building ist ein altes Konzept, das bereits in den 1950er und 1960er Jahren im Zentrum der damaligen Entwicklungspolitik stand und modernisierungstheoretisch geprägt war. Die eurozentristische Perspektive ging von der Annahme aus, dass wirtschaftliche und politische Entwicklung nur im Rahmen der Grundkategorien Nationalstaat und Nationalität erfolgreich sei. Nachdem das politische Konzept im Laufe der 1970er Jahre kaum mehr im wissenschaftlichen Diskurs vorhanden war, wurde es im Kontext komplexer Gewaltkonflikte in den 1990er Jahren wieder diskutiert und wird nicht nur als präventive Option zur Vermeidung von Staatsverfall und gesellschaftlicher Fragmentierung betrachtet, sondern auch als Element der Konfliktnachsorge.²⁰

Der Nation-Building Prozess am Beispiel von Südafrika erwies sich als besonders schwierig, da das Land einer akkumulierten Geschichte des Unrechts und mehreren, voneinander geschiedenen Gesellschaften innerhalb eines Staates gegenüberstand. Deshalb einigte man sich auf die Errichtung einer vermittelnden Transitionsinstitution, dem Grundpfeiler des Nation-Building Prozesses, die zwischen innergesellschaftlichen Extrempositionen zu vermitteln vermochte.²¹

Zwei Ebenen sind in demokratischen Transformationsprozessen sichtbar: die politische und die gesellschaftliche, die in reziproker Beziehung zueinander stehen und nur gemeinsam eine Konsolidierung der Demokratie ermöglichen. Während im State-Building Prozess alte autoritäre Strukturen des Apartheidstaates durch demokratische ersetzt wurden, ging bzw. geht es im Nation-Building Prozess darum, gesellschaftliche Rahmenbedingungen zu schaffen, die das Zusammenwachsen der pluralistischen Gesellschaft gewähren. Die Herausforderungen, die nun an den neuen Staat Südafrika gestellt wurden, umfassten die Regelung gesellschaftlicher Vielfalt, Maßnahmen zur Eindämmung der Gewalt sowie die Schaffung wirtschaftlicher Entwicklungsfähigkeit.²² Letzterer Punkt war insofern entscheidend, als dass neben staatlichen Entschädigungen die Vergangenheits- und Zukunftspolitik des südafrikanischen Staates eine Verteilung des Wohlstandes beinhaltete:

²⁰ Vgl. *Jochen Hippler* (Hrsg.), *Nation-Building: ein Schlüsselkonzept für friedliche Konfliktbearbeitung?* Bonn 2004, 16ff.

²¹ Vgl. *Stephan Kaußen*, *Von der Apartheid zur Demokratie: die politische Transformation Südafrikas*. Wiesbaden 2003, 185f.

²² Vgl. *Rolf Lange*, *Südafrika auf dem Weg zur Demokratie: Föderalismus als Option der Konsolidierung?* Münster 1998, 234f.

durch wirtschaftliche Veränderungen sollten auch untere Gesellschaftsschichten finanziell profitieren.²³

Als Ergänzung zur Nation-Building Theorie steht das Konzept der Transitional Justice, das in den späteren 1970er Jahren und frühen 1990er Jahren politische Veränderungen in Lateinamerika und Osteuropa zu erfassen suchte.²⁴ Es geht der Frage nach, wie mit Unrecht und Repression eines vergangenen Regimes umgegangen werden soll, in einer Perspektive, die die soziale und politische Versöhnung fördert und die Grundlage für eine demokratische Konsolidierung legt ohne die politische Transformation zu gefährden. Dieses Konzept sucht Anerkennung für Opfer von systematischen Menschenrechtsverletzungen über die Straffreiheit hinaus, da das existierende Justizsystem in den meisten Übergangsgesellschaften nicht in der Lage ist ein umfassendes Strafprogramm zu tragen und die ausgehandelten Kompromisse des Übergangs den alten Eliten oft Straffreiheit zusichern. In dieser Situation bietet eine opferorientierte Form von Transitional Justice eine Alternative, wo der Schwerpunkt auf bedingter Amnestie und Entschädigungen liegt.²⁵

Einen hierfür relevanten Ansatz stellt das Werk „Unspeakable Truths: Facing the Challenge of Truth Commissions“ von Priscilla B. Hayner dar.

Ihr Buch liefert eine ausführliche und umfassende Diskussion ausgewählter Wahrheitskommissionen. Obwohl der Fokus ihres Werks nicht auf Entschädigungen liegt, liefert es jedoch einen systematischen Überblick von opferorientierten Strategien der Restorative Justice, einem Teilbereich der Transitional Justice, die politischen Entscheidungsträgern zur Verfügung stehen und eine demokratische Konsolidierung ermöglichen sollen. Hayner nennt hierzu „restitution, compensation, rehabilitation, satisfaction, and guarantees of nonrepetition.“²⁶ Hayners Perspektive hinsichtlich der Rolle von Entschädigungsmaßnahmen in Prozessen der Transitional Justice ist auf Opfer fokussiert. Sie zeigt auf, inwieweit das „Aussprechen der Wahrheit“ und geschaffene Entschädigungsrichtlinien die individuelle Ebene beeinflussen. Darüber hinaus beschäftigt sie sich auch mit den Dilemmata, mit denen Wahrheitskommissionen in ihrer Arbeit konfrontiert sind: die Probleme der Festlegung von Opferkategorien, die Frage nach ausreichenden

²³ Vgl. *Kaußen*, Von der Apartheid zur Demokratie, 200.

²⁴ Vgl. *Ruti Teitel*, Transitional Justice Genealogy, in: HHRJ, Vol. 16, Cambridge 2003, 69-94, hier 17; Vgl. *Jon Elster*, Die Akten schließen: Recht und Gerechtigkeit nach dem Ende von Diktaturen. Frankfurt/Main [u.a.] 2005, 75-82.

²⁵ Vgl. *Charles Villa-Vicencio*, Transitional Justice, Restoration, and Prosecution, in: *Dennis Sullivan* (Hrsg.), Handbook of restorative Justice: a global Perspective. London 2006, 387-400, hier 387.

²⁶ *Priscilla B. Hayner*, Unspeakable Truths: Facing the Challenge of Truth Commissions [Confronting State Terror and Atrocity]. New York [u.a.] 2002, 171.

Ressourcen, der Implementierung von Entschädigungen durch die neuen demokratischen Führungskräfte und überhöhte Erwartungen durch die Opfer.²⁷

Bevor ich konkret auf die verschiedenen Entschädigungsformen und deren Wahrnehmung und Bewertung in Südafrika eingehe, werde ich zunächst den historischen Rahmen für diese Thematik liefern.

2. Historischer Rückblick: Die Entwicklungsschritte Südafrikas

Bedeutende Elemente der ethnischen Trennung und der rassistischen Ausbeutungs- und Herrschaftspraktiken haben ihren Ursprung bereits in der Kolonisierung Südafrikas im Jahr 1652. Mit der Errichtung einer Handelsstation der holländischen Ostindien Kompanie und dem verstärkten Zuzug von protestantischen Kolonisten aus Holland, Deutschland und Frankreich, kam es zu ersten Auseinandersetzungen mit den Khoi, die sich im Kontext einer zunehmenden Landverkleinerung in ihrer Lebensgrundlage als Viehhalter bedroht fühlten.²⁸ Gleichzeitig setzte auf Grund der Knappheit billiger Arbeitskräfte am Kap der Import von Sklaven aus dem asiatischen Raum (Indien, Indonesien) und später aus Madagaskar und dem afrikanischen Kontinent ein.²⁹ Nach dem Zusammenbruch der holländischen Ostindien Kompanie in den 1790er Jahren übernahm die britische Krone schrittweise die Kapprovinz bis sie schließlich 1815 offiziell britische Kronkolonie wurde.³⁰ Dies bedeutete gleichzeitig, dass die Abolition des Sklavenhandels (1807) und Abschaffung der Sklavenhaltung (1834) in Großbritannien auch die ansässigen Siedler am Kap betraf, die daraufhin erste Passgesetze für Nicht-Weiße einführten, um weiterhin die Kontrolle über die billigen Arbeitskräfte und ihre florierende Wirtschaft zu sichern.³¹ Die britische Expansionspolitik und die Aneignung von größerem Siedlungsraum durch die Buren bedeutete gleichzeitig die Vertreibung und Unterwerfung afrikanischer Völker, deren bewaffneter Widerstand mit dem Ende des letzten „Kaffern-Krieges“ 1878 gegen die Xhosa endgültig gebrochen wurde.³² Der Kampf um die

²⁷ Ibid., 180f.

²⁸ Vgl. *Jörg Fisch*, Geschichte Südafrikas. München 1990, 54-57/73.

²⁹ Vgl. *Christoph Marx*, Südafrika: Geschichte und Gegenwart. Stuttgart 2012, 36f.

³⁰ Vgl. *Thomas Rodey Hope Davenport*, South Africa: a modern History. 5. Edition. Basingstoke 2001, 40-43.

³¹ Vgl. *Walter Schicho*, Handbuch Afrika: Zentralafrika, südliches Afrika und die Staaten im Indischen Ozean. Band 1, 1. Auflage, Frankfurt am Main 1999, 139.

³² Vgl. *Suitbert Schmüdderich*, Der schwarze Widerstand, in: *Hanns Werner Maull* (Hrsg.): Südafrika: Politik – Gesellschaft – Wirtschaft vor dem Ende der Apartheid. Opladen 1990, 129-190, hier 129.

weiße Vorherrschaft mündete im Anglo-Burenkrieg (1899-1902), bei dem die Briten als Sieger hervorgingen.³³ Trotz der Kriegsniederlage der Buren zeichnete sich immer mehr eine Allianz der ehemals verfeindeten Parteien ab. Die unüberwindbaren Differenzen konnten in Verhandlungen beigelegt werden und eine Koalition gebildet. Die Gründung der Südafrikanischen Union war mit der Verabschiedung der Verfassung durch das britische Parlament 1910 besiegelt.³⁴

Die Befreiungsbewegung der Nicht-Weißen Bevölkerung gelang es erst im Jahr 1912 mit der Gründung des South African Native National Congress, der ab 1923 den Namen African National Congress (ANC) trug, einen einheitlichen Block zu bilden und Widerstand gegen die zunehmende Diskriminierung zu leisten.³⁵ Die Autobiographie von Nelson Mandela gibt Aufschluss über die zunehmend einschränkende Lebenssituation in den darauf folgenden Jahren:

„[...] angefangen mit dem Land Act von 1913, der die Schwarzen um 87% des Territoriums im Land ihrer Geburt gebracht hatte, über den Urban Areas Act von 1923, der überbevölkerte afrikanische Slums begründete, die man beschönigend ‚Native Locations‘ nannte, den Color Bar Act von 1926, der Afrikanern die Ausübung von Fachberufen untersagte, der Native Administration Act von 1927, der anstelle der Höchsten Häuptlinge die britische Krone zum Obersten Herrscher über alle afrikanischen Gebiete machte, bis hin schließlich, 1936, zum Natives Representative Act, der Afrikaner am Kap des Allgemeinen Wahlrechts beraubte und damit die Illusion zerstörte, die Weißen könnten den Afrikanern erlauben, ihr eigenes Schicksal zu bestimmen.“³⁶

Mit der Machtübernahme der Nasionalen Party (NP) 1948 wurden zahlreiche legislative Maßnahmen ergriffen, die das Ziel verfolgten „to segregate every aspect of political, economic, cultural, sporting and social life [...]“.³⁷ Der Grundpfeiler der Apartheid-Legalität stellte das Gesetz über die Registrierung der Bevölkerung (Population Registration Act, 1950) dar. Es bestimmte die ethnische Einordnung und soziokulturelle Hierarchisierung der Menschen in Südafrika in vier Kategorien, die mit je unterschiedlichen Rechten und Privilegien ausgestattet wurden: Weiße, Asiaten, Coloureds und Schwarze.³⁸ Mit der Umsetzung des Gesetzes über getrennte Wohngebiete im Jahr 1954 (Group Areas Act, 1950),

³³ Vgl. *Schicho*, Handbuch Afrika, 140.

³⁴ Vgl. *Roland Zimmermann*, Demokratie und das südliche Afrika: Antagonismus oder Annäherung? 1. Aufl., Wiesbaden 2004, 154f.

³⁵ Vgl. *Franz Ansprenger*, Südafrika: Eine Geschichte von Freiheitskämpfen. Mannheim/Wien 1994, 35.

³⁶ *Nelson Mandela*, Der lange Weg zur Freiheit. Hamburg 2006, 132.

³⁷ *Report of the Truth and Reconciliation Commission* 1998, Vol. 1, Chapter 2, 30.

³⁸ Vgl. *Denis Dressel*, Der lange Weg zum Frieden: konstruktive Konfliktbearbeitung in Südafrika. Münster 2001, 59.

das Malan „[...] als wahre Essenz der Apartheid bezeichnete [...]“³⁹, begannen massenhafte Zwangsumsiedelungen und Vertreibungen der Nicht-Weißen Bevölkerung in die für sie vorgesehenen Gebiete, in denen sie nun leben und arbeiten durften.⁴⁰ Auch im ökonomischen Bereich wurde auf Grund des Bedarfs an billigen Arbeitskräften an der hierarchischen Ordnung festgehalten. Mit dem so genannten Jobreservation Act blieben höher qualifizierte Arbeitsplätze ausschließlich Weißen vorbehalten.⁴¹ Die weitere Abgrenzung der weißen Gebiete durch die Einführung von Passgesetze sowie Aufenthaltskontrollen zur Überwachung des Zuzugs von schwarzen Arbeitern konnte jedoch nicht die Verstärkung durch Illegale aufhalten. Um die Konkurrenz für Weiße auf dem Arbeitsmarkt zusätzlich zu reduzieren und die schwarze Opposition zu schwächen, wurde mittels dem Bantu Education Act von 1953 die Einführung eines getrennten Schulsystems beschlossen. Dadurch erlangte der Staat die Kontrolle über alle südafrikanischen Schulen (private wie Missionsschulen) und konnte somit auch über die Bildungsausgaben entscheiden, die für Schwarze weitaus geringer ausfielen.⁴² Der Erlass des Promotion of Bantu Self-Government Act 1959 bedeutete den Beginn der Selbstverwaltung der afrikanischen Reservaten.⁴³ Hierfür wurden zehn Bantustans gebildet (auch Homelands genannt), denen die afrikanischen Bevölkerungsgruppen nach sprachlich-ethnischen Merkmalen zugeordnet wurden und die schrittweise einen völlig souveränen Status erlangen sollten. Gleichzeitig wurde der Nicht-weißen Bevölkerung damit die südafrikanische Staatsbürgerschaft abgesprochen und sie wurden „allgemein zu Bürgern dieser Phantomstaaten.“⁴⁴ Wirtschaftlich betrachtet waren die Bantustans anfällig für Korruption und geprägt von Armut. Grund dafür war nicht nur die hohe Bevölkerungsdichte, sondern auch eine schlechte Infrastruktur und fehlende Arbeitsplätze im industriellen Bereich sowie unzureichender Boden für die landwirtschaftliche Nutzung.⁴⁵ Entgegen den Empfehlungen der Tomlinson-Kommission⁴⁶ bot die Regierung kaum finanzielle Unterstützung und die Bantustans erfüllten ihre vorrangige Funktion als Arbeitskräftereservoir.

³⁹ Mandela, Der lange Weg zur Freiheit, 149.

⁴⁰ Vgl. *South Africa/Truth and Reconciliation Commission*, Das Schweigen gebrochen, 40.

⁴¹ Vgl. Zimmermann, Demokratie, 172.

⁴² Vgl. Fisch, Geschichte Südafrikas, 294-300.

⁴³ Dressel, Der lange Weg zum Frieden, 61.

⁴⁴ Schicho, Handbuch Afrika, 154.

⁴⁵ Vgl. Fisch, Geschichte Südafrikas, 317-320.

⁴⁶ Die Tomlinson Kommission wurde beauftragt, Strategien zur wirtschaftlichen Belebung der Bantustans zu entwickeln. Der 1955 vorgelegte Abschlussbericht kam zu dem Schluss, dass finanzielle Maßnahmen notwendig wären, um die 8 Millionen Menschen dort zu beherbergen und ihnen ein Auskommen zu sichern. Ein Großteil der Empfehlungen wurde von der Regierung verworfen, da sie als zu teuer angesehen wurden. (Vgl. Stephan Raabe, Die Geschichte Südafrikas von 1652 bis 1978 im Überblick, in: Hanns Werner Maull (Hrsg.), Südafrika: Politik – Gesellschaft – Wirtschaft vor dem Ende der Apartheid. Opladen: 1990, 13-74, hier 57f.)

Im internationalen Kontext wurde die Apartheidpolitik von der Völkergemeinschaft im Jahr 1966 als „crime against humanity“⁴⁷ verurteilt. Die Vereinten Nationen verabschiedete zahlreiche Resolutionen⁴⁸, deren Umsetzbarkeit jedoch stark eingeschränkt war. Sanktionen wurden unterlaufen, sobald sie die eigenen wirtschaftlichen und politischen Interessen der Industriestaaten betrafen.⁴⁹

3. Südafrikas Neuanfang

3.1. Transition des politischen Systems

Ende der 1980er Jahre hatten sich die Konfliktparteien in eine ausweglose Situation manövriert: Der Staat war innenpolitisch destabilisiert und einem zunehmenden internationalen Druck ausgesetzt. Zudem war er durch seine aggressive Außenpolitik, die Kosten der Apartheid und hohe Verschuldung stark geschwächt.⁵⁰ Auf der anderen Seite hatte der ANC mit dem Ende des Kalten Krieges nicht nur an Bedrohlichkeit verloren, er konnte auch keine materielle und ideologische Unterstützung mehr aus dem sozialistischen Lager erwarten. In dieser Situation löste F.W. de Klerk 1989 P.W. Botha als Präsidenten und Chef der NP ab und leitete einen demokratischen Transformationsprozess ein⁵¹, der 1990 mit der Freilassung Nelson Mandelas und der Legalisierung der 58 verbotenen Widerstandsbewegungen, allen voran African National Congress, Pan Africanist Congress (PAC) und South African Communist Party (SACP), seinen Beginn fand.⁵² Das Ende der

⁴⁷ UN-Generalversammlung 1966, Resolution A/RES/2202 (XXI).

⁴⁸ Ausgangspunkt der Kritik an der ethnischen Trennung in Südafrika bildete die Präambel der UN-Charta über die Gleichheit und Selbstbestimmung der Menschen. 1950 deklarierte die Generalversammlung erstmals, dass „a policy of ‚racial segregation‘ (*Apartheid*) is necessarily based on doctrines of racial discrimination“ (UN Resolution: A/RES/395 (V)). 1962 wurde das „Special Committee on the Policies of Apartheid of the Government of the Republic of South Africa“ einberufen, dass die Aktivitäten der Regierung unter Beobachtung stellte. Zudem wurden die Mitgliedsstaaten aufgerufen, Sanktionen zu ergreifen. (UN-Resolution: A/RES/1761 (XVII)) Der Sicherheitsrat äußerte 1960 seine Bedenken, dass die bestehende Politik „might endanger international peace and security“ (UN Resolution: S/4300) und forderte 1963 alle Staaten auf „to cease forthwith the sale and shipment of arms, ammunition of all types and military vehicles to South Africa.“ (UN-Resolution: S/5386)

⁴⁹ Vgl. *Schicho*, Handbuch Afrika, 158.

⁵⁰ Vgl. *Zimmermann*, Demokratie, 193.

⁵¹ Vgl. *Lange*, Südafrika auf dem Weg zur Demokratie, 58f.

⁵² Vgl. *Report of the Truth and Reconciliation Commission* 1998, Vol. 2, Chapter 7, 583.

Apartheid erfolgte demnach nicht durch einen blutigen Umsturz, sondern durch eine „ausgehandelte Revolution“.⁵³

Die ersten freien Parlamentswahlen 1994 waren der Abschluss eines schwierigen Übergangsprozesses: ausgelöst durch die ANC-Dominanz in den Verhandlungsgesprächen mit der Regierungspartei kam es erneut zu einer Eskalation der Gewalt. Diese unterschied sich jedoch qualitativ zu jener der 1980er Jahren, wie Wilson feststellt: „it was less targeted at individuals and leaders of political organizations but was randomized, creating a climate of terror and intimidation.“⁵⁴

Die massivsten Auseinandersetzungen fanden zwischen den konkurrierenden Parteien ANC und Inkatha Freedom Party (IFP) statt.⁵⁵ Aus Protest gegen die Interimsverfassung Ende 1993 verbündete sich die IFP mit der burischen Afrikaner-Volksfront (AVP) und drohte mit einem Wahlboykott, sofern nicht Zugeständnisse zu ihren Gunsten einlangten. Parallel wurde Buthelezis Forderung nach Selbstbestimmung für die Zulus nachgekommen, sodass die IFP an einer Sezession von KwaZulu/Natal im Osten Südafrikas arbeitete, während die AVP ebenfalls die Sezession eines „Volksstaates“ im Norden anstrebte.⁵⁶ Der ANC seinerseits versuchte durch die Organisation von Massenkampagnen den Verhandlungspartner unter Druck zu setzen. Laut James Hamill jedoch nur mit mäßigem Erfolg.⁵⁷

Letztlich konnten alle Parteien durch Kompromisslösungen zur Wahlteilnahme bewegt werden. Der ANC ging mit 62,6% als deutlicher Gewinner hervor und eine Regierung der Nationalen Einheit wurde unter dem neuen Staatspräsidenten Nelson Mandela gebildet, F. W. de Klerk und Thabo Mbeki traten ihr Amt als Vizepräsidenten an.⁵⁸

⁵³ Marx, Von der Versöhnung zur Entsorgung? 108.

⁵⁴ Richard A. Wilson, *The Politics of Truth and Reconciliation in South Africa: Legitimizing the Post-Apartheid State*. 4. Aufl., Cambridge [u.a.] 2005, 63.

⁵⁵ Die Wahrheits- und Versöhnungskommission verfügte über 9.043 Aussagen in Hinblick auf Tötungsdelikte, die sich zwischen 1960-1994 ereignet haben, 5.695 davon allein im Zeitraum von 1990 bis 1994. Unabhängige Quellen sprechen jedoch von einer weit höheren Zahl politisch motivierter Tötungen (14.000). Die meiste Gewalt ging jedoch von der IFP aus: sie waren für ungefähr 9.000 schwere Menschenrechtsverletzungen verantwortlich. (Vgl. *Report of the Truth and Reconciliation Commission* 1998, Vol. 2, Chapter 7, 584/625)

⁵⁶ Vgl. Martin Pabst, Krisenherde im südlichen Afrika (Teil 3), in: ÖMZ, Jg. 40, Heft 6, Wien 2002, 730-739, hier 730f.

⁵⁷ Vgl. James Hamill, Das Ringen um die Zukunft Südafrikas. Strategie und Taktik der Konfliktparteien, in: E-A, Folge 1, Bonn 1993, 19-28, hier 20-23.

⁵⁸ Vgl. Schicho, Handbuch Afrika, 165; Vgl. Franz Ansprenger, Politische Geschichte Afrikas im 20. Jahrhundert. 2. Aufl., München 1997, 183f.

3.2. Transitional Justice im südafrikanischen Kontext

(a) Optionen der Vergangenheitsbewältigung

“We could not make the journey from a past marked by conflict, injustice, oppression, and exploitation to a new and democratic dispensation characterised by a culture of respect for human rights without coming face to face with our recent history.”⁵⁹ [Desmond Tutu]

Der politische Neuanfang Südafrikas konnte nicht ausklammern, dass die südafrikanische Gesellschaft nach Jahrzehnten massiver Menschenrechtsverletzungen schwer traumatisiert und gespalten war. In dieser Situation als Übergangsgesellschaft, die geprägt war durch „an illegitimate past and a future shaped by a set of ideals to which it aspires“⁶⁰, stand Südafrika eine komplexe Auswahl an Strategien zur Verfügung, um die Verbrechen des vergangenen Apartheidregimes und dessen Gegnern aufzuarbeiten. Diese mussten sorgfältig ausgewählt werden, damit sie den Bedürfnissen des Nation-Building entsprechen und nicht die demokratische Konsolidierung gefährdeten.⁶¹ Denn „unterschiedliche Formen der Demokratie haben ihre eigenen Probleme und sind auf unterschiedliche Art und Weise verwundbar.“⁶²

Im Fall von Südafrika forderten die Stabilität des demokratischen Systems heraus: die ethnische Heterogenität, die ausgeprägten sozialen wie wirtschaftlichen Disparitäten und die politische Gewalt.⁶³

Im südafrikanischen Kontext waren in den Friedensverhandlungen vorerst zwei Strategien der Vergangenheitsbewältigung dominant: einerseits die Forderung nach einer Generalamnestie, wie sie bereits in El Salvador⁶⁴ durchgeführt wurde, andererseits die nach einer breiten Strafverfolgung im Sinne von Retributive Justice, nach dem Vorbild der Nürnberger Prozesse, die bereits in einigen Lateinamerikanischen Ländern angewandt wurde.

Entscheidend für die Wahl des Instruments der Transitional Justice war die Machtkonstellation, die in Südafrika mit dem Ende der Apartheid gegenwärtig war und die die weitere Vorgehensweise beeinflusste⁶⁵: keine der beiden Seiten – weder die Regierung

⁵⁹ Desmond Tutu, zit. nach *Report of the Truth and Reconciliation Commission* 1998: Vol. 1, Chapter 1, 5.

⁶⁰ *Villa-Vicencio*, Transitional Justice, 390.

⁶¹ *David A. Crocker*, Truth Commissions, Transitional Justice, and Civil Society, in: *Robert I. Rotberg* (Hrsg.), *Truth vs. Justice: the Morality of Truth Commissions*. Princeton, NJ [u.a.] 2000, 99-121, hier 100.

⁶² *Phillippe Schmitter*, zit. nach *Lange*, Südafrika auf dem Weg zur Demokratie, 124.

⁶³ Vgl. *ibid.*, 127-154.

⁶⁴ Vgl. *Hayner*, *Unspeakable Truths*, 91ff.

⁶⁵ Vgl. *David A. Crocker*, Transitional Justice and International Civil Society: Toward a Normative Framework, in: *Constellations*, Vol. 5, Nr. 4, Malden 1998, 492-517, hier 493f.

noch die Widerstandsbewegung – hatte einen klaren militärischen Sieg errungen, es entstand eine Pattsituation.⁶⁶ Diese Ausgangslage sowie Gerüchte über einen möglichen Putsch bei Armee und Polizei⁶⁷ und die Tatsache, dass Akteure aus dem Apartheidsystem immer noch machtvolle Positionen bezogen, schlossen eine breit angelegte Strafverfolgung aus.⁶⁸

Während der ANC zu Beginn der Verhandlungen ebenfalls für diese Strategie plädierte, musste er bald erkennen, dass damit der friedliche Übergang gefährdet wäre:

„Within the ANC the cry was ‚to catch the bastards and hang them.‘ But we realised that you could not simultaneously prepare for a peaceful transition. [...] Had there been a threat of Nuremberg-style trials for the members of the apartheid state security establishment we would never have undergone a peaceful change.“⁶⁹

Jon Elster kommt jedoch zu dem Schluss, dass das entscheidende Argument „die schiere ökonomische Macht der Weißen Elite“⁷⁰ war, die die Wahl des Instrumentes einschränkte. Letztlich hielt den ANC das Wissen, dass „der internationale Kapitalmarkt höchst sensibel auf Zeichen sozialer und politischer Instabilität [reagiert]“⁷¹, vor einer Strafverfolgung ab.

Ferner wären Prozesse für den wirtschaftlich geschwächten Staat nicht leistbar gewesen und hätten zuviel Zeit in Anspruch genommen. Verurteilungen wären in seltenen Fällen erreicht worden, da politisch motivierte Verbrechen oft vertuscht und Beweise zerstört waren.⁷²

Zwei bedeutende Prozesse in Südafrika 1996 belegen die Grenzen der Strafverfolgung: Erstens die Verhandlung gegen den früheren Verteidigungsminister, Magnus Malan, und 19 anderen Angeklagten, zweitens der gegen Eugene de Kock, ehemaliger Polizeioberst. Während letzterer mit einer Verurteilung endete, konnten die Angeklagten im Malan-Prozess trotz erheblicher Beweise einen Freispruch erwirken. Beide Prozesse bedurften rund zwei Jahre der intensiven Ermittlungen und die Kosten mussten vom Staat übernommen werden, da die Angeklagten ehemalige Staatsangestellte waren. Insgesamt beliefen sie sich die Kosten für beide Prozesse auf rund 17 Millionen Rand, die Ermittlungskosten im Fall von General Malan

⁶⁶ Vgl. *Paul Van Zyl*, Dilemmas of Transitional Justice: The Case of South Africa's Truth and Reconciliation Commission, in: JIA, Vol. 52, Nr. 2, New York 1999, 647-667, hier 648.

⁶⁷ Vgl. *Marx*, Von der Versöhnung zur Entsorgung? 109.

⁶⁸ Vgl. *Antjie Krog*, Country of my Skull: Guilt, Sorrow, and the Limits of Forgiveness in the new South Africa. New York 2000, 31.

⁶⁹ Thabo Mbeki, zit. nach *Boraine*, A Country Unmasked, 13f.

⁷⁰ *Elster*, Die Akten schließen, 203.

⁷¹ Ibid.

⁷² Vgl. *Van Zyl*, Dilemmas of Transitional Justice, 651ff; Vgl. *Report of the Truth and Reconciliation Commission* 1998, Vol. 1, Chapter 1, 5f.

nicht mit eingeschlossen.⁷³ In Anbetracht der unzähligen Menschenrechtsverletzungen während der Apartheid wäre demnach ein mögliches Ende der Strafverfolgung nicht absehbar. Die Opfer müssten jahrelang auf die von ihnen erwünschte Form der Gerechtigkeit warten und wären bei einem Freispruch erneut traumatisiert. Van Zyl, Mitarbeiter der Kommission, argumentiert, dass diese Form der Aufarbeitung nicht das Eigenstehen bzw. Anerkennen der eigenen Mitverantwortung an der Aufrechterhaltung der Apartheidstrukturen fördert: „A trial is not about *our* complicity. It makes it look like *they're* guilty, not us. So all of white South Africa can look at Eugene de Kock and say, ‘evil guy’, and not realize they made him possible.”⁷⁴ Dem entgegen führt Krog in ihrem Werk an, dass genau jene Problematik im späteren Arbeitsprozess der TRC auftrat.⁷⁵

Zudem musste die Verjährung bestimmter Verbrechen berücksichtigt werden sowie die Tatsache, dass das Rechtssystem unter der Schwarzen Bevölkerung kaum Vertrauen genoss.⁷⁶ Neben den Gerichtsverfahren wurde Generalamnestie als Strategie im demokratischen Transitionsprozess diskutiert, die vor allem De Klerk befürwortete.⁷⁷ Mit der Begründung einer erneuten Viktimisierung und der Angst vor einer Wiederholung wurde diese Option jedoch nicht ausgewählt.⁷⁸

Beide Ansätze waren für sich allein genommen im südafrikanischen Kontext nicht adäquat, um die Zielsetzungen des Nation-Building zu erreichen. Ferner waren die Optionen eines Internationalen Tribunals oder eines Menschenrechtsgerichtshof nicht relevant, da weder ehemalige Kolonialmächte in den Friedensverhandlungen involviert waren noch die Vereinten Nationen.⁷⁹ Stattdessen wählte Südafrika den Weg der Vergangenheitsauseinandersetzung durch das Einsetzen einer Wahrheits- und Versöhnungskommission.

Dabei konnte auf die Erfahrungen der vom ANC einberufenen und unabhängigen Kommissionen zurückgegriffen werden. Diese (Stuart, Skweyiya, Motsuenyane Commission) waren einberufen worden, um eine interne Untersuchung von Menschenrechtsverletzungen in ANC-Lagern außerhalb Südafrikas durchzuführen. Im Endbericht, der öffentlich zugänglich war, übernahm der ANC die Verantwortung für seine Gewalttaten. International fanden diese Kommissionen Anerkennung, da zum ersten Mal eine Befreiungsbewegung

⁷³ Vgl. Hayner, *Unspeakable Truths*, 89/100f.; Vgl. Desmond Tutu, *Keine Zukunft ohne Versöhnung*. Düsseldorf 2001, 26f.

⁷⁴ Van Zyl, zitiert nach Hayner, *Unspeakable Truths*, 101.

⁷⁵ Vgl. Krog, *Country of my Skull*, 120.

⁷⁶ Vgl. Tutu, *Keine Zukunft ohne Versöhnung*, 28 f.

⁷⁷ Vgl. Marx, *Von der Versöhnung zur Entsorgung?* 109.

⁷⁸ Vgl. *Report of the Truth and Reconciliation Commission* 1998, Vol. 1, Chapter 1, 7.

⁷⁹ Vgl. Walter Sauer, *Human Rights and Reconciliation in South Africa*, in: Stefan August Lütgenau (Hrsg.), *Human Rights and a Middle East Peace Process*. Innsbruck; Wien [u.a.] 2007, 72-90, hier 74.

Menschenrechtsverletzungen in den eigenen Reihen zu untersuchen begann.⁸⁰ Aus der Sicht des ANC's National Executive Committee bestand jedoch die Notwendigkeit, die eigenen Gräueltaten im Kontext aller Menschenrechtsverletzungen aufzuzeigen. Daher wandte er sich an die Regierung mit dem Ersuchen „to agree, following discussions with the ANC and other political and non-governmental organisations, to set up, without delay, a Commission of Inquiry or Truth Commission into all violations of human rights since 1948.“⁸¹

Den Grundstein für die Schaffung einer Wahrheits- und Versöhnungskommission legte die Interimsverfassung von 1993, in dessen Postambel die Ziele „nationale Einheit“ und „Versöhnung“ formuliert wurden.⁸²

Im Juni 1995 wurde das Gesetz, welches die rechtliche Grundlage der TRC darstellen sollte, der Nationalversammlung zur Abstimmung vorgelegt. Der ANC, PAC und sogar die NP unterstützten das Gesetz zur Förderung der nationalen Einheit und Versöhnung (Promotion of National Unity and Reconciliation Act). Die rechte Freedom Front stimmte dagegen, die Inkatha Freedom Party enthielt sich ihrer Stimme. Beide Parteien lehnten eine Untersuchungskommission ab, da diese ihrer Ansicht nach die Interessen des ANC verfolgen würde und somit eine unparteiische Arbeitsweise ausgeschlossen wäre.⁸³

Maßgeblichen Einfluss auf die Ausgestaltung des Gesetzesentwurfs hatte die Konferenz „Justice in Transition: Dealing with the Past“, die im Februar 1994 durch das Institute for Democracy in South Africa (IDASA) organisiert wurde. Experten aus Südamerika und Osteuropa konnten auf diese Weise ihren umfangreichen Erfahrungsschatz in Bezug auf die Möglichkeiten der Auseinandersetzung mit schweren Menschenrechtsverletzungen weitergeben.⁸⁴

Mit der Unterzeichnung durch Präsident Nelson Mandela am 19. Juni 1995 wurde das Gesetz rechtskräftig. Zum Vorsitzenden wurde Desmond Tutu ernannt, Erzbischof der

⁸⁰ Vgl. *Johnny de Lange*, The historical Context, legal Origins and philosophical Foundation of the South African Truth and Reconciliation Commission, in: Charles Villa-Vicencio/Wilhelm Verwoerd, Looking back, Reaching Forward: Reflections on the Truth and Reconciliation Commission of South Africa. London 2000, 14-31, hier 20.

⁸¹ *Boraine*, A Country Unmasked, 12.

⁸² Constitution of the Republic of South Africa Act 200 of 1993, <http://www.info.gov.za/documents/constitution/93cons.htm> [Zugriff: 20. Oktober 2011]

Entgegen des Versöhnungsansatzes in Südafrika, aber auch in Chile, lehnten die Kommissionen in Argentinien sowie Sri Lanka die Idee ab, Versöhnung durch ihre Arbeit erreichen zu wollen. (vgl. *Priscilla Hayner*, Same Species, different Animal: how South Africa Compares to Truth Commissions worldwide, in: Charles Villa-Vicencio/Wilhelm Verwoerd, Looking back, Reaching Forward: Reflections on the Truth and Reconciliation Commission of South Africa. London 2000, 32-41, hier 40)

⁸³ Vgl. *Boraine*, A Country Unmasked, 56/71.

⁸⁴ Vgl. *Desmond Tutu*, Foreword, in: *Alex Boraine* (Hrsg.), Dealing with the Past: Truth and Reconciliation in South Africa. 2. Aufl., Cape Town 1997, vii.

Anglikanischen Kirche in Kapstadt und Friedensnobelpreisträger von 1984, Alex Boraine zu seinem Stellvertreter.⁸⁵

(b) Restorative Justice – der südafrikanische Weg

Mit der Errichtung einer Wahrheits- und Versöhnungskommission wählte man den opferorientierten Ansatz der Vergangenheitsaufarbeitung, dessen Hauptaugenmerk primär in der Stärkung der Opfer und der Befriedigung ihrer Bedürfnisse liegt und nicht, wie in anderen Teilbereichen der Transitional Justice, in der Bestrafung der Täter auf dem juristischen Weg. Entgegen anderen Aufarbeitungsstrategien zeichnet dieses Modell aus, „[that it] incorporated much of its normative discourse from outside the law, specially from ethics [...] and theology. Its purpose was not merely justice, but peace for both individuals and society as a whole.“⁸⁶

Die Wahrheits- und Versöhnungskommission in Südafrika war bestrebt, Anliegen der Opfer zu berücksichtigen, welche in Strafprozessen nur wenig Beachtung erfahren. Darunter fallen der Wunsch nach Informationen zur Tat, die Möglichkeit das Erlebte mit eigenen Worten zu erzählen, das Wiedererlangen der Stärke durch die persönliche Beteiligung am Prozess und der konkrete wie symbolische Ausgleich durch den Staat.⁸⁷

Diese opferorientierte Perspektive spiegelt sich auch in der Definition der südafrikanischen Kommission wieder, wonach Restorative Justice verstanden wird als

„a process that seeks to redefine crime: it shifts the primary focus of crime from the breaking of laws, or offences against a faceless state, to a perception of crime as violations against human beings ... Based on reparation, it aims at the healing and the restoration of all concerned – victims in the first place, but also of offenders, their families and the larger community. [It] encourages victims, offenders and the community to be directly involved in resolving conflicts.“⁸⁸

⁸⁵ Vgl. Krog, *Country of my Skull*, 14f.

⁸⁶ Teitel, *Transitional Justice*, 81f.

⁸⁷ Vgl. Howard Zehr, *Fairsöhnt: Restaurative Gerechtigkeit*. Schwarzenfeld 2010, 21ff.

⁸⁸ *Report of the Truth and Reconciliation Commission* 1998, Vol. 1, Chapter 5, 126.

Im Mittelpunkt dieses Konzepts stehen demnach die Bedürfnisse der Opfer, die in Folge eines zugefügten Unrechts entstanden sind. Um den Heilungsprozess zu fördern, gilt es den entstandenen Schaden auszugleichen.⁸⁹

Der Aspekt der Entschädigung wurde als Ausgleich zur Option der Amnestierung der Täter betrachtet. Diese Entscheidung schien auch die Bedürfnisse der Überlebenden zu treffen, wie eine Umfrage des Institute for Justice and Reconciliation zeigt: dort gab die Mehrheit der Schwarzen Südafrikaner an, dass sie bereit wären „to accept that the suffering and abuse they endured could be compensated for in ways other than through prosecution and imprisonment.“⁹⁰

Dafür richtete die Kommission ihren Fokus zum einen auf international anerkannte Entschädigungsrichtlinien, welche Opfern das Recht auf finanzielle und materielle Formen der Entschädigung garantieren. Zum anderen hatte sich Südafrika durch die Ratifizierung von internationalen Menschenrechtskonventionen⁹¹ zu diesem Schritt auch rechtlich verpflichtet. Der International Covenant on Civil and Political Rights (ICCPR) spricht von “effective remedy”⁹², die UN Convention against Torture and Other Cruel, Inhuman or Degrading Treatment or Punishment garantiert Opfern “an enforceable right to fair and adequate compensation”.⁹³ Die African Charter on Human and Peoples’ Rights hat festgelegt, dass “dispossessed people shall have the right to the lawful recovery of its property.”⁹⁴

Da es kein universelles Modell gibt können Art und Umfang der Entschädigungen je nach Land höchst unterschiedlich ausfallen. Wichtige Faktoren in diesem Zusammenhang sind nicht nur die „political conditions of the post-conflict or transitional period, but also [...] the historical legacy of the previous regime, [and] power structures.”⁹⁵ Zudem hängt die Implementierung vom Interesse und politischen Willen der neuen Führungskräfte ab.⁹⁶

Finanzielle und materielle Formen der Entschädigungen sind im Aufarbeitungsprozess aus mehreren Gründen von essentieller Bedeutung, die im Folgenden kurz skizziert werden:

⁸⁹ Vgl. Zehr, Fairsöhnt, 15/32f.

⁹⁰ Villa-Vicencio, Transitional Justice, 391.

⁹¹ Vgl. *Report of the Truth and Reconciliation Commission* 1998, Vol. 5, Chapter 5, 172ff.

⁹² International Covenant on Civil and Political Rights, Article 2, 3(a),

<http://www2.ohchr.org/english/law/ccpr.htm> [Zugriff: 11. Jänner 2012]

⁹³ Convention against Torture and Other Cruel, Inhuman or Degrading Treatment or Punishment, Article 14, (viii), <http://untreaty.un.org/cod/avl/ha/catidtp/catidtp.html> [Zugriff: 11. Jänner 2012]

⁹⁴ African Charter on Human and Peoples’ Rights, Article 21, 2, http://www.achpr.org/english/info/charter_en.html [Zugriff: 11. Jänner 2012]

⁹⁵ García-Godos, Victim Reparations, 121.

⁹⁶ Vgl. Villa-Vicencio, Transitional Justice, 394.

Erstens leisten sie Unterstützung bei finanziellen Verlusten, sei es durch das Ableben des Hauptverdieners der Familie oder durch die Arbeitsunfähigkeit in Folge von psychischen bzw. physischen Verletzungen, wie diese Opferaussage illustriert:

„This was the last thing I saw: Barnard standing next to his car. He spoke Xhosa like a Xhosa. He pointed his firearm at me. I felt something hitting my cheek. I felt my eyes itching. I was scratching my eyes and yelling for help. Since then I’ve been blind ... and unemployed ... and alone and homeless. [...]”⁹⁷

Zudem können monetäre Zuwendungen bei der Gründung von Kleinunternehmen helfen sowie bei der Finanzierung von Ausbildungen. In vielen Fällen verfügten Opfer über eine rudimentäre Schulbildung. Zum einen auf Grund der Bantu Education, zum anderen da sie frühzeitig die Schule abbrechen mussten, um die Familie finanziell zu unterstützen oder sich dem Widerstand unter dem Motto „liberation before education“⁹⁸ anzuschließen. Das hatte jedoch zu Folge, dass die Chancen am Arbeitsmarkt deutlich verringert wurden und die ältere Generation ebenfalls über keine Rücklagen verfügt, die es ihnen ermöglicht, ihren Kindern eine umfassende Schul- und Ausbildung zukommen zu lassen. Daher ist Bildung von grundlegender Bedeutung, da sie den Lebensunterhalt nachhaltig absichert und Opfern ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht. Zudem wird sie als Schlüsselfaktor bei der Armutslinderung betrachtet.⁹⁹ Diese Aspekte sind insofern von Bedeutung, als dass der Großteil der Überlebenden ökonomisch marginalisiert waren, wie Grobbelaar im Rahmen einer informellen Studie feststellt. Sie beschreibt die Opfer als „less resourced people, materially and psychologically less resourced. Their experiences and their interest in giving testimony were connected to material deprivation.“¹⁰⁰ Demnach stellt die Aussicht auf finanzielle Entschädigung und somit einer Verbesserung der Lebensumstände für viele Opfer einen Anreiz dar, um am Versöhnungsprojekt teilzunehmen.

Desmond Tutu kommt zu der Schlussfolgerung, dass der Versöhnungsprozess gefährdet ist, sofern nicht neben dem emotionalen Aspekt gleichermaßen die materiellen Bedürfnisse der

⁹⁷ Anonym, zit. nach Krog, *Country of my Skull*, 41.

⁹⁸ Michael Lapsley/Karin Chubb, *Common Guilt or Common Responsibility? Moral Arguments for Reparations in South Africa*, in: in: *Brandon Hamber/Tlhoki Mofokeng* (Hrsg.), *From Rhetoric to Responsibility: Making Reparations to the Survivors of past political Violence in South Africa*, Chapter 3. Johannesburg 2000. www.csvr.org.za/wits/papers/papr2r3.htm [Zugriff: 6. Februar 2012]

⁹⁹ Vgl. Oupa Makhalemele, *Still not Talking: Government’s exclusive Reparations Policy and the Impact of the 30 000 financial Reparations on Survivors*, Cape Town 2004. <http://www.csvr.org.za/docs/reconciliation/stillnottalking.pdf> [Zugriff: 15. Februar 2012]

¹⁰⁰ Hayner, *Unspeakable Truths*, 81.

Opfer miteinbezogen werden und Impulse für eine ökonomische Transformation gesetzt werden:

„Bevor die Bruchbuden und Hütten der Schwarze nicht durch Häuser ersetzt werden, bevor Schwarze keinen ausreichenden Zugang zu sauberem Wasser, Elektrizität, bezahlbarer medizinischer Versorgung, anständigem Bildungswesen, guten Berufen und einer sicheren Umwelt bekommen – Dinge, die von der Mehrheit der Weißen für lange als selbstverständlich angesehen wurden – wird der Versöhnung kein Erfolg beschieden sein.“¹⁰¹

Thabo Mbeki's Versöhnungskonzept ist ebenfalls eng an eine ökonomische Form des Ausgleichs verknüpft. In seiner Parlamentsrede 1998 zum Thema „Reconciliation and Nation Building“ hält er fest, dass

„A major component part of the issue of reconciliation and nation building is defined by and derives from the material conditions in our society which have divided our country into two nations, the one is black and the other white. [...] One of these nations is white, relatively prosperous, [...] The second and larger nations of South Africa is black and poor, [...] This nation lives under conditions of a grossly underdeveloped economic, physical, educational, communication and other infrastructure.“¹⁰²

Das materielle Ungleichgewicht entlang ethnischer Linien stellt eine große Bedrohung für die Stabilität der neuen Demokratie und folglich für das Nation-Building Projekt dar. Zumal die Unzufriedenheit mit der eigenen wirtschaftlichen Situation eine Unzufriedenheit mit dem staatlichen System hervorrufen kann.

So können finanzielle wie materielle Formen der Entschädigung, eine Maßnahme zur Friedenssicherung sein, wenn auch nur eine kurzfristige. Um langfristige Verbesserungen der ökonomischen und sozialen Disparitäten zu erzielen, sind vor allem die Versorgung von Basisleistungen und Programme der Arbeitsplatzbeschaffung von Bedeutung.

Zweitens symbolisieren Entschädigungen, finanziell und materiell in Form von Einkommens- und Landverteilung, einen Beitrag zur sozialen Gerechtigkeit. Denn damit wird auch der

¹⁰¹ Tutu, Keine Zukunft ohne Versöhnung, 226.

¹⁰² Republic of South Africa, Statement of Deputy President Thabo Mbeki at the Opening of the Debate in the National Assembly, on “Reconciliation and Nation Building, National Assembly Cape Town, 29 May 1998. <http://www.dfa.gov.za/docs/speeches/1998/mbek0529.htm> [Zugriff: 6. März 2012].

Zugang zu öffentlichen Gütern wie Bildung oder das Gesundheitswesen erleichtert, die ihnen im Rahmen der Apartheid nur eingeschränkt zugänglich waren.¹⁰³

Drittens stellen Entschädigungen eine notwendige offizielle Anerkennung für das erlebte Unrecht dar. Opfer fühlen sich dadurch in ihrer Situation verstanden, was sie wiederum in der Bewältigung der Vergangenheit unterstützt: „Money can’t bring back the dead, but it can help you come to terms with the past.“¹⁰⁴ Dadurch wird der Weg in die gemeinsame Zukunft geebnet, wie Vandeginste konstatiert: „Reparation can constitute the ultimate bridge between the past and the future and connect objectives of justice (primarily oriented towards the past) with objectives of reconciliation (primarily oriented towards the future)“.¹⁰⁵

Viertens können Entschädigungen als Abschreckung für zukünftige Menschenrechtsverletzungen auf gesellschaftlicher Ebene dienen.¹⁰⁶ Doch die Möglichkeit eines zivilrechtlichen Verfahrens und somit Schadensersatzzahlungen durch die Täter selbst stellt aus der Sicht der Opfer nur eine eingeschränkte Methode im Versöhnungsprozess dar, bedenkt man, dass die Täter oftmals selbst mittellos sind bzw. deren Vermögen außerhalb der Reichweite der Kläger ist. Das Beispiel des Sicherheitspolizisten Dirk Coetzee unterstreicht diese Problematik: Geklagt auf eine Million Rand wegen des Mordes an dem Durbaner Anwalt Griffiths Mxenge, erklärte Coetzee im Gespräch mit der südafrikanischen Journalistin Antje Krog, „[...] I don’t have a million cent, I have nothing ... I have lost everything. I live in a rented house, with furniture that I got from my parents; I drive my mother-in-law’s car.“¹⁰⁷ Darüber hinaus argumentiert Pablo de Greiff, dass Schadensersatzforderungen durch arme, wenig gebildete Menschen aus ländlichen Gebieten wesentlich seltener Aussicht auf

¹⁰³ Vgl. Lange, Südafrika auf dem Weg zur Demokratie, 138-145.

¹⁰⁴ Anna Crawford-Pinnerup, An Assessment of the Impacts of Urgent Interim Reparations, in: Brandon Hamber/Tlhoki Mofokeng (Hrsg.), From Rhetoric to Responsibility: Making Reparations to the Survivors of past political Violence in South Africa, Chapter 6, Centre for the Study of Violence and Reconciliation, Johannesburg 2000. <http://www.csvr.org.za/wits/papers/papr2r6.htm> [Zugriff: 20. Februar 2012]

¹⁰⁵ Stef Vandeginste, Legal Norms, Moral Imperatives and Pragmatic Duties: Reparation as a Dilemma of Transitional Governance, in: Erik Doxtader (Hrsg.), To Repair the Irreparable: Reparation and Reconstruction in South Africa. Claremont 2006, 88-105, hier 99.

¹⁰⁶ Vgl. Sarkin, The Coming of Age, 68.

¹⁰⁷ Vgl. Krog, Country of my Skull, 31.

In Folge der Amnestierung Dirk Coetzees durch die Wahrheits- und Versöhnungskommission erlosch das Recht zivile und strafrechtliche Verfolgung. (Vgl. Republic of South Africa, Statement from the TRC on Amnesty granted to Dirk Coetzee, 4 August 1997, <http://www.info.gov.za/speeches/1997/08050w13297.htm>, [Zugriff: 19. März 2012]).

Erfolg haben, als durch wohlhabende aus urbanen Räumen. Im Fall von Südafrika waren die Überlebenden überwiegend aus der ersten Gruppe.¹⁰⁸

Aus den eben skizzierten Argumenten geht hervor, dass der Einsatz von finanziellen und materiellen Formen der Entschädigungen durch den Staat für den Prozess der Vergangenheitsbewältigung unerlässlich ist. Denn nur eine ökonomische Veränderung kann aus der Sicht der Opfer zu einer nachhaltigen Versöhnung beitragen und das Nation-Building Projekt fördern. Oder wie der nigerianische Schriftsteller Wole Soyinka es ausdrückt, „[...] some measure of restitution is always essential after dispossession.“¹⁰⁹

4. Finanzielle und nichtfinanzielle materielle Entschädigungen als Abgeltungsäquivalent für historisches Unrecht: Wahrnehmung und Bewertung durch südafrikanische AkteurInnen

Auf der Grundlage des Gesetzes zur Förderung der nationalen Einheit und Versöhnung ergab sich für den Arbeitsprozess der TRC folgende Struktur – die Kommission gliederte sich in drei Komitees mit spezifischen Aufgaben: das Menschenrechtskomitee sammelte Aussagen von Opfern und Zeugen, um Menschenrechtsverletzungen aufzuzeigen, das Amnestiekomitee bearbeitete und entschied über individuelle Amnestieanträge und das Entschädigungs- und Rehabilitierungskomitee (RRC) war für die Entwicklung von Entschädigungsmaßnahmen verantwortlich. Dieser eingeschränkte Handlungsrahmen des RRC war bereits zu Beginn Ausgangspunkt für heftige Kritik an der Vorgehensweise der TRC: während das Amnestiekomitee autonom über Anträge entscheiden konnte, verblieb das RRC lediglich bei der Abgabe von Empfehlungen an die Regierung. In der Praxis hatte es zur Folge, dass Tätern Amnestie gewährt wurde, während Opfer lange Zeit auf die Auszahlung von Entschädigungen durch die Regierung warten müssen.¹¹⁰ Nur in Ausnahmefällen, u.a. El Salvador, wurden bisher die Empfehlungen von Wahrheitskommissionen als verpflichtend betrachtet. In den

¹⁰⁸ Pablo de Greiff, Reparations Programs: Patterns, Tendencies, and Challenges, in: Politorbis, Nr. 50, Bern 2010, 53-64, hier 60.

¹⁰⁹ Wole Soyinka, The Burden of Memory, the Muse of Forgiveness. New York [u.a.] 1998, 36.

¹¹⁰ Vgl. Elizabeth Stanley, Evaluating the Truth and Reconciliation Commission, in: JModAfrS, Vol. 39, Nr. 3, London 2001, 525-546, hier 539.

meisten Fällen hängt deren Umsetzung jedoch vom guten Willen der neuen demokratischen Führungskräfte ab.¹¹¹

Das Gesetz zur Förderung der nationalen Einheit und Versöhnung fasste Entschädigungen unter „any form of compensation, *ex gratia* payment, restitution, rehabilitation or recognition“¹¹² zusammen.

Wörtlich heißt es

“[...] the Commission shall make recommendations to the President with regard to the policy which should be followed or measures which should be taken with regard to the granting of reparation to victims or the taking of other measures aimed at rehabilitating and restoring the human and civil dignity of victims; measures which should be taken to grant urgent interim reparation to victims [...].”¹¹³

Nachdem die Kommission im Jänner 1996 ihre Arbeit aufgenommen hatte, legte sie nach ihrer Beendigung im Oktober 1998 dem Parlament die Ergebnisse in Form eines fünfbändigen Zwischenberichts vor.¹¹⁴ Dieser kommt zu dem Schluss, dass Entschädigungen einen unerlässlichen Stellenwert im Nation-Building Prozess einnehmen, denn „without adequate reparation and rehabilitation measures, there can be no healing or reconciliation.“¹¹⁵ Ferner wird hervorgehoben, dass „the amount of reparation awarded must be sufficient to make a meaningful and substantial impact on their [victims'] lives.“¹¹⁶

Die von der Kommission empfohlenen finanziellen wie materiellen Entschädigungsrichtlinien umfassten drei Bereiche, die Gegenstand der folgenden Auseinandersetzung sind:

- (a) Urgent Interim Reparation & Individual Reparation Grants
- (b) Landrestitution
- (c) Indirekt materiell: Affirmative Action

¹¹¹ Vgl. Hayner, *Unspeakable Truths*, 168.

¹¹² Republic of South Africa, Promotion of National Unity and Reconciliation Act (34) of 1995, 1 (1), <http://www.justice.gov.za/legislation/acts/1995-034.pdf> [Zugriff: 4. März 2012]

¹¹³ Promotion of National Unity and Reconciliation Act (34) of 1995, 4 (f) (i); (ii)

¹¹⁴ Zu den Bestrebungen von Seiten des ANC und der Klerik die Veröffentlichung gerichtlich aufzuhalten bzw. Ergebnisse aus dem Bericht zu entfernen. siehe Boraime, *A Country Unmasked*, 302-333; Tutu, *Keine Zukunft ohne Versöhnung*, 174-176; Krog, *Country of my Skull*, 367-374.

¹¹⁵ *Report of the Truth and Reconciliation Commission* 1998, Vol. 5, Chapter 5, 170.

¹¹⁶ *Ibid.*, 172.

4.1. Finanzielle Formen der Entschädigungen: Urgent Interim Reparation & Individual Reparation Grants

Bevor die finanziellen Entschädigungsmaßnahmen diskutiert werden, werde ich zunächst die *Opferkategorie* näher beleuchten. Es gilt die Frage zu klären, wer sich für den Opferstatus im Rahmen der TRC und folglich für die Ausgleichszahlungen qualifizierte.

Dafür musste festgelegt werden, welche Art des Leides eine Entschädigung rechtfertigt. Jon Elster unterscheidet hierfür zwischen drei Formen: diese können „*materieller* (Verlust von Eigentum), *persönlicher* (Menschenrechtsverletzungen) oder *immaterieller* (Verlust von Chancen) Art sein.“¹¹⁷ Ferner stellte sich die Frage, „ob der entscheidende Grund für die Entschädigung in vergangenem *Leid* oder in gegenwärtigen und künftigen *Bedürfnissen* liegt.“¹¹⁸

Im Fall von Südafrika richtete sich der Fokus ausgehend vom Gesetz zur Förderung der nationalen Einheit und Versöhnung auf die Entschädigung von *persönlichem* Leid, welches jedoch in erweiterter Form umgesetzt wurde und durch unterschiedliche Kriterien geregelt war.

Erstens wurde das Leid auf schwere Menschenrechtsverletzungen beschränkt, welche als „the killing, abduction, torture or severe ill-treatment of any person“ sowie “the attempt, conspiracy, incitement, instigation, command or procurement to commit such acts“¹¹⁹ definiert wurden. Es wurden also nur jene Verletzungen aufgenommen, die unter dem Apartheidregime illegal waren.¹²⁰

Im zweiten Schritt legte das Parlament fest, dass neben „primären“ Opfern, wie es Jon Elster vorsieht, ebenfalls Angehörige und zu versorgende Personen (Eltern, Ehemänner/Ehefrauen und Kinder) Anspruch auf Entschädigung hatten.¹²¹ Dies ist keinesfalls die grundsätzliche Vorgehensweise, wie die Internierung amerikanischer Staatsbürger japanischer Herkunft während des Zweiten Weltkrieges zeigt. Ende der 1980er Jahre entschloss sich die Regierung der Vereinigten Staaten Entschädigungsleistungen zu zahlen, die sich im Vergleich zu

¹¹⁷ Elster, Die Akten schließen, 137.

¹¹⁸ Ibid., 182.

¹¹⁹ Report of the Truth and Reconciliation Commission 1998, Vol. 1, Chapter 2, 29.

¹²⁰ Vgl. Elizabeth Kiss, Moral Ambition within and beyond political Constraints, in: Robert I. Rotberg (Hrsg.), Truth vs. Justice: the Morality of Truth Commissions. Princeton/NJ [u.a.] 2000, 68-97, hier 89.

¹²¹ Als Stichtag der 14. Dezember 1997 herangezogen. War das Opfer bereits verstorben, so galten die Lebensumstände zur Zeiten seines/ihrer Todes. Dieser Tag stellte ebenfalls die letzte Möglichkeit dar, eine Aussage beim Menschenrechtskomitee einzureichen, wodurch die Zahl der Entschädigungsempfänger stark limitiert wurde. (Vgl. Report of the Truth and Reconciliation Commission 1998, Vol. 5, Chapter 5, 176f./181)

Südafrika auf die Überlebenden selbst und deren Erben beschränkten, sofern diese nach dem Gesetzeserlass 1988 verstorben waren.¹²²

Auslöser für hitzige Debatten im Kontext von Südafrika war der Entschluss, Widerstandskämpfer von Entschädigungsansprüchen auszuschließen. Genauer gesagt, „in accordance with international agreements, it became evident that a soldier, in the service of either the state or its opponents, could not be classified as a victim of a gross violation of human rights if he or she was injured or killed in a combat situation.“¹²³

Drittens wurde der zeitliche Rahmen für die Untersuchung von schweren Menschenrechtsverletzungen bestimmt. Den Beginn markierte das Sharpeville-Massaker vom 1. März 1960, welches die Abkehr vom gewaltfreien Widerstand kennzeichnete. Den Schlusspunkt stellte der Amtsantritt Nelson Mandelas als erster demokratisch gewählter Präsident Südafrikas am 10. Mai 1994 dar.

Trafen die eben genannten Kriterien zu musste das Opfer im letzten Schritt eine Zeugenaussage¹²⁴ ablegen. Dafür gab es verschiedene Möglichkeiten: zum einen waren die Opfer eingeladen direkt in den Büros der TRC auszusagen, zum anderen wurden öffentliche Anhörungen in Kirchen und Gemeindezentren organisiert. Doch lediglich 10% aller Opfer wurde die Möglichkeit einer öffentlichen Aussage eingeräumt. Die TRC traf im Vorfeld eine Auswahl an Fällen, die ihrer Meinung nach repräsentativ waren, was jedoch Kritik hervorrief: „The TRC’s primary concern, however, was to discover involvement at the higher levels of political and security structures in order to expose broad patterns of human rights abuses at a national level.“¹²⁵ Dadurch entstand bei vielen Opfern der Eindruck, dass ihre Gewalterfahrungen weniger bedeutend waren.

¹²² Vgl. *Nancy L. Rosenblum*, Justice and the Experience of Injustice, in: *Martha Minow*, Breaking the Cycles of Hatred: Memory, Law and Repair. Princeton, N.J. [u.a.] 2002, 77-106, hier 95.

¹²³ *Mary Burton*, Reparations – It Is still not too late, in: *Erik Doxtader* (Hrsg.), To Repair the Irreparable: Reparation and Reconstruction in South Africa. Claremont 2006, 29-43, hier 36. Jene Menschen hatten jedoch Anspruch auf Sonderpensionszahlungen. Ausführlicher siehe Kapitel 4.1. (c).

¹²⁴ Die Mitarbeiter der Kommission waren im Rahmen der Zeugenaussagen einer enormen psychischen Belastung ausgesetzt. Da Opfer die Möglichkeit hatten in der Sprache ihrer Wahl auszusagen, waren Simultanübersetzer erforderlich. Sie hatten die besonders schwierige Aufgabe, den Inhalt der Erzählung in der ersten Person wiederzugeben. (Vgl. *Tutu*, Keine Zukunft ohne Versöhnung, 95; Vgl. *Boraine*, A Country Unmasked, 107-111) Aber auch Medienvertreter, die täglich Bericht erstatteten, waren mit den schrecklichen Erlebnissen der Opfer konfrontiert, wie die Journalistin Antjie Krog in ihrem Buch sehr eindrücklich beschreibt: „Every week we are stretched thinner and thinner over different pitches of grief ... How many people can one see crying, how much sorrow wrenched loose can someone accommodate ... and how does one get rid of the specific intonation of the words? It stays and stays.“ (*Krog*, Country of my Skull, 65)

¹²⁵ *Hugo van der Merwe*, National and Community Reconciliation: Competing Agendas in the South African Truth and Reconciliation Commission, in: *Nigel Biggar* (Hrsg.), Burying the Past: Making Peace and Doing Justice after Civil Conflict. Washington DC 2003, 101-124, hier 112.

Um noch mehr Menschen zu erreichen, wurden darüber hinaus in enger Zusammenarbeit mit NGOs „Designated Statement-Takers“¹²⁶ (DSTs) ausgebildet, die Opfer persönlich aufsuchten. Die vierte Möglichkeit war die Abgabe einer schriftlichen Erklärung für all jene, die nicht öffentlich auftreten wollten. Unabhängig von der Art der Aussage hatten Opfer Anspruch auf einen Beistand, der sie in diesem Prozess psychologisch begleitete.

Stellte das Menschenrechtskomitee auf Grund der Aussage nun fest, dass die betreffende Person Opfer einer schweren Menschenrechtsverletzung war, sah das Gesetz zur Förderung der nationalen Einheit und Versöhnung vor, dass der Fall an das RRC weitergeleitet wurde, um Entschädigungsansprüche geltend zu machen.¹²⁷ Ähnliches galt auch für die Amnestieanhörungen: stellte sich in Zuge dessen heraus, dass die zu amnestierende Tat Opfer hervorgebracht hat – unabhängig davon, ob Amnestie gewährt wurde oder nicht – so musste dies ebenfalls dem RRC gemeldet werden.¹²⁸ Insgesamt erhielt das Menschenrechtskomitee im Rahmen seiner Tätigkeit rund 22 000 Zeugenaussagen.¹²⁹ Für Mary Burton war es „die herzerreißendste Arbeit“¹³⁰ Überlebenden mitzuteilen, dass sie dem Opferstatus nicht entsprachen, wie sie schildert: „Das Vergehen gegen sie sei nicht politisch motiviert gewesen, ihre Aussagen hätten sich nicht erhärtet.“¹³¹

Kritik richtete sich unter anderem auf die enge Definition von „schweren Menschenrechtsverletzungen“. Vor allem die Kategorie „severe ill-treatment“ löste heftige Debatten innerhalb der Kommission und bei zivilgesellschaftlichen Organisationen aus. Während Opfer und ihre Anwälte gehofft hatten, dass sowohl Zwangsumsiedlungen als auch ungleiche ökonomische Chancen durch die Bantu Education im Zentrum der Untersuchung stehen würden¹³², entschloss sich die Kommission, dass „the focus of its work was not on the effects of laws passed by the apartheid government or of other organizations, however morally offensive these may be.“¹³³ Dadurch richtete sich der Fokus lediglich auf einzelne, politisch motivierte Ereignisse, wobei der strukturelle Kontext der Gewalt nicht thematisiert und systematische Menschenrechtsverletzungen in der Untersuchung weitgehend

¹²⁶ Borraine, *A Country Unmasked*, 108.

¹²⁷ Promotion of National Unity and Reconciliation Act, 15 (1).

¹²⁸ Promotion of National Unity and Reconciliation Act, 22 (1); 22 (2).

¹²⁹ *Report of the Truth and Reconciliation Commission* 2003, Vol. 6, Chapter 1, 531.

¹³⁰ Mary Burton, zit. nach Gaye Davis, *Zerstrittene Versöhner: Die Wahrheits- und Versöhnungskommission in der gespaltenen Gesellschaft Südafrikas*, in: *Der Überblick*, Nr. 3, Hamburg 1999, 27-31.

¹³¹ Ibid.

¹³² Vgl. Mahmood Mamdani, *A preliminary Critique of the Report of the Truth and Reconciliation Commission of South Africa (TRC)*, in: *Diacritics*, Vol. 32, Nr. 3/4, Baltimore 2002, 33-59, hier 45.

¹³³ *Report of the Truth and Reconciliation Commission* 1998, Volume 1, Chapter 4, 64.

ausgeklammert wurden.¹³⁴ Darunter fallen Körperstrafen, die allein im Jahr 1987/88 40.000 mal vollzogen wurden¹³⁵ und die exzessiv verhängte Todesstrafe, auf Grund derer zwischen 1960 bis 1994 rund 2500 Menschen ihr Leben verloren.¹³⁶

Die Festlegung, was als „schwere Menschenrechtsverletzung“ zu verstehen war, hatte zwei wesentliche Folgen:

Erstens ergab sich dadurch laut Marx „eine sehr einseitige Festlegung, wer Opfer der Apartheid war und damit einen Anspruch auf Entschädigung durch den Staat erheben konnte.“¹³⁷ Bedenkt man die Zahl der Opfer, die von der TRC anerkannt wurden – 22.000 – so ist das lediglich ein Bruchteil der Menschen, die unter den Folgen des Apartheidregimes zu leiden hatten.¹³⁸

Zweitens bewirkte das Herauslösen der einzelnen Gewalttaten aus ihrem strukturellen Kontext, dass der Schwerpunkt auf singuläre Ereignisse und in Folge auf die Interaktion von einzelnen Tätern zu ihren Opfern gelegt wurde. Die Personalisierung des Aufarbeitungsprozesses führte letztlich dazu, dass „the problem of apartheid was treated fundamentally as a moral problem, rather than as a socioeconomic system that intentionally divided people in terms of their access to resources.“¹³⁹

Ausgehend von diesen formalen Rahmenbedingungen werde ich in den folgenden Kapiteln die Entschädigungsmaßnahmen und deren Wahrnehmung und Bewertung durch südafrikanische Akteure darstellen.

¹³⁴ Es gilt festzuhalten, dass selbst Menschenrechtsverletzungen, die von dieser Definition erfasst wurden, mitunter keine ausführliche Thematisierung im Rahmen der TRC erfuhren. Dieser Vorgang wird deutlich am Beispiel der Vergewaltigungen und der sexuellen Belästigung, die beide unter der Formulierung „severe ill-treatment“ aufgegriffen wurden. Trotz einer mehrheitlichen Beteiligung von Frauen, der weit verbreiteten Praxis von Vergewaltigungen in Südafrika und den Bemühungen der TRC, Spezialanhörungen für Frauen einzurichten, bei denen nur weibliche Kommissionsmitglieder anwesend waren sowie „allowing deponents to give testimony from behind a screen, in confidence and out of the view of glaring television cameras“ (Hayner, *Unspeakable Truths*, 78), gingen aus Angst vor Gesichtsverlust und Repressalien nur eine geringe Zahl an Aussagen bei der Kommission ein. (Vgl. Krog, *Country of my Skull*, 239 f.)

¹³⁵ Vgl. Marx, *Von der Versöhnung zur Entsorgung?* 114f.

¹³⁶ Vgl. Paula McBride, zit. nach Krog, *Country of my Skull*, 263.

¹³⁷ Marx, *Von der Versöhnung zur Entsorgung?* 115.

¹³⁸ Vgl. Tutu, *Keine Zukunft ohne Versöhnung*, 57; Die TRC rechtfertigte ihre enge Interpretation mit geringen Ressourcen von 18 Millionen US\$, die ihnen jährlich zur Verfügung standen. (Vgl. Hayner, *Unspeakable Truths*, 223)

¹³⁹ Hugo van der Merwe/Audrey R. Chapman, *Did the TRC deliver?* in: Audrey R. Chapman (Hrsg.), *Truth and Reconciliation in South Africa: Did the TRC deliver?* Philadelphia 2008, 241-279, hier 273.

(a) Urgent Interim Reparation (UIR)

Die finanzielle Soforthilfe des RRC richtete sich an Menschen, die in besonderen Notsituationen waren und umgehende Unterstützung bedurften. Mit eingeschlossen waren „urgent medical, emotional, educational, material and/or symbolic needs [...]“¹⁴⁰ Der Entschluss Geld und kein Paket an Serviceleistungen zur Verfügung zu stellen wurde von der Regierung damit begründet, dass auf diese Weise die Ausgaben kalkulierbar und der bürokratische Aufwand gering gehalten wäre. Ferner konnten sich die Bedürfnisse von Opfern über einen Zeitraum ändern, wodurch die Freiheit des Empfängers in seinen Entscheidungen im Vordergrund stehen sollte.¹⁴¹

Diese finanzielle Soforthilfe wurde jedoch nicht mit Beginn der Arbeit der TRC im Jänner 1996 eingeführt. Erst im Juli 1997, nach langen Diskussionen mit der Regierung und NGOs, präsentierte das RRC die vorläufigen Entschädigungsrichtlinien, die die Anregungen der Opfer in ihrem finanziellen Maßnahmenpaket zu berücksichtigten versuchte, wie Hlengiwe Mkhize, Vorsitzende des RRC, betonte: „We have to show clearly, by what we negotiate for the thousands of men, women and children who were subjected to gross violations of human rights, that we really care about these people, so that the TRC process is profoundly victim-friendly.“¹⁴²

Grund für die 18-monatige Verzögerung war das langsame Agieren des Menschenrechtskomitees in der Aufstellung von Opferlisten sowie das der Regierung bei der Bewilligung der Reparation Application Form. Als im Oktober 1997 die Entschädigungsmaßnahmen öffentlich vorgestellt wurden und die politischen Parteien deren Unterstützung bekundeten, wartete das RRC noch gegen Ende des Jahres mit der Zusendung des Antragformulars, die die Regierung nach wie vor nicht genehmigt hatte. Nach einem ersten Praxistest und darauffolgenden Überarbeitungen von Seiten des RRC¹⁴³ dauerte es erneut bis Juli 1998, bis die ersten Zahlungen an die Opfer ausgingen.¹⁴⁴ Die Urgent Interim Reparations beliefen sich auf 2000 bis zu 6000 Rand in Ausnahmefällen an die von der TRC anerkannten Opfern.

¹⁴⁰ *Report of the Truth and Reconciliation Commission* 1998, Vol. 5, Chapter 5, 182.

¹⁴¹ Vgl. *Report of the Truth and Reconciliation Commission* 1998, Vol. 5, Chapter 5, 179.

¹⁴² Hlengiwe Mkhize, zit. nach Nike Durczak, Der Versuch einer Vergangenheitsbewältigung in Südafrika durch die Wahrheits- und Versöhnungskommission: Analyse von einigen Aspekten aus der Opferperspektive. Frankfurt am Main; Wien [u.a.] 2001, 118f.

¹⁴³ Vgl. Burton, Reparations, 31-39.

¹⁴⁴ Vgl. *Report of the Truth and Reconciliation Commission*, Vol. 5, Chapter 5, 182.

Da das RRC über kein eigenes Budget verfügte, zahlten manche Kommissionsmitglieder an mehreren Gelegenheiten die Soforthilfe aus ihrer eigenen Tasche. Alex Boraine kritisiert, dass das Komitee nicht nur eine erheblich lange Zeit in Anspruch nahm, ein Maßnahmenpaket aufzustellen, sondern dass das Komitee auch durch eine schlechte Kommunikation und Spannungen unter den Mitarbeitern den Prozess verzögerte. Zudem war man mit der unerwartet hohen Zahl an Opfern, die letztlich vor der Kommission aussagten, überfordert.¹⁴⁵

Aufgrund der Kriterien, die den Opferstatus im Rahmen der TRC festlegten, war die Zahl der Empfänger der UIR limitiert. Aus Opfersicht entging damit vielen Menschen, die den Kriterien zufolge Anspruch hatten, Entschädigungszahlungen, weil es ihnen in dieser Zeit trotz der Bemühungen der Designated Reparation Statement Takers (DRSTs) nicht gelungen ist, die TRC aufzusuchen.¹⁴⁶ Diese Außendienstmitarbeiter wurden durch die TRC beschäftigt, um möglichst viele Opfer auch in entlegenen Gegenden Südafrikas zu erreichen und somit den Prozess zu beschleunigen. Zu den Aufgaben zählten unter anderem Antragsteller ausfindig zu machen, ihnen unterstützend beim Ausfüllen der Reparation Application Form zur Seite zu stehen sowie die weitere Vorgehensweise zu erläutern.¹⁴⁷ Dennoch beklagten Opfer, dass der Prozess des Antrag Stellens und des Erhaltens der UIR sehr verwirrend war. Es fehlten die Informationen zum aktuellen Status der Entschädigungen und Entscheidungen des RRC waren zum Teil nicht nachvollziehbar. So kritisierte ein Empfänger, zwar das Geld für einen verstorbenen Sohn erhalten zu haben, aber noch auf die Entschädigung für den zweiten warten zu müssen.¹⁴⁸

Während heute der Erfolg der Vergangenheitsbewältigung aus der Sicht der Opfer oft an den Entschädigungszahlungen gemessen wird, war in den ersten Monaten das Interesse an monetärem Ausgleich gering, wie die Kommissionsmitarbeiterin Mary Burton in den Menschenrechtsanhörungen beobachtete: „There was a remarkable absence of any demand for compensation, or for any financial gain to be derived from making a statement.“¹⁴⁹

Eine Studie aus dem Jahr 1997 durch das Centre for the Study of Violence and Reconciliation liefert für diese Betrachtung folgendes Erklärungsmodell: war die Zahl der durch die TRC

¹⁴⁵ Vgl. *Boraine*, *A Country Unmasked*, 334ff; Vgl. *Davis*, *Zerstrittene Versöhner*, 30.

¹⁴⁶ Vgl. *Wendy Orr*, *Reparation Delayed is Healing Retarded*, in: Charles Villa-Vicencio/Wilhelm Verwoerd, *Looking back, Reaching Forward: Reflections on the Truth and Reconciliation Commission of South Africa*. London 2000, 239-249, hier 243.

¹⁴⁷ Vgl. *Report of the Truth and Reconciliation Commission* 2003, Vol. 6, 168.

¹⁴⁸ Vgl. *Crawford-Pinnerup*, *An Assessment*.

¹⁴⁹ *Burton*, *Reparations*, 29. Interviews mit Opfern aus dem Jahr 2000 zeigen, dass der vorerst primäre Grund für eine Mitarbeit in der TRC darin lag „to prevent the past from repeating itself and to be a part of rewriting South Africa’s history.“ (*Crawford-Pinnerup*, *An Assessment*)

identifizierten Opfer zu Beginn der Arbeit „embarrassingly low“¹⁵⁰, so wurde die Idee der Entschädigungen dafür benutzt, Menschen zur Partizipation im Versöhnungsprozess zu bewegen. Das heißt, Entschädigungen waren zu dieser Zeit keineswegs Forderungen der Opfer, sondern wurden als Anreiz der TRC geschaffen.

Die wenigen Opfer, die vor der Kommission bescheidene monetäre Wünsche äußerten, waren in der Regel arbeitslos und benötigten die Mittel etwa für die Reparatur ihres Hauses, die Bezahlung eines Grabsteines, Unterstützung bei der Ausbildung der Kinder oder eine psychiatrische Behandlung.¹⁵¹

Es gibt aber auch Berichte, dass „hinter“ der Kommission viel mehr monetäre Wünsche geäußert wurden, wie Wendy Orr, stellvertretende Vorsitzende des RRC, darlegt:

„Much has been made, both in South Africa and internationally, of apparently modest requests for reparation made by testifiers at TRC public hearings. This has been overstated. Analysis of TRC data shows that when deponents are making a statement in private, they commonly ask for money or compensation. This is not to say that their requests are extravagant or unreasonable, but it does point to the fact that, at a public hearing, witnesses perhaps feel embarrassed to ask for money or are intimidated by being in the spotlight.“¹⁵²

Martha Minow liefert eine andere Interpretation: bescheidene Wünsche wären ihrer Ansicht nach ein Spiegelbild für ein fortsetzendes Unterlegenheitsgefühl, wodurch Opfer nicht wagen, hohe Forderungen zu stellen.¹⁵³

In Anbetracht der Aktualität und Brisanz der Entschädigungsthematik in Südafrika stellt sich die Frage, welche Faktoren ausschlaggebend waren, sodass Entschädigungen heute einen hohen Stellenwert bei Überlebenden einnehmen. Van der Merwe argumentiert, dass die Bedürfnisse von Überlebenden nach Anerkennung und Gerechtigkeit nicht ausreichend beachtet wurden, wodurch sich ihr Hauptaugenmerk auf Entschädigung richtete:

„For example, a person who began with the position of demanding justice in the form of punishment or apology gradually realized that the TRC was unlikely to be able to call the

¹⁵⁰ John C. Torpey, *Making whole what Has Been Smashed: On Reparation Politics*. Cambridge 2006, 143.

¹⁵¹ Vgl. Crawford-Pinnerup, *An Assessment*.

¹⁵² Orr, *Reparation Delayed*, 241f.

¹⁵³ Vgl. Durczak, *Der Versuch einer Vergangenheitsbewältigung*, 122.

perpetrator to account (or even identify who they were) and thus settled on reparations as the only realistic option.”¹⁵⁴

Die Implementierung der dringenden Soforthilfe erfolgte über den eigens eingerichteten President’s Fund, der durch internationale Geber unterstützt wurde und im Department of Justice and Constitutional Development angesiedelt war.¹⁵⁵ Er war verantwortlich für die Inkenntnissetzung der Opfer über den festgelegten Betrag der UIR sowie die Geldsendung, für die folgende Komponenten begutachtet wurden: „housing, health, mental health or emotional state, education and an ‚other‘ category.“¹⁵⁶ Als der Abschlussbericht 2003 Thabo Mbeki überreicht wurde, hatten rund 17 000 Opfer die Soforthilfe im Gesamtwert von 50 Millionen Rand erhalten, eine nüchterne Bilanz fünf Jahre nach der Abgabe der Empfehlungen an die Regierung.¹⁵⁷ Die Verzögerung bei der Auszahlung der Soforthilfe stand bereits im Arbeitsprozess der TRC in starker Kritik. Wendy Orr konstatiert: „The concept of urgent reparation became a complete farce when its delivery only started shortly before the end of the TRC in October 1998.“¹⁵⁸

Der Bericht von 2003 räumte Hindernisse im Arbeitsprozess ein: einer der größten Verzögerungsfaktoren waren fehlende Dokumente der Antragsteller (Geburts- und Heiratsurkunden). Zudem gab es kaum Kopiermöglichkeiten. Geschlossene Konten und Probleme beim Ausfindig machen von Opfern wirkten sich ebenfalls negativ aus, wobei die lokale Presse und das Radio in vielen Fällen als Hilfsmittel herangezogen wurden.¹⁵⁹

Bis heute haben nicht alle Opfer diese Entschädigung erhalten. Der jüngste Jahresbericht des President’s Fund für das Jahr 2010/2011 enthält nach wie vor eine Auflistung von finanziellen Zuwendungen an die Opfer in Form der UIR. Waren es im ersten Bericht 2006 noch R 260 000¹⁶⁰, so fielen die Zahlungen auf R 50 000 im Jahr 2010.¹⁶¹

¹⁵⁴ Van der Merwe/Chapman, Did the TRC deliver, 270.

¹⁵⁵ Vgl. Boraine, A Country Unmasked, 265.

¹⁵⁶ Report of the Truth and Reconciliation Commission 2003, Vol. 6, Section 2, Chapter 8, 167; Diese Vorgehensweise entsprach nicht dem ursprünglichen Vorschlag des RRC, das sich für eine einmalige Pauschalzahlung an die Opfer aussprach. Doch bei einem Treffen im Februar 1998 wandte sich der damalige Justizminister gegen diesen Entwurf, wodurch folgende Kriterien festgelegt werden mussten. (Vgl. Burton, Reparations, 38f.)

¹⁵⁷ Vgl. Report of the Truth and Reconciliation Commission 2003, Vol.6, Section 2, Chapter 8, 179; Diese Opferzahl wurde 2001 erhoben – die Kommission hatte verabsäumt für den abschließenden Bericht 2003 genaue Zahlen zu ermitteln.

¹⁵⁸ Orr, Reparation Delayed, 247.

¹⁵⁹ Vgl. Report of the Truth and Reconciliation Commission 2003, Vol. 6, Section 2, Chapter 8, 176f.

¹⁶⁰ Vgl. President’s Fund Annual Report for 2006/07: The Department of Justice and Constitutional Development, Republic of South Africa, 11. http://www.justice.gov.za/reportfiles/other/PresFund_ANR_2006-07.pdf [Zugriff: 1. April 2012]

¹⁶¹ Vgl. President’s Fund Annual Report for 2010/11: The Department of Justice and Constitutional Development, Republic of South Africa, 21. <http://www.justice.gov.za/reportfiles/other/presfund-anr-2010-11.pdf> [Zugriff: 1. April 2012]

Die Wahrnehmung der Urgent Interim Reparations auf den Aspekt der Versöhnung fällt höchst unterschiedlich aus und ist abhängig vom „recipient’s level of traumatisation and psychological coping abilities combined with their overall life situation.“¹⁶²

Demnach äußerten ökonomisch besser gestellte Opfer grundsätzliche Zufriedenheit mit dem UIR-Prozess. Die monetären Zahlungen stellten für sie nicht nur einen symbolischen Anerkennungswert dar, sondern es konnten damit auch kurzfristig materielle Bedürfnisse gestillt werden. Dadurch fühlten sich jene Opfer gestärkt und betrachteten sich als einen aktiven Teil des moralischen und sozialen Restaurationsprozesses: „Money makes you stronger ... sympathy makes you strong. It builds you to recover, even though it won’t bring your child back.“¹⁶³

Dem gegenüber standen jene Menschen, die keinen symbolischen Wert in der Soforthilfe sahen, sondern lediglich ein Mittel, um ihr tägliches Überleben zu sichern, wie etwa das Beschaffen von ausreichend Nahrung für die Familie. Ihrer Ansicht nach war der Geldbetrag zu gering, um eine bedeutende Veränderung zu signalisieren und deshalb reagierten sie häufig mit Wut und Apathie: „The government gives us R3 750. What kind of money is that? You can put it in the dustbin!“¹⁶⁴ Ihrer Ansicht nach wäre Versöhnung an eine Art „Ausgleichszahlung“ durch die Täter gebunden.

Laut Walaza ist der Heilungsprozess eines Einzelnen für das Nation-Building Projekt unerlässlich, da dieser positive Effekt auch Familien, Gemeinschaften und damit die Nation beeinflussen kann. Der Heilungsprozess läuft jedoch Gefahr zu scheitern, wenn das Leid aus der Sicht des Einzelnen nicht angemessen angesprochen wird. Dadurch wird das Loslassen von Wut und Verbitterung, ein zentraler Teil der Heilung, stark erschwert.¹⁶⁵

Beide Gruppen stimmten darin über ein, dass die Zahlungen Konfliktpotential für die Familie und die Gemeinschaft in sich bargen. Menschen, die nichts erhalten hatten, fühlten sich „worse psycologically’ [and] ,became jealous or mad“.¹⁶⁶ Aus Angst vor einem Ressourcenwettstreit und Gewaltandrohung wurden deshalb meist nur enge Familienangehörige informiert.

Die Annahme von finanziellen Mitteln durch den Staat kann durchaus Kontroversen bei Angehörigen auslösen, wie Beispiele vorangegangener Aufarbeitungsversuche zeigen.

¹⁶² Crawford-Pinnerup, An Assessment.

¹⁶³ Respondent 8, zit. nach ibid.

¹⁶⁴ Respondent 7, zit. nach ibid.

¹⁶⁵ Vgl. *Nomfundo Walaza*, Insufficient Healing and Reparation, in: Charles Villa-Vicancio/ Wilhelm Verwoerd, Looking back, Reaching Forward: Reflections on the Truth and Reconciliation Commission of South Africa. London 2000, 250-255, hier 251.

¹⁶⁶ Crawford-Pinnerup, An Assessment.

Während in Südafrika dieser Schritt kaum als Verletzung des Andenkens Verstorbener kritisiert wurde, wiesen Opfergruppen in Argentinien und Brasilien finanzielle Zahlungen zurück.

In Argentinien führte diese spannungsreiche Thematik sogar zur Spaltung der Opfergruppe Madres de Plaza de Mayo: Während Madres de Plaza de Mayo – Línea Fundadora mit anderen Menschenrechtsorganisationen die Entschädigungsrichtlinien der Regierung aktiv unterstützten, denunzierte Asociación Madres de Plaza de Mayo die Entschädigungen der Regierung¹⁶⁷ (eine einmalige Pauschalzahlung von \$ 220 000 an die Familienangehörigen der verschwundenen Person) als „Blutgeld“. Ein Mitglied begründet: „You can’t put a price on life. Some things don’t have a price, especially dignity.“¹⁶⁸ Zudem würde für sie eine monetäre Zuwendung die Akzeptanz des Ablebens der Verschwundenen signalisieren.

Ein ähnliches Beispiel liefert die brasilianische Comissão de Familiares de Mortos e Desaparecidos Políticos, die das Bestreben der Regierung Entschädigung zu leisten als eine Methode betrachtete sich das Schweigen der Opfer zu erkaufen und Menschenrechtsverletzungen aus der Zeit der Diktatur zu verschleiern. Als Erklärung für diese Wahrnehmung argumentiert Hamber,

„this is because the national process of ‚moving forward and making amends‘ is not coinciding with the individual process. [...] Reparations and truth recovery must be linked, because without this link any form of reparations runs the danger of being seen by the survivors as a governmental strategy to close the chapter on the past prematurely and leave the secrets of the past hidden.“¹⁶⁹

Zusammenfassend wurde die Soforthilfe aus der Sicht der Opfer als notwendiges, aber auch geeignetstes Mittel der Anerkennung und des Ausgleichs betrachtet. Doch reichte sie bei weitem nicht aus, um die festgelegten Ziele des Abschlussberichtes zu erreichen: sie löste keine signifikante Veränderung bzw. ökonomische Stärkung im Leben der Opfer aus, wie Wendy Orr feststellt: „It is impossible to meet the mandate of restoring human and civil dignity when dignity is undermined by the daily struggle to survive.“¹⁷⁰

¹⁶⁷ Vgl. *María José Guembe*, Economic Reparations for grave Human Rights Violations: The Argentinean Experience, in: *Pablo deGreiff* (Hrsg.), *The Handbook of Reparations*. Oxford [u.a.] 2006, 21-54, hier 25.

¹⁶⁸ Mercedes Meroño, zit. nach *Hayner*, *Unspeakable Truths*, 175/178.

¹⁶⁹ Vgl. *Brandon Hamber*, Repairing the Irreparable: Dealing with the double-binds of Making Reparations for Crimes of the Past, in: *Ethnicity & Health*, 5 (3/4), Abingdon 2000, 215-226, hier 220.

¹⁷⁰ *Orr*, *Reparation Delayed*, 242.

(b) Individual Reparation Grants (IRG)

Jene Menschen, die sich für den Opferstatus im Rahmen der TRC qualifizierten, hatten nicht nur Anspruch auf dringende Soforthilfe, sondern auch auf eine längerfristige Entschädigung in Form der Individual Reparation Grants (IRGs), die nach dem Vorbild des chilenischen Pensionsmodells entwickelt wurden. Dort erhielten die Familien der unter der Diktatur Pinochets Verschwundenen und Ermordeten ab 1997 eine monatliche Zahlung von US\$ 481. Während Kinder bis zum 25. Lebensalter einen Anspruch darauf hatten, galt diese Pension für die restlichen Hinterbliebenen auf Lebenszeit. Zudem hatten Opfer kostenfreien Zugang zu medizinischer und psychologischer Versorgung wie Unterstützung in der Ausbildung der Kinder. Insgesamt profitierten 4 886 Menschen, der Großteil der Opfer – die Überlebenden der Folter und der unrechtmäßigen Inhaftierung – waren jedoch von dieser Entschädigung ausgeschlossen. Die jährliche finanzielle Belastung belief sich auf rund US\$ 15 Millionen.¹⁷¹ Innerhalb der TRC galt es zunächst die Fragen zu klären, ob nach Schweregrad der jeweiligen Verletzung und den daraus resultierenden gegenwärtigen Bedürfnissen und nach momentanen finanziellen Status unterschieden werden soll, das heißt, ob benachteiligte Menschen mehr finanzielle Zuwendung erhalten sollten. Bei den Debatten wurde deutlich, dass einige Kommissionsmitglieder physische Verletzungen gewichtiger hinsichtlich Entschädigungen betrachteten als psychologische Folgeerscheinungen. Aus moralischen und praktischen Beweggründen entschloss sich die TRC keine Differenzierung unter den Opfern vorzunehmen. Der Großteil der Empfänger war ohnehin mittellos und ein System zu entwickeln, welches die Begüterten ausschloss, wäre für den Arbeitsprozess nicht kosteneffektiv gewesen.¹⁷²

Die Übereinkunft sah schließlich ein monetäres Paket in Form einer sechsjährigen Zahlung vor, deren Höhe sich am durchschnittlichen Jahreseinkommen eines südafrikanischen Haushaltes im Jahr 1997 orientierte (R 21 700).

Die genaue Summe berechnete sich an Hand drei Komponenten:

Erstens die Anerkennung für das erlebte Leid (50%), zweitens musste der Zugang zu Einrichtungen ermöglicht werden (25%) und drittes sollte eine Unterstützung bei den täglichen Lebenserhaltungskosten entsprechend der sozio-ökonomischen Umständen erfolgen (25%). Letzterer Punkt ergab für Opfer aus ländlichen Regionen einen höheren Satz, da die Kommission von entsprechend höheren Kosten in diesen Gebieten ausging. Ferner war der

¹⁷¹ Vgl. Hayner, *Unspeakable Truths*, 172f./328f.

¹⁷² Orr, *Reparation Delayed*, 245f.

Betrag abhängig von der Anzahl der Angehörigen, wobei der Höchstsatz von R 23 023 jährlich nicht überschritten wurde. Alle sechs Monate sollten 50% des errechneten Betrages direkt an die Opfer ausbezahlt, im Falle ihres Ablebens zu gleichen Teilen unter den Angehörigen und zu Versorgenden aufgeteilt (max. neun Personen), sofern diese einen Antrag auf Entschädigung gestellt hatten.¹⁷³

Für die Finanzierung der IRGs der rund 22 000 Opfer berechnete die Regierung eine jährliche Summe von R 477,4 Millionen. Im Jahr 1999 wären das lediglich 0,06% des Bruttoinlandsproduktes Südafrikas gewesen, welches auf R 801 Milliarden gemessen wurde. Im Vergleich dazu beliefen sich die Ausgaben für die Verteidigung auf rund 3,47%, etwa R 14 Milliarden. Folglich konnte nicht argumentiert werden, dass die finanziellen Belastungen des Entschädigungsprogramms für den südafrikanischen Staat nicht zu tragen wären.¹⁷⁴

Darüber hinaus erkannte die TRC eine mögliche ökonomische Belastung an und formulierte Vorschläge zur Finanzierung des Programms, die zudem die Nutznießer¹⁷⁵ der Apartheid mit einschloss, darunter eine einmalige Finanzabgabe von Unternehmen und privater Einkommen sowie eine Vermögensteuer.¹⁷⁶

Letzteres ist insofern von Bedeutung, da es jenen Nutznießern, die bereit waren ihr Mitverschulden anzuerkennen, die Möglichkeit einräumte, einen Beitrag zur Vergangenheitsbewältigung zu leisten, wie die stellvertretende Vorsitzende des Menschenrechtskomitees, Yasmin Sooka, festhält: „They want to work with the guilt and want to feel that they are considered part of the new South Africa. If we do not want the next generation to carry this guilt, we need to consider carefully the recommendations of the TRC [...]“¹⁷⁷ Ihre Argumentationslinie ist im Sinne von Restorative Justice, in der die Einbeziehung der Täter für den Heilungsprozess einer Gesellschaft essentiell ist.

¹⁷³ Vgl. *Report of the Truth and Reconciliation Commission* 1998, Vol. 5, Chapter 5, 184f.

¹⁷⁴ Vgl. *Brandon Hamber/Kamilla Rasmussen*, Financing a Reparations Scheme for Victims of Political Violence, in: *Brandon Hamber/Tlhoki Mofokeng* (Hrsg.), *From Rhetoric to Responsibility: Making Reparations to the Survivors of past political Violence in South Africa*, Chapter 7. Johannesburg 2000. <http://www.csvr.org.za/wits/papers/papr2r7.htm> [Zugriff: 15. März 2012]

¹⁷⁵ Vgl. *Report of the Truth and Reconciliation Commission* 1998, Vol. 4, Chapter 2, 18; Der individualisierte Ansatz hinsichtlich der Verantwortung von Gewaltverbrechen, bei dem der Fokus der auf Täter und Opfer liegt, wurde in den Spezialanhörungen zu der Rolle von Unternehmen während der Apartheid herausgefordert. Zum ersten Mal trat der Begriff der Nutznießer im Gegensatz zu Täter in den Vordergrund. Vor allem Mahmood Mamdani kritisierte die Vorgehensweise der TRC, die Verantwortung bei Tätern zu suchen, die einen relativen kleinen Teil der Bevölkerung darstellen, anstatt die Nutznießer der Apartheid in den Mittelpunkt zu stellen. (Vgl. *Mahmood Mamdani*, *Reconciliation without Justice*, in: *Southern African Review of Books*, Vol. 46, November/December 1996. http://web.uct.ac.za/depts/sarb/X0045_Mamdani.html [Zugriff: 15. April 2012])

¹⁷⁶ Vgl. *Report of the Truth and Reconciliation Commission* 1998, Vol. 5, Chapter 8, 319.

¹⁷⁷ *Yasmin Sooka*, The Unfinished Business of the TRC, in: *Brandon Hamber/Tlhoki Mofokeng* (Hrsg.), *From Rhetoric to Responsibility: Making Reparations to the Survivors of past political Violence in South Africa*, Chapter 4. Johannesburg 2000. <http://www.csvr.org.za/wits/papers/papr2r4.htm> [Zugriff: 18. April 2012]

Laut TRC sollten die Regierung wie der Wirtschaftsbereich zu gleichen Teilen die Verpflichtung tragen, Ungerechtigkeiten der Vergangenheit auszugleichen. Doch in den Spezialanhörungen hatte ein Großteil der Unternehmen jegliche Profitierung negiert und argumentiert, dass die Apartheid sogar hinderlich in der Ausschöpfung ihres wirtschaftlichen Potentials war.¹⁷⁸ Darüber hinaus betonten Unternehmen in den Anhörungen ihren positiven Beitrag, wie Ann Bernstein vor der Kommission erläuterte: „[...] it provided jobs for millions of people, created infrastructure, unleashed democratising pressure (unintentionally) and sustained a base of economic activity that now provides a platform for economic growth in a democracy.“¹⁷⁹ Ferner bemerkte sie, dass „[...] business will adapt to the prevailing culture of the society in which they're operating. [...] at the end of the day and at the beginning companies are set out to make money. That's what they're about; first and foremost and these are not moral institutions. These are money making machines.“¹⁸⁰

In Anbetracht der wirtschaftlichen und sozialen Gegebenheiten, wie extrem niedrige Löhne¹⁸¹, geringe Sicherheitsvorkehrungen sowie eine schlechte Gesundheitsversorgung im Bergbau wie im landwirtschaftlichen Sektor, kommt Terreblanche jedoch zu einem entgegen gesetzten Schluss:

„There can be no doubt that the apartheid system (or, more correctly, the system of racial capitalism) was deliberately constructed in a very close *collaboration* [...] between (white) business and (white) politicians to create a (mainly African) labour repressive system on behalf of white business.“¹⁸²

Die Empfehlungen bezüglich der Entschädigungsmaßnahmen sowie deren Finanzierung wurden im Oktober 1998 dem Parlament vorgelegt. Doch bereits im Februar 1999 distanzierte sich Präsident Mandela in seiner Rede vor dem Parlament von individuellen Entschädigungszahlungen und sprach sich stattdessen für Leistungen zugunsten von Gemeinden aus.¹⁸³ Der Eindruck, die IRG würden eventuell nicht angenommen werden, rief

¹⁷⁸ Vgl. Krog, *Country of my Skulls*, 315.

¹⁷⁹ Ann Bernstein, zit. nach *Report of the Truth and Reconciliation Commission* 1998, Vol. 4, Chapter 2, 53.

¹⁸⁰ Ann Bernstein, zit. nach Republic of South Africa, Truth and Reconciliation Commission, Business Hearing Sector, Johannesburg, 12.11.1997. <http://www.justice.gov.za/trc/special/business/busin2.htm> [Zugriff: 18. April 2012]

¹⁸¹ Während die Löhne der Schwarzen Arbeiter zwischen 1910 bis 1970 nicht angehoben wurden, konnte der Goldpreis einen Zuwachs von 45% verzeichnen. (Vgl. Krog, *Country of my Skull*, 315)

¹⁸² *Sampie Terreblanche*, Dealing with systematic economic Injustice, in: Charles Villa-Vicencio/Wilhelm Verwoerd, *Looking back, Reaching forward: Reflections on the Truth and Reconciliation Commission of South Africa*. London 2000, 265-276, hier 265.

¹⁸³ Vgl. Republic of South Africa, Address by President Nelson Mandela at the Opening of Parliament, 5 February 1999. http://www.info.gov.za/speeches/1999/99205_openin99_10091.htm [Zugriff: 22. April 2012]

starke Empörung bei den Opfern hervor, die sich eine zügige Auszahlung erhofften und der Überzeugung waren, dass keine Änderung mehr vorgenommen würde.

Bei der Debatte um den fünfbandigen Zwischenbericht, die noch im selben Monat stattfand, bekannte sich Mandela zu der ursprünglichen Vorgehensweise und verlautbarte, dass die „recommendations are broadly acceptable to the government. [...] To the extent that resources allow, individual reparation grants should continue to be made to identified surviving families and victims.“¹⁸⁴ Der Pan Africanist Congress und die Democratic Party äußerten sich positiv zu dieser Entscheidung. Lediglich die Freedom Front hielt eine psychologische Betreuung der Überlebenden für ausreichend.¹⁸⁵

Der damalige Vizepräsident Thabo Mbeki plädierte in seiner Stellungnahme ebenfalls für Individual Reparation Grants, betonte aber, dass

„no genuine fighter for the liberation of our people ever engaged in struggle for personal gain. [...] None of these expected a reward except freedom itself. We must not insult them and demean the heroic contribution they made to our emancipation by turning them into mercenaries whose sacrifices we can compensate with money.“¹⁸⁶

Mbekis Sichtweise folgten rasch andere Regierungsmitglieder, die die Forderungen der Opfer als eine unangemessen persönliche Bereicherung¹⁸⁷ darstellten, als „a pollution of the aims and principles of the freedom struggle.“¹⁸⁸

Die Opfer konnten dieser Sichtweise nichts abgewinnen: im Gegensatz zu der Minderheit der Anti-Apartheidskämpfer, die nach dem Umbruch Anstellungen im politischen Bereich oder als Sicherheitskräfte fanden, waren die Lebensverhältnisse der meisten von Armut und Arbeitslosigkeit geprägt. Die Überlebenden fühlten sich von ihren ehemaligen Kameraden, die nun Machtpositionen besetzten, vergessen und im Stich gelassen, „One of the things that compounds the pain is not being heard. Some of the comrades who were with us are now

¹⁸⁴ Republic of South Africa, Opening Address by President Nelson Mandela in the special Debate on the Report of the Truth and Reconciliation Commission, 25 February 1999.

http://www.info.gov.za/speeches/1999/99225_trc-ma99_10201.htm [Zugriff: 23. April 2012]

¹⁸⁵ Vgl. *Durczak*, Der Versuch einer Vergangenheitsbewältigung, 144f.

¹⁸⁶ Republic of South Africa, Thabo Mbeki, Statement on the Report of the TRC Joint Sitting of the Houses of Parliament, Cape Town, 25 February 1999. <http://www.dfa.gov.za/docs/speeches/1999/mbek0225.htm> [Zugriff: 23. April 2012]

¹⁸⁷ Vgl. *Tlhoki Mofokeng/Brandon Hamber*, Contextualising Reconciliation and Reparations in South Africa, in: *Brandon Hamber/Tlhoki Mofokeng* (Hrsg.), From Rhetoric to Responsibility: Making Reparations to the Survivors of past political Violence in South Africa, Chapter 1. Johannesburg 2000. <http://www.csvr.org.za/wits/papers/papr2r1.htm> [Zugriff: 2. Mai 2012]

¹⁸⁸ *Oupa Makhalemele*, Southern Africa Reconciliation Project: Khulumani Case Study, Johannesburg 2004. <http://www.csvr.org.za/docs/reconciliation/southernaficareconciliation.pdf> [Zugriff: 2. Mai 2012]

members of parliament and no longer seem to care about us. We feel like pariahs or abandoned people and that adds to the pain.”¹⁸⁹

Die Opfer waren über die widersprüchlichen politischen Signale verärgert und kritisierten, dass die verantwortlichen Akteure durch die Medien mit ihnen sprachen und keinen persönlichen Dialog anstrebten. Aus ihrer Sicht sollten die Entbehrungen des Kampfes ausreichend anerkannt werden, wie ein Opfer festhält:

„We ware taken to Wolmaransstad to be trained as soldiers. We had a difficult time being prepared. We ware thrown into water. We climbed mountains with big bags on our backs. We did not get “demob” money when we were demobilised. We were told to pack at night and leave the next day. We have not received any payments for that.”¹⁹⁰

Darüber hinaus mag es zutreffen, dass verstorbene Anti-Apartheidskämpfer keine monetäre Form der Belohnung zwar für sich beansprucht hätten, jedoch ist anzunehmen, dass sie gerne ihre Familien versorgt wüssten.

Obwohl die Regierung die Empfehlungen hinsichtlich der Entschädigungsmaßnahmen positiv aufnahm, wurden endgültige Entscheidungen bis zum 21. März 2003 zurückgehalten. An diesem Tag hatte das Amnestiekomitee seine Arbeit abgeschlossen und der letzte Band wurden dem neuen Staatsoberhaupt, Thabo Mbeki, übergeben.

Dieser bekräftigte die Entschädigungsrichtlinien aus dem Jahr 1998 und befürwortete den Plan einer sechsjährigen Zahlung. Die Tatsache, dass anerkannte Opfer nun seit fünf Jahren auf ihre rechtmäßige Entschädigung warteten, löste heftige Empörung aus. Nicht nur die zeitliche Verzögerung, auch das Wissen, dass der Presidents Fund durch die UIR über die Daten zahlreicher Opfer verfügte und mit der Zahlung der IRGs leicht hätte beginnen können, fügte der Legitimität der TRC erheblichen Schaden zu.¹⁹¹ Außerdem verstärkte die Arbeitsweise der Kommission die Erwartung vieler Opfer, sie selbst würde für die Entschädigungszahlungen aufkommen, indem sie in den Anhörungen die abschließende Frage stellte „What can the Commission do to help you?“¹⁹². Zusätzlich wurde die materielle Not vieler Opfer durch eine steigende Arbeitslosenrate von 29% auf 42%¹⁹³ erschwert, wodurch

¹⁸⁹ Cahal McLaughlin, *Reparations in South Africa – a Visit to Khulumani*, in: *Race & Class*, Nr. 44(1), Los Angeles 2002, 81-86, hier 84.

¹⁹⁰ McLaughlin, *Reparations*, 85.

¹⁹¹ Vgl. Burton, *Reparations*, 40f.

¹⁹² Ruth Picker, *Victims' Perspectives about the Human Rights Violations Hearings*, Johannesburg 2005. <http://www.csvr.org.za/wits/papers/pappick.htm> [Zugriff: 7. Mai 2012]

¹⁹³ Greeta Kindon/John Knight, *Unemployment in South Africa, 1995-2003: Causes, Problems and Policies*, in: *JAfrE*, Vol. 16, Nr. 5, Oxford 2007, 813-848, hier 814/827. Diese Zahlen beziehen sich auf die weite Definition von Arbeitslosigkeit im Zeitraum 1995 bis 2003. Die Regierung arbeitet hingegen mit dem engen Konzept,

das Vertrauen in die TRC und ihrem Bestreben, die Lebensbedingungen nachhaltig zu verbessern, geschwächt wurde. Laut einer UNDP-Studie lebten 2003 46% der Bevölkerung unterhalb der national festgelegten Armutsgrenze von monatlich R1 871 für 4,7 Personen. Das galt umgerechnet für 21 Millionen Menschen, überwiegend Schwarze.¹⁹⁴

Die Gründe für diese Verzögerung sieht der österreichische Historiker Walter Sauer einerseits im Entschluss des Finanzministeriums budgetäre Ausgaben möglichst gering zu halten, andererseits im verlangsamten wirtschaftlichen Aufschwung seit 1994.¹⁹⁵

Christoph Marx zieht eine andere Schlussfolgerung: ihm zu Folge konnte die Regierung über die Verschleppung der individuellen Zahlungen hinwegtäuschen, indem sie argumentierte, dass das Ziel der restaurativen Gerechtigkeit primär der Wandel der gesellschaftlichen Ebene sei. „Damit wurde der Regierung freie Hand gegeben, jede soziale Reformmaßnahme als eine Form der Reparations- und Rehabilitationsleistung im Sinn der Truth Commission auszugeben.“¹⁹⁶

In Hinblick auf die Finanzierung der Entschädigungen lehnte Mbeki in seiner Rede eine einmalige Reichensteuer zugunsten potentieller Investoren ab. Stattdessen appellierte er an alle Südafrikaner, freiwillige Spenden an einen Reparation Fund einzurichten:

„In the pursuit of the goal of a non-racial society, in which all South Africans would be inspired by a common patriotism, we believe that we should begin to learn to work together, uniting to address the common national challenges, such as responding to the consequences of the gross violations of human rights of which the TRC was seized.“¹⁹⁷

Sein Entschluss stand im Widerspruch zu den Empfehlungen, die einen substantiellen Beitrag der Wirtschaft vorsahen. Die Kommission hatte aus der Sicht der Opfer nicht nur ermöglicht, dass „[...] Repräsentanten der Wirtschaft sich selbst als ‚Opfer der Apartheid‘ darstellen konnten“¹⁹⁸, sondern sie nun auch noch aus ihrer finanziellen Verantwortung entlassen. Dieser Schritt erscheint paradox, hatte der Bericht noch kurz zuvor die mangelnde Bereitschaft von

dessen Zahlen trotz Kritik als ‚offizielle‘ Definition 1998 angenommen wurde. Für denselben Zeitraum stieg die ‚offizielle‘ Arbeitslosenrate von 17% auf 28%.

¹⁹⁴ Vgl. Pabst, Südafrika, 63.

¹⁹⁵ Vgl. Walter Sauer, Wahrheitskommission beendet Tätigkeit – wie weiter? in: Indaba, Nr. 38, Wien 2003, 3-10, hier 7.

¹⁹⁶ Christoph Marx, Ubu und Ubuntu: Zur Dialektik von Apartheid und Nation-Building, in: Saeculum - Jahrbuch für Universalgeschichte. Köln 2001, 91-120, hier 98.

¹⁹⁷ Republic of South Africa, Statement by President Thabo Mbeki to the National Houses of Parliament and the Nation, on the Occasion of the Tabling of the Report of the Truth and Reconciliation Commission, Cape Town, April 15, 2003. <http://www.pmg.org.za/docs/2003/appendices/030610presrec.htm> [Zugriff: 8. Mai 2012]

¹⁹⁸ Neville Alexander, Südafrika: der Weg von der Apartheid zur Demokratie. München 2001, 151.

Unternehmen kritisiert in einen Reparation Fund einzuzahlen – lediglich R800 Millionen waren vom privaten Sektor beigesteuert worden.¹⁹⁹

Die weitreichendste Veränderung betraf jedoch die individuellen Entschädigungsleistungen der Opfer. Thabo Mbeki verlautbarte, dass eine einmalige Zahlung von R 30 000 an die Opfer erfolgen würde. Der Ansatz, den die Regierung verfolgte war nicht der individuelle Ausgleich für erlebtes Unrecht, sondern die Perspektive gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Entwicklung:

„[...] an integrated and comprehensive response to the TRC Report should be about the continuing challenge of reconstruction and development: deepening democracy and the culture of human rights, ensuring good governance and transparency, intensifying economic growth and social programmes, improving citizens’ safety and security and contributing to the building of a humane and just world order.“²⁰⁰

Der Kurswechsel der Regierung traf auf Enttäuschung und Ärger bei Opfern, zivilgesellschaftlichen Organisationen und Kommissionsmitgliedern. Im Zentrum ihrer Kritik stand, dass weder eine eingehende Konsultierung mit relevanten Interessensvertretern noch ein öffentlicher Diskurs stattfand. Dadurch verschloss sich die Regierung der Möglichkeit, Informationen für umfassende Entschädigungsmaßnahmen zu beziehen und somit die Effektivität des Programms zu steigern. Diese Vorgehensweise steht laut van der Merwe, Transitional Justice Programm Manager am Centre for the Study of Violence and Reconciliation (CSVR), im Widerspruch zur Selbstdarstellung der TRC: diese hatte sich von Anfang an als Bottom-Up Institution präsentiert, wenngleich der Arbeitsprozess stark durch eine Top-Down Struktur geprägt war.²⁰¹

Zudem beinhalteten die finanziellen Zahlungen der TRC auch einen symbolischen Wert, nämlich die Würde der Opfer wiederherzustellen, der im Zuge dieses exklusiven Prozesses untergraben wurde.²⁰² Hamber hält fest, dass

„Genuine reparations, and the process of healing, does not occur *through* the delivery of an object (e.g. a pension, a monument, etc.), but through the process that takes place *around* the object. It is how the individual processes the symbolic meaning of reparations that is crucial.

¹⁹⁹ Vgl. *Report of the Truth and Reconciliation Commission* 2003, Vol. 6, Section 2, Chapter 5, 142f.

²⁰⁰ Statement by President Thabo Mbeki to the National Houses of Parliament and the Nation.

²⁰¹ Vgl. *Van der Merwe*, National and Community Reconciliation, 104/112.

²⁰² Vgl. *Makhahlemele*, Still not Talking.

For this reason, making space for the complaints and opposition of survivors should be seen as an integral component of any reparations programme.”²⁰³

Pablo de Greiff betrachtet Entschädigung in Form von Pauschalsummen kritisch und spricht sich stattdessen für Pensionszahlungen aus:

„[...] Aside from the fact that pensions are less likely to be misspent and thus they may make a more sustainable contribution to the quality of life of victims, the point to stress here is that pensions do not invite the interpretation which lump sums frequently invite, namely, that the particular sum is the price that the government pays on the life of a victim. The very regularity of a pension may contribute to the experience of recognition of victims and to fostering trust in institutions from which they receive regular support.”²⁰⁴

Neben der ablehnenden Haltung der Regierung Möglichkeiten der Partizipation zu schaffen, reichte die Pauschalsumme von R 30 000 (rund 3000 Euro)²⁰⁵ aus der Sicht der Opfer nicht aus, um eine substantielle und nachhaltige Verbesserung ihrer marginalisierten Position zu bewirken. Nach jahrelangem Warten hatten Opfer auf eine finanzielle Entschädigung gehofft, die nach individuellen Bedürfnissen, darunter die Anzahl der zu versorgenden Personen und der Wohnort, differenziert. Beth Goldblatt weist daraufhin, dass der Entschluss vor allem ländliche Bewohner, insbesondere Frauen, benachteiligte, da diese in der Regel stärker von Armut betroffen sind und zudem die Hauptverantwortung für die Familie tragen.²⁰⁶ Stattdessen hatte die Ignoranz der Regierung dazu geführt, dass viele Opfer starben bevor sie irgendeine Zahlung erhalten hatten.

Die Verbitterung der Opfer über das Ergebnis wird in dieser Stellungnahme deutlich:

„In reality I need medical treatment and psychological treatment and these things require of me to use money. So with R30 000 that I received I am trying to buy myself the best treatment ever available but the money is about to finish. What is going to happen is when that money is all gone I will once again be confronted with realities that the pain is still here. We thought we would receive medical reparations and maybe assistance in terms of

²⁰³ Hamber, *Repairing the Irreparable*, 221.

²⁰⁴ De Greiff, *Reparation Programs*, 59/Fußnote 14.

²⁰⁵ Monetäre Ausgleichszahlungen können höchst unterschiedlich ausfallen, wie die Beispiele Chile und Argentinien bereits aufgezeigt haben. Als Ergänzung dazu haben Familien der in Polizeigewahrsam verstorbenen Personen in Brasilien 80 000 Euro und mehr erhalten. (Vgl. *ibid*, 57)

²⁰⁶ Vgl. Beth Goldblatt, *Evaluating the Gender Content of Reparations: Lessons from South Africa*, in: Ruth Rubio-Marín (Hrsg.), *What Happened to the Women? Gender and Reparations for Human Rights Violations*. New York 2006, 48-91, hier 67.

employment so we wouldn't rely on R30 000. That never materialized. So we are faced with the same problem again.”²⁰⁷

Überlebenden ging es nicht um eine individuelle Bereicherung, sondern in erster Linie um ein selbstbestimmtes Leben in Würde. Viele brachten den Wunsch nach Arbeit bzw. der Gründung von Kleinunternehmen zum Ausdruck. Besonderes Augenmerk legten viele ältere Opfer auf die Ausbildung ihrer Kinder, für die die eigenen Mittel oft nicht reichten. Wenngleich es gerade dieser Opfergruppe ist, die besondere Unterstützung bedarf: „Failing here would leaving these children trapped in a circle of poverty, which has the potential of manifesting itself in violent, criminal and other anti-social behaviour.“²⁰⁸

Neben den Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten standen vor allem die Nutzung von Therapieangeboten, der Gesundheitsversorgung sowie leistbares Wohnen für die Opfer im Vordergrund. Opfer drückten diese Bedürfnisse oft unter der Formulierung eines „real change“²⁰⁹ aus und nannten diese als Grundvoraussetzung bevor ein Zusammenwachsen der Bevölkerung beginnen kann.

In diesem Sinne hatte die Wahrheits- und Versöhnungskommission zwei grundlegende Elemente ihrer restaurativen Arbeit stark vernachlässigt, nämlich die Stärkung der Opfer durch eine Prozessbeteiligung und ein – aus der Sicht der Opfer – substantieller Ausgleich des zugefügten Schadens. Howard Zehr konstatiert: „The Truth and Reconciliation Commission (TRC) represents an attempt to do justice restoratively, but an incomplete [...]“.²¹⁰

Bis Ende März 2011 wurden rund 15 962 der 16 837 von der TRC genehmigten Antragsteller ausbezahlt. Die Gesamtkosten beliefen sich auf R479 Millionen.²¹¹

Andere Länder im südlichen Afrika verdeutlichen, die Schwierigkeiten von Entschädigungsprogrammen. Während Mozambique und Namibia keine Richtlinien des finanziellen wie materiellen Ausgleichs konzipierten, sahen sich Malawi und Zimbabwe massiver Kritik durch Opfer ausgesetzt: Korruption, unzureichende Ressourcen, Ineffizienz und fehlendes öffentliches Bewusstsein führten zu Misserfolg der Programme.²¹²

²⁰⁷ Kasa, zit. nach *Makhalemele*, Still not Talking.

²⁰⁸ Ibid.

²⁰⁹ *Christopher J. Colvin*, ‘We are still Struggling’: Storytelling, Reparations and Reconciliation after the TRC. Johannesburg 2000. <http://www.csvr.org.za/docs/trc/wearestillstruggling.pdf> [Zugriff: 2. April 2012]

²¹⁰ *Howard Zehr*, Restorative Justice: When Justice and Healing Go together, in: *Track Two: Constructive Approaches to Community and Political Conflict*, Vol. 6, Nr. 3&4. Capetown 1997. http://www.ccr.uct.ac.za/archive/two/6_34/p20_restorative.html [Zugriff: 9. Mai 2012]

²¹¹ Vgl. President's Fund Annual Report for 2010/11, 4.

²¹² Vgl. *Christopher J. Colvin*, Civil Society and Reconciliation in Southern Africa, in: *DP*, Vol. 17, Nr. 3, Oxford 2007, 322-337, hier 329.

Das folgende Kapitel widmet sich der südafrikanischen Zivilgesellschaft und deren Wahrnehmung der Entschädigungsrichtlinien mit Schwerpunkt auf der Khulumani Support Group, der bedeutendsten Selbsthilfegruppe hinsichtlich Entschädigungen. Es gilt aufzuzeigen, welche Besonderheiten diese Gruppe im Vergleich zu anderen Selbsthilfegruppen in Südafrika auszeichnen. Im Anschluss werden die Aktionen dargestellt, die von Khulumani Support Group gesetzt werden, um ihre Forderungen nach finanziellem Ausgleich durchzusetzen.

(c) Kritik an der Entschädigungspolitik Südafrikas am Beispiel der Khulumani Support Group

Südafrika weist nicht nur eine starke thematische Differenzierung hinsichtlich des zivilgesellschaftlichen Engagements auf, auch die politische Mobilisierung der Menschen ist durch den Widerstand gegen die Apartheid stark verbreitet. In den 1990er Jahren engagierten sich rund 60% der Südafrikaner in diversen Gruppen. Mit dem Systemwechsel 1994 war das verbindende Ziel des Widerstandes erreicht und es etablierten sich aus den veränderten politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen Neue Soziale Bewegungen (NSB).²¹³ Diese legen den Schwerpunkt meist auf ein „bestimmtes, häufig gesellschaftlich sensibles Thema. Sie lehnen die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Regierung als ineffektiv und ungerecht ab und verstehen sich als Organisationen der unterrepräsentierten und marginalisierten Gruppen. [...] Die Aktivisten verstehen sich als Teil einer globalen Bewegung gegen den ‚Neoliberalismus‘.“²¹⁴

Die bedeutendste Selbsthilfegruppe in Hinblick auf finanzielle Entschädigungen für Opfer und Familienangehörigen von politischer Gewalt in Südafrika ist die Khulumani Support Group (KSG).²¹⁵ Ursprünglich Teil des Centre for the Study of Violence and Reconciliation (CSVR), arbeitet Khulumani seit 1999 autonom. Auslöser für die Gründung dieser Organisation war die Erkenntnis, dass sich die psychologische Betreuung als ineffektiv erweisen würde, sofern nicht die dringlichen existenziellen Bedürfnisse der Opfer in ihrer

²¹³ Vgl. *Siegmar Schmidt*, Zivilgesellschaft in Südafrika nach dem Ende der Apartheid, in: *Joachim Betz* (Hrsg.), *Zivilgesellschaft (Neues Jahrbuch Dritte Welt)*. Wiesbaden 2005, 157-169, hier 158-164.

²¹⁴ *Ibid.*, 165.

²¹⁵ Khulumani bedeutet „Speak Out!“, „Erhebe deine Stimme!“ in isiZulu.

Arbeit miteinbezogen würden.²¹⁶ Zudem suchte man über die Einzelbetreuung hinaus „a more progressive and culturally meaningful approach [...] to treat ‚clients‘ as part of ‚a community‘ so people could draw strength from each other as they had done during the struggle days against apartheid.“²¹⁷ Mit anfänglich nur 30 Teilnehmern, stieg die Zahl der Mitglieder auf 58 000 (Stand 2012).²¹⁸

Drei Besonderheiten zeichnen die Khulumani Support Group aus:

Erstens unterscheidet sie sich von anderen Interessensvertretungen mit einem ähnlichen Schwerpunkt, da es eine Organisation für Opfer ist, welche von ihnen selbst geführt wird. Khulumani argumentiert, dass es für die Aufarbeitung nicht ausreicht, Opfer in den Mittelpunkt des Prozesses zu stellen. Es gilt vielmehr sie aktiv in den Gestaltungsprozess mit einzubeziehen und sie zu den Hauptakteuren des Projektes zu machen. Dies ist ein zentraler Beweggrund für den starken Zulauf der Organisation: Opfer fühlen sich durch ihren persönlichen Beitrag und ihr eigenes Engagement im Kampf um Entschädigungen gestärkt und erlangen so ihre Würde wieder.²¹⁹ Indem sie Gerechtigkeit durch persönliches Engagement der Betroffenen und mit Hilfe von friedvollen Protestmitteln einfordern, argumentiert die Aktivistin Noma-Russia Bonase, „leisten sie einen Beitrag zur demokratischen Entwicklung und wirken aktuellen Gewalttendenzen entgegen.“²²⁰

Zweitens war die Khulumani Support Group bereits sehr früh in der TRC involviert und hatte so die Möglichkeit, sich für die Interessen der Opfer einzusetzen.²²¹ Im Vergleich dazu etablierten sich Opfergruppen in Chile, El Salvador und Sierra Leone erst als Reaktion auf die unzufriedenstellende Arbeit der Wahrheitskommissionen.²²²

Drittens wird an Hand eines Aktivistenprofils deutlich, dass der Großteil der Unterstützer den marginalisiertesten Teil der südafrikanischen Bevölkerung repräsentiert, nämlich schwarze Frauen. Viele haben lediglich eine geringe Bildung und einen schwachen Hintergrund von

²¹⁶ Vgl. Colvin, We are still Struggling.

²¹⁷ Vgl. Shirley Gunn, Reparations Advocacy: The Case of Khulumani Support Group. Paper presented at the African Transitional Justice Research Network Workshop “Advocating Justice: Civil Society and Transitional Justice in Africa”, 30-31 August 2010, Johannesburg, South Africa.

http://www.transitionaljustice.org.za/docs/2010workshop/6_Gunn.pdf [Zugriff: 10. Mai 2012]

²¹⁸ Vgl. Khulumani Support Group, Activities, Provincial Capacity Building.

<http://www.khulumani.net/khulumani/about-us/item/4-activities.html> [Zugriff: 10. Mai 2012]

²¹⁹ Vgl. Colvin, We are still Struggling.

²²⁰ Rita Schäfer, Sexualisierte Kriegsverbrechen – Suche nach Gerechtigkeit, in: E+Z, Nr. 10, Bonn 2008, 361.

²²¹ Obwohl der Zivilgesellschaft Möglichkeiten zur Partizipation eingeräumt wurden, war das Ergebnis laut van der Merwe stark von den Interessen der politischen Parteien geprägt. Verantwortlich war eine zu schwache Zivilgesellschaft, die ihre Forderungen nicht effektiv in den Verhandlungsprozess positioniert hat. (Vgl. Van der Merwe, National and Community Reconciliation, 103.)

²²² Vgl. Brankovic, Advocating Justice, 8.

politischem und zivilem Aktivismus.²²³ Dadurch unterscheiden sie sich deutlich von anderen Opfergruppen, deren Mitgliedschaft oft auf Ex-Veteranen und ehemalige politische Gefangene beschränkt ist, die in der Regel Männer sind.

Das Hauptaugenmerk der KSG richtet sich auf zwei Aspekte von Gerechtigkeit: zum einen setzt sich die Gruppe für eine zügige Implementierung der versprochenen finanziellen und materiellen Entschädigungen durch die Regierung ein. Zum anderen – in einem weiter gefassten Konzept von Gerechtigkeit – plädiert die Organisation für eine „strukturelle Versöhnung“. Gemeint ist eine soziale und materielle Transformation oder wie Colvin es formuliert „the construction of new, more equal and more just social, political and economic structures.“²²⁴ Denn aus der Sicht der Opfer ist die Frage nach Heilung und Versöhnung bedeutungslos im Kontext einer anhaltenden Viktimisierung durch Armut und der Weigerung der weißen Bevölkerung und der schwarzen Elite, Teile ihrer sozialen und ökonomischen Macht abzugeben. Dadurch entsteht für einen Großteil der Bevölkerung der Eindruck, als Verlierer des politischen Kompromisses hervorzugehen, wodurch der Prozess der sozialen Rekonstruktion des Landes stark untergraben wird.²²⁵

Seit der Veröffentlichung des Abschlussberichtes 1998 organisierte die Gruppe öffentliche Proteste und Aktionen, um ihren Unmut über die Vorgehensweise der TRC und der Regierung Ausdruck zu verleihen und Druck hinsichtlich der Implementierung auszuüben. Als Reaktion auf die widersprüchlichen Aussagen bezüglich Entschädigungsleistungen verteilte die Khulumani Support Group im Oktober 1999 dreißig gespendete Rollstühle an bedürftige Opfer.²²⁶ Des Weiteren setzt sich die Gruppe für einen bevorzugten Zugang der Opfer und deren Angehörigen zu medizinischer Versorgung, Stipendien, therapeutischen Angeboten, Wohnmöglichkeiten und Rechtsberatung ein, da viele Opfer oftmals keine rechtliche Unterstützung durch den Staat erhielten. Dadurch wurden ihnen nicht nur das Anfechten von Untersuchungsergebnissen des Menschenrechtskomitees und das Vorgehen gegen Amnestierungen von Tätern deutlich erschwert, sondern das Bild einer täterfreundlichen Kommission verstärkt. Opfer forderten vielfach, dass Täter Entschädigung leisten sollten.²²⁷

²²³ Vgl. *Makhamelele*, Southern Africa Reconciliation.

²²⁴ Vgl. *Colvin*, *We are still Struggling*.

²²⁵ Vgl. *ibid.*

²²⁶ Vgl. *Makhamelele*, Southern Africa Reconciliation Project.

²²⁷ Vgl. *Simon Kimani*, Report of the National Strategy Workshop on Reparations. Report of Workshop held at the Parktonian Hotel, 31 October 2001, Johannesburg, South Africa.

„I my opinion, I think the best way to demonstrate a truthful commitment to peace and a truthful commitment to repentance is that perpetrators of acts of violence would make a contribution, a financial contribution to the families of victims and [...] they will then demonstrate with extreme confidence that in fact they are sorry about what they did.“²²⁸

Nur wenige Täter in Südafrika haben Entschädigungszahlungen geleistet. Eine Ausnahme ist Eugene deKock, ehemaliger Kommandeur der Vlakplaas, der die Tantieme aus dem Verkauf seiner Autobiographie einem Entschädigungsfonds für Opfer spendet.²²⁹ Eine Studie von 2001 untermauert diese Entwicklung: nur 10% der Weißen wären bereit, die Verantwortung für Entschädigungszahlungen selbst zu tragen, während 79% der Schwarzen diese Form der Entschädigung befürworten.²³⁰

Rechtlich betrachtet sind Täter in Südafrika auch nicht zu finanziellem Ausgleich verpflichtet.²³¹ Zu diesem Ergebnis kam Richter Mohamed im Azanian People's Organisation Fall. Die zugrunde liegende Klage wurde von AZAPO und den Biko, Mxenge und Ribeiro Angehörigen gegen den südafrikanischen Präsidenten und die Wahrheits- und Versöhnungskommission mit der Begründung eingereicht, dass die Amnestieregelung verfassungswidrig sei. Doch das Gericht hielt dafür, dass im Ausgleich zur Amnestierung der Täter und dem damit einhergehenden Verlust auf zivilrechtliche Schadensersatzforderungen von Seiten der Opfer, der Staat die Verpflichtung für „nuanced and individualised reparations“²³² trägt.

Die Reaktionen auf die Klageeinreichung waren gespalten: während der African National Congress Youth League, eine konkurrierende Partei der AZAPO, diesen Schritt befürwortete, zeigten sich Mitarbeiter der TRC und der National African National Congress verärgert. Den Familien wurde vorgeworfen, versöhnungsunwillig zu sein und selbst Desmond Tutu übte scharfe Kritik.²³³ Dumisa Ntsebeza, Leiter der investigativen Einheit, erklärte auf einer Pressekonferenz: „Steve Biko's death happened almost twenty years ago, it was not the

<http://www.csvr.org.za/docs/reconciliation/reportnationalstrategy.pdf> [Zugriff: 13. Mai 2012]

²²⁸ Ms. Cynthia Ngewu, zit. nach *Report of the Truth and Reconciliation Commission* 1998, Vol. 5, Chapter 9, 402.

²²⁹ Vgl. *ibid.*

²³⁰ Vgl. *Van der Merwe/Chapman*, Did the TRC deliver, 273.

²³¹ Dadurch unterscheidet sich das südafrikanische Modell von den traditionellen gacaca Gerichten in Ruanda: zentrales Element dieses Ansatzes ist die Verpflichtung der Täter direkte finanzielle Entschädigungszahlungen oder symbolische in Form von gemeinnütziger Arbeit zu leisten. (Vgl. *Lyn Graybill/Kimberly Lanegran*, Truth, Justice, and Reconciliation in Africa: Issues and Cases, in: *African Studies Quarterly*, Vol. 8, Nr. 1, Gainesville 2004, 1-18, hier 9. <http://www.africa.ufl.edu/asq/v8/v8i1a1.pdf> [Zugriff: 14. Mai 2012])

²³² Constitutional Court of South Africa, Case CCT 17/96, decided on 25 July 1996, Judgment by Judge Mohamed, 41 [46]. <http://www.saflii.org/za/cases/ZACC/1996/16.pdf> [Zugriff: 15. Mai 2012]

²³³ *Brandon Hamber*, Rights and Reasons: Challenges for Truth Recovery in South Africa and Northern Ireland, in: *FlIntLJ*, Vol. 26, Nr. 4, Fordham 2002, 1074-1094, hier 1085.

commission that stopped the families from going to court. Moreover, Biko's family accepted an out-of-court settlement in which they received 65,000 Rand.”²³⁴

Diese „Endgültigkeit“²³⁵, auf das Recht, Entschädigungen durch Gerichte einzufordern verzichten zu müssen, ist in den Entschädigungsprogrammen in Chile und Brasilien nicht zu finden. Das Beispiel der Kommission in Peru illustriert, dass die Herangehensweise an Entschädigungsmaßnahmen durchaus komplex ausfallen kann: dort behielten Opfer ihr Recht, Schadensersatz zu klagen. Sobald sie über den Rechtsweg erfolgreich waren und durch Täter finanziell entschädigt wurden, waren sie angehalten, bereits erhaltene finanzielle Zuschüsse durch das staatliche Programm zurückzuzahlen.

Laut Minow hatte die Vernachlässigung der Rechenschaftspflicht der einzelnen Täter im Rahmen der TRC zur Folge, dass heute viele Südafrikaner Strafprozesse für die bevorzugte Form der Gerechtigkeit halten.²³⁶

Im März 2000 wurde der erste öffentliche Protestmarsch unter dem Motto „Reparations Now!“ organisiert. Ziel war das südafrikanische Parlament, wo Präsident Mbekis Vertretung eine Petition überreicht wurde. Die Regierung wurde darin aufgefordert, die versprochenen Entschädigungsmaßnahmen umzusetzen und den Stichtag für Aussagen zu erweitern. Viele Opfer beklagten, dass sie den Kriterien entsprächen, aber noch keine Möglichkeit hätten, ihre Aussage einzureichen.²³⁷

Darüber hinaus sollte die Regierung nach vier Jahren Wartezeit mit der Auszahlung der Special Pensions beginnen. Das Gesetz von 1996 legte fest, dass all jene Menschen Anspruch auf eine Sonderpension hatten, die ihr Leben dem Kampf gegen das Apartheidregime gewidmet hatten und folglich keine Pensionen im Rahmen einer geregelten Arbeit einzahlen konnten sowie deren Angehörigen.²³⁸ Die Empfänger mussten zum 1. Dezember 30 Jahre und älter sein und hatten bis 31. Dezember 2010 die Möglichkeit einen Antrag zu stellen.²³⁹ Insgesamt wurden 71 074 Anträge eingereicht, von denen lediglich 21 277 positiv bewertet wurden. Gründe für die hohe Zahl der Ablehnung waren unter anderem, dass Antragsteller

²³⁴ Krog, *Country of my Skull*, 30.

²³⁵ Vgl. *De Greiff*, *Reparations Programs*, 59.

²³⁶ Vgl. *Martha Minow*, *Innovating Responses to the Past: Human Rights Institutions*, in: *Nigel Biggar* (Hrsg.), *Burying the Past: Making Peace and Doing Justice after Civil Conflict*. Washington, DC 2003, 87-100, hier 95.

²³⁷ Vgl. *Gunn*, *Reparations Advocacy*, 2f.

²³⁸ Republic of South Africa, *Special Pensions Act*, 1996 [No. 69 of 1996], Preamble. http://www.saflii.org/za/legis/num_act/spa1996182/ [Zugriff: 13. Mai 2012]

²³⁹ Vgl. *National Treasury Annual Report 2010/11*, Department of National Treasury, Republic of South Africa, Programme 8, 92. <http://www.treasury.gov.za/publications/annual%20reports/national%20treasury/nt%20annual%20report%202010-11.pdf> [Zugriff: 13. Mai 2012]

mindestens fünf Jahre im politischen Widerstand aktiv sein mussten, sie der Altersanforderung nicht entsprachen oder zu spät einreichten.²⁴⁰

Die Khulumani Support Group kritisiert indes, dass die Altersgrenze zu hoch gesetzt wurde. Denn es war vor allem die junge Generation, die eine wichtige Rolle im Widerstand spielte und dafür die Ausbildung opferte und massiven Folterungen ausgesetzt war. Vier Jahre nach Gesetzeserlass war noch keine Zahlung an Antragsteller erfolgt.²⁴¹

Der Protest erhielt eine breite Berichterstattung in den Medien, doch von der Regierung kam lediglich die Rückmeldung, dass nichts Genaues hinsichtlich der endgültigen Entschädigungen gesagt werden kann, sofern nicht die Amnestieanhörungen abgeschlossen waren.

Im Dezember 2000 gab die Khulumani Support Group eine Pressemitteilung unter dem Titel „The Truth and Reconciliation Commission’s unfinished business“ heraus. Die Regierung wurde angehalten, Kontakt mit zivilgesellschaftlichen Organisationen aufzunehmen und Khulumani als wichtige Interessensvertretung zu betrachten um mit deren Wissen um die Bedürfnisse der Opfer eine effektive Entschädigungspolitik zu gestalten.

Da sie von Seiten der Regierung keine Antwort erhielten, veranstaltete Khulumani Support Group eine „Reparations Indaba“²⁴² im April 2001 mit dem Ziel, möglichst viele staatliche und zivilgesellschaftliche Schlüsselfiguren aus dem Bereich der Entschädigungen zusammenzubringen. Zum ersten Mal gelang es einen Repräsentanten des Justizministers Pennuel Maduna an einen Tisch zu holen. Doch sein Versprechen, dass die endgültige Entschädigungsmaßnahmen binnen zwei Wochen zu präsentieren, wurde von der Regierung nicht eingehalten.²⁴³ Auch ein weiterer Protest im März 2002 vor dem Parlament unter dem Motto „We want Maduna now!“ zog keine Gesprächsbereitschaft durch die Regierung nach sich. Um Zugang zum Planungsprozess zu erhalten, beschloss die Außenstelle der Khulumani Support Group Western Cape noch im selben Jahr Klage unter dem Access to Information Act einzureichen. Unterstützung erhielten sie dabei von Black Sash und Jubilee South Africa. Das Ziel war die Beklagten, Erzbischof Tutu, die TRC selbst, Justizminister Pennuel Maduna und Präsident Mbeki zu zwingen, die Entschädigungsrichtlinien einer öffentlichen Diskussion

²⁴⁰ Vgl. *Lionel Faull*, Special Pension Unit Fails Activists, in: Mail & Guardian, 30. September 2011, Johannesburg, Südafrika. <http://mg.co.za/article/2011-09-30-special-pensions-unit-fails-activists/> [Zugriff: 14. Mai 2012]

²⁴¹ Vgl. *Gunn*, Reparations Advocacy, 2f.

²⁴² Indaba bedeutet „news“ in isiXhosa.

²⁴³ Vgl. *Makhalemele*, Southern Africa Reconciliation.

zu stellen. Nach der Übergabe des letzten Bandes 2003 und der ernüchternden Einmalzahlung von R 30 000 an die Opfer wurde die Klage vom Gericht fallen gelassen.²⁴⁴

Mit der Fertigstellung des Abschlussberichtes entstand der Eindruck, dass viele ANC-Politiker unter Mbeki die Vergangenheitsaufarbeitung für abgeschlossen hielten, was zu Spannungen mit der Khulumani Support Group führte. Beispiele sind der Versuch der Regierung, die Amnestieregelung 2005 zu lockern und die Möglichkeit der Begnadigung für verurteilte Apartheidverbrecher 2007 zu eröffnen. In beiden Fällen gelang es der Gruppe über den Rechtsweg die Vorhaben der Regierung zu verhindern.²⁴⁵ Diese Beispiele zeigen, dass der Wille nach politischem Abschluss oft nicht mit der emotionalen Bereitschaft der Überlebenden korreliert.

Die skizzierten Kampagnen stellen lediglich einen Ausschnitt der Aktivitäten der Khulumani Support Group dar, verdeutlichen aber, den steinigen Weg der Opfer ihr Recht geltend zu machen. Durch den Fokus der Selbsthilfegruppe auf zwei Strategiemittel, nämlich öffentliche Aktionen und Petitionen, unterscheidet sie sich in ihrem Arbeitsansatz deutlich von NGOs:

„Marches, rallies, and other gatherings in front of parliament and other highly visible and relevant locations, in response to government (in)action and on symbolically significant dates (such as Torture Day), generate solidarity among victims, fostering their continuing engagement with the group, and raise public awareness of victims’ and transitional justice issues, thereby maintaining pressure on government. Petitions also raise public awareness and put pressure on government by demonstrating public support for an issue.“²⁴⁶

Die Khulumani Support Group ist in Südafrika die wichtigste Plattform mit den staatlichen Maßnahmen unzufriedene Opfer, um ihr Bedürfnis nach finanziellem und materiellem Ausgleich durchzusetzen. Im Kontext der gegenwärtigen Problematiken wie HIV-AIDS, Armut und Gewalt, die den öffentlichen Diskurs dominieren, bedürfte es jedoch einer verbesserten Medienstrategie für Entschädigungsthematiken, um sich öffentlich stärker zu positionieren und um auf die Kampagnen aufmerksam zu machen. Das schließt die Nutzung der führenden Medien ebenso mit ein wie lokale Radiosender.²⁴⁷ Darüber hinaus kooperiert die Khulumani Support Group mit zivilgesellschaftlichen Organisationen wie SANGOCO²⁴⁸,

²⁴⁴ Vgl. *Gunn*, *Reparations Advocacy*, 7ff.

²⁴⁵ Vgl. *Rita Schäfer*, *Der lange Schatten der Apartheid*, in: *BlldtintPol*, Nr. 1, Berlin 2010, 23-25, hier 24.

²⁴⁶ *Brankovic*, *Advocating Justice*, 12.

²⁴⁷ Vgl. *Kimani*, *Report of the National Strategy Workshop*.

²⁴⁸ Die South African National NGO Coalition (SANGOCO) ist der 1995 gegründete Dachverband der Zivilgesellschaft. (Vgl. *Schmidt*: *Zivilgesellschaft*, 160) Für weitere Informationen siehe <http://www.sangoco.org.za/index.htm>.

die Erfahrung in der Durchführung von Kampagnen mit der Schwerpunktsetzung auf eine Thematik mitbringen.²⁴⁹

Beispiel für eine intensive Zusammenarbeit ist Jubilee South Africa, eine Organisation, welche in den späten 1990-er Jahren als Teil der Jubilee 2000 Bewegung gegründet wurde. Neben dem Einsatz für einen Schuldenerlass der Dritten Welt spiegelt sich in den gesetzten Kampagnen ihr breiteres Engagement für eine ökonomische und soziale Gerechtigkeit wider, die individuelle Entschädigung miteinschließt.²⁵⁰

Zusammen verfolgen KSG und Jubilee South Africa in ihren Kampagnen einen anti-systemischen Ansatz, in dem Geld vorwiegend eine ökonomische Bedeutung hat und keinen symbolischen, wie aus dem Mandat der Wahrheits- und Versöhnungskommission hervorgeht. Sie betrachten Entschädigungspolitik als Teil einer weitaus größeren Politik der ökonomischen Umverteilung und Gleichheit mit dem Ziel einer sozialen Transformation.²⁵¹ Diese wird ihrer Auffassung nach deutlich eingeschränkt durch das Erbe der illegitimen Schulden der Apartheidregierung im Wert von US\$ 25.6 Milliarden, die Präsident Mandela nicht erlassen wurden und das nationale Budget stark einschränken. Der südafrikanische Theologe und Jubilee Aktivist Njongonkulu Ndungane kritisiert: „To insist that the new South African government alone should pay is to ask the victims to pay for their own suffering.“²⁵²

Der Eindruck der Straffreiheit und Indifferenz der Unternehmen hatte zur Folge, dass sich Geschädigte außerhalb der TRC mobilisierten und den Weg der gerichtlichen Auseinandersetzung mit der Vergangenheit wählten. Im November 2002 reichte die Khulumani Support Group, unterstützt von Jubilee South Africa, Sammelklage in den USA gegen 23 ausländische Unternehmen und Banken ein.²⁵³

Begründet wurde die Klage mit dem Argument „that they knowingly aided and abetted the apartheid government in committing acts of gross human rights violations. The industries

²⁴⁹ Khulumani Support Group, Partners. <http://www.khulumani.net/khulumani/about-us/item/14-partners.html> [Zugriff: 14. Mai 2012]

²⁵⁰ Cyrus Rustonjee, From economic Debt to moral Debt: The Campaigns of Jubilee South Africa, in: *Richard Ballard* (Hrsg.), *Voices of Protest: Social Movements in Post-Apartheid South Africa*. Scottsville 2006, 279-299, hier 284/288.

²⁵¹ Vgl. *Torpey*, Making Whole, 143/149.

²⁵² *Njongonkulu Ndungane*, Calling Apartheid's Profiteers to Account, Koordination Südliches Afrika e.V. www.kosa.org/documents/ndungane.pdf [Zugriff: 15. Mai 2012]

²⁵³ Die beklagten Unternehmen und Banken waren unter anderem die Credit Suisse und UBS aus der Schweiz, die Deutsche Bank und Dresdner Bank, Barclays, Citigroup und JP Morgan Chase aus den USA; weiters die Ölkonzerne Exxon Mobil, Shell, Total, Caltex und BP; die Autohersteller Daimler Chrysler, Ford und General Motors; die Elektronikunternehmen IBM, ICL und Fujitsu sowie die Minengesellschaft Rio Tinto. (Vgl. *Makhalemele*, Southern Africa Reconciliation)

were accused of providing: arms and ammunition to the apartheid government; fuel to the security companies; transportation to the security forces; military technology to the apartheid government; and financing to the apartheid government to obtain the above.”²⁵⁴

Barclays spielte bei der Vergabe von großzügigen Krediten an das Regime eine führende Rolle: Laut den Vereinten Nationen vergab Barclays Kredite in einer Höhe von \$478 Millionen an den südafrikanischen Staat sowie dessen Unternehmen und zählte damit zu den wichtigsten Geldgebern. Die Geschäftsbeziehungen setzten sich bei Konzernen wie Daimler Chrysler fort. Mercedes Benz entsandte ein Jahr nach dem verpflichtenden Waffenembargo des UN Sicherheitsrates²⁵⁵ 6000 Unimog nach Südafrika.²⁵⁶ Es wird geschätzt, dass zwischen 1985 bis 1993 jährlich ein Gewinn von rund drei Milliarden US\$ von ausländischen Banken und Konzernen aus Südafrika transferiert wurde.²⁵⁷

Historisch betrachtet hatte die Idee der Sammelklage ihren Ursprung in den Vereinigten Staaten. Der Alien Tort Claims Act (ATCA) von 1789 kann angewandt werden „by non-Americans to sue other non-Americans in U.S. civil courts for torts (wrongs) that occurred outside the United States, if the court concludes that a crime is so horrendous that it has universal jurisdiction over it. [...] however, ATCA requires the presence in the United States of both the complainant and the alleged perpetrator.”²⁵⁸

Einen Meilenstein in der gerichtlichen Auseinandersetzung um individuelle Entschädigung als Abgeltung für schwere Menschenrechtsverletzungen markierte der Fall *Filartiga v. Pena-Irala* (1980). Das Gericht entschied zu Gunsten der Angehörigen des in Paraguay zu Tode gefolterten Jose Filartiga und sprach ihnen einen Betrag von US\$ 15 Millionen zu.²⁵⁹ Mit diesem ersten positiven gerichtlichen Ausgang wurde die Tür für weitere Klagen geöffnet.

Wichtige Entwicklungsschritte stellten die Holocaust Klagen in den 1990er Jahren dar. Der Erfolg der US-amerikanischen Anwälte, u.a. Ed Fagan, der 1998 eine Entschädigung von rund US\$ 1.25 Milliarden von Schweizer Banken für Holocaust Überlebende in einem

²⁵⁴ *Gunn*, Reparations Advocacy, 8.

²⁵⁵ UN-Sicherheitsrat 1977, Resolution 418: “The Security Council [...] decides that all States shall cease forthwith any provision to South Africa of arms and related *matériel* of all types, including the sale or transfer of weapons and ammunition, military vehicles and equipment [...]” (<http://daccess-dds-ny.un.org/doc/RESOLUTION/GEN/NR0/297/01/IMG/NR029701.pdf?OpenElement>) [Zugriff: 14. Mai 2012]

²⁵⁶ Vgl. *Patrick Bond/Khadija Sharife*, Apartheid Reparations and the Contestation of Corporate Power in Africa, in: ROAPE, Nr. 119, Abingdon 2009, 115-125, hier 116/119.

²⁵⁷ Vgl. *Sarkin*, The Coming of Age, 94.

²⁵⁸ *Rhoda E. Howard-Hassmann*, Reparations to Africa. Philadelphia 2008, 7.

²⁵⁹ *Ibid.*

außergerichtlichen Vergleich erkämpft hatte, fand große Beachtung in Südafrika.²⁶⁰ Nach einem persönlichen Treffen entschieden sich Khulumani Support Group und Jubilee South Africa mit dem New Yorker Anwalt Michael Hausfeld und seinem Team zu arbeiten, da die überzogenen Versprechungen der Entschädigungszahlungen von Ed Fagan nicht glaubhaft waren.²⁶¹

In Südafrika wurde die Entscheidung ausländische Gerichte anzurufen negativ wahrgenommen und bewertet: Der ehemalige Präsident F.W. de Klerk stellte sich auf die Seite der Konzerne mit dem Argument „[that] these cases would raise false hopes of enrichment among poor South Africans.“²⁶² Auch die südafrikanische Regierung wandte sich gegen diese Entscheidung aus Angst vor dem Verlust potentieller Investoren, wie Penuell Maduna konstatiert: „We are not supporting the claims for individual reparation. We are talking to those very same companies [...] about investing in post-apartheid SA. The focus is on getting those companies to keep investing in SA to benefit the entire population.“²⁶³

Auch der Historiker Walter Sauer hält die Nutzung amerikanischer Gerichte zur Durchsetzung der Entschädigungsansprüche für problematisch, auch wenn die Betroffenen große Hoffnungen in diese neuen Instrumentarien setzen:

Erstens ignoriert dieser Schritt die Einbettung der TRC in die breite Strategie der Transformation wie Nationsbildung Südafrikas. Die Klagen können nicht zu einer gesellschaftlichen Versöhnung beitragen, auch wenn sie erfolgreich wären.

Zweitens wird durch die Klagen ein Teil des Aufarbeitungsprozesses von den Mechanismen des US-amerikanischen Gerichtswesens abhängig gemacht, ohne dass eine reale Aussicht auf rasche Klärung besteht.

Drittens scheint die Anrufung US-amerikanischer Gerichte gleichbedeutend mit der Ignorierung nicht nur des TRC Prozesses, sondern auch der Souveränität des südafrikanischen Staates.²⁶⁴

Im Februar 2012 erreichte die Khulumani Support Group zehn Jahre nach Klageeinreichung einen Durchbruch: General Motors bot trotz Bankrotterklärung in einem Vergleich Unternehmensanteile im Wert von US\$ 1,5 Millionen an. Marjorie Jobson, Direktorin von

²⁶⁰ Vgl. *Bond/Sharife*, Apartheid Reparations, 117. Die Klage führte an “that the banks did not return assets deposited with them, the banks traded in looted assets and the banks benefited by trading in goods made by slave labor.” (*Sarkin*, *The Coming of Age*, 76)

²⁶¹ Vgl. *Gunn*, Reparations Advocacy, 8.

²⁶² *Sarkin*, *The Coming of Age*, 100.

²⁶³ *Ibid.*

²⁶⁴ Vgl. *Sauer*, Wahrheitskommission beendet Tätigkeit, 8f.

Khulumani erklärte in einer Pressemitteilung: „Wir sind dankbar für dieses Angebot und hoffen, dass auch die übrigen angeklagten Firmen [...] diesem positiven Beispiel folgen werden“.²⁶⁵ Neben individuellen Entschädigungszahlungen von R 10 000 an die 25 Kläger soll der restliche Betrag über einen Reparations- und Rehabilitationsfond Gemeinschaftsprojekten zu Gute kommen. Shirley Gunn, Direktorin des Human Rights Media Centre, unterstreicht die unmittelbare Notwendigkeit dieses finanziellen Ausgleichs: „Viele der Betroffenen sind in einem schlechten Gesundheitszustand. Zwei der 13 Klagenden sind bereits gestorben und die übrigen sind sehr alt.“²⁶⁶ Seit 2009 hat sich darüber hinaus die Haltung der südafrikanischen Regierung gewandelt. Ähnlich den Holocaust-Klagen unterstützt Präsident Jacob Zuma nun im Gegensatz zu der Regierung 2003 die Sammelklagen.²⁶⁷ Die Verurteilung der Nutznießer der Apartheid würde laut Rita Schäfer signalisieren, „dass Geschäfte mit Unrechtsregimen sich nicht auszahlen und auch internationale Unternehmen konsequent an Menschenrechtsstandards gemessen und zur Verantwortung gezogen werden.“²⁶⁸

Die Klage gegen vier Konzerne (Ford, Daimler, Rheinmetall und IBM)²⁶⁹ ist noch nicht abgeschlossen. Das Antwortschreiben der Daimler AG an die Kirchliche Arbeitsstelle Südliches Afrika (KASA) – Unterstützer der Sammelklage – vom April 2012 zeigt, dass die beklagten Unternehmen Eigeninteressen verfolgen, wodurch ein positiver Ausgang ungewiss bleibt:

„Wie Sie wissen, halten wir die Verfahren in den USA für unzulässig und unbegründet. Dies haben wir auch Ihrer südafrikanischen Partnerorganisation Khulumani Support Group wiederholt mitgeteilt. [...] Fakt ist: wir haben keine Beihilfe zu schweren Menschenrechtsverletzungen in Apartheid Südafrika geleistet. [...] Vor diesem Hintergrund sehen wir keine Veranlassung, die gegen unsere Unternehmen in den USA eingereichten Klagen zu vergleichen.“²⁷⁰

²⁶⁵ *Die Entwickler*, General Motors entschädigt südafrikanische Apartheidopfer, Deutschland 1. März 2012. <http://entwickler-netz.de/blog/2012/03/01/general-motors-entschadigt-sudafrikanischer-apartheidopfer-deutsche-firmen-unter-druck/> [Zugriff: 15. Mai 2012]

²⁶⁶ *Khulumani Support Group*, General Motors anerkennt Forderungen der Apartheidopfer, 2. März 2012. <http://www.khulumani.net/reparations/corporate/item/624-general-motors-anerkennt-forderungen-der-apartheidopfer.html> [Zugriff: 15. Mai 2012]

²⁶⁷ Vgl. *Adrian Ephraim*, US General Motors settles apartheid reparations claim, Mail & Guardian, 29. Februar 2012, Johannesburg, Südafrika. <http://mg.co.za/article/2012-02-29-us-general-motors-settles-apartheid-reparations-claim/> [Zugriff: 15. Mai 2012]

²⁶⁸ *Schäfer*, Der lange Schatten, 25.

²⁶⁹ Vgl. *Khulumani Support Group*, GM ‘settles’ apartheid score, 2. März 2012. <http://www.khulumani.net/khulumani/in-the-news/item/625-gm-settles-apartheid-score.html> [Zugriff: 15. Mai 2012]

²⁷⁰ *Pietro Brambilla*, Daimler AG, Stuttgart 2.4.2012. http://www.woek.de/web/cms/upload/pdf/kasa/aktuell/2012_04_05_daimler.pdf [Zugriff: 16. Mai 2012]

Diese ablehnende Haltung hält Khulumani jedoch nicht ab weitere Aktionen durchzuführen, um ihr Recht nach Anerkennung und finanziellem Ausgleich durchzusetzen. Im Rahmen der Gedenkfeiern zum Sharpeville-Massaker überreichte die Khulumani Support Group im März 2012 Präsident Zuma und dem National Department of Justice das Memorandum „Reparations Now!: Close the Gaps of Injustices in Post-Apartheid South Africa“²⁷¹. Darin fordern sie auf, die Interessen der Opfer ernst zu nehmen und kritisieren das Festhalten am exklusiven Vorgehen bei der Implementierung durch die 2006 eigens gegründete TRC Unit.²⁷²

Im Anschluss an die Diskussion um finanzielle Formen der Entschädigung, deren Ursprung im Mandat der südafrikanischen Wahrheits- und Versöhnungskommission lagen, richtet sich der Schwerpunkt der folgenden Kapitel auf nichtfinanzielle materielle Formen der Entschädigung. Diese schließen sowohl die Landrestitution als auch indirekt materiell Affirmative Action mit ein. Beide Ansätze wurden durch Programme außerhalb der Kommission umgesetzt.

4.2. Nichtfinanzielle materielle Formen der Entschädigung

Während finanzielle Formen der Abgeltung für historisches Unrecht in der Literatur zu Transitional Justice ausführlich diskutiert wurden, nahm die Rolle von Landrestitution als Anerkennung für vergangenes Leid trotz wichtiger Erfahrungen von Staaten aus Osteuropa, dem südlichen Afrika und Ruanda in der internationalen Debatte bislang einen untergeordneten Platz ein.²⁷³ Der Schwerpunkt richtete sich im Fall von Südafrika auf die Arbeit der Wahrheits- und Versöhnungskommission, wodurch andere Strategien der Vergangenheitsaufarbeitung weitgehend unbeachtet blieben. Das International Center for Transitional Justice, führende Plattform in diesem Feld, publizierte erst 2007 eine eingehende

²⁷¹ *Khulumani Support Group*, Memorandum handed over to the National Department of Justice in Pretoria on Monday, March 19, 2012, 20. März 2012. <http://www.khulumani.net/khulumani/statements/item/635-memorandum-handed-over-to-the-national-department-of-justice-in-pretoria-on-monday-march-19-2012.html> [Zugriff: 16. Mai 2012]

²⁷² Vgl. *Khulumani Support Group*, Memorandum „Reparations Now!: Close the Gaps of Injustices in Post-Apartheid South Africa, March 20, 2012. http://www.khulumani.net/khulumani/statements/item/download/39_10ff7753d4c7f66e1f7f504cf4006ac5.html [Zugriff: 16. Mai 2012]

²⁷³ Vgl. *Bernadette Atuahene*, Property and Transitional Justice, in: *UCLA Law Review Discourse*, Vol. 58, 65-93, hier 68. <http://www.uclalawreview.org/pdf/discourse/58-4.pdf> [Zugriff: 1. Juni 2012]

Analyse zur Bedeutung von Landrestitution.²⁷⁴ Heute hingegen wird dieser Komplex als wichtiges und eigenes Rechtsmittel der Friedenssicherung und politischen Stabilität in der Literatur diskutiert, bei dem der Fokus auf die Opfer von willkürlicher Vertreibung und Zwangsenteignung gerichtet ist.²⁷⁵

(a) Landrestitution

Das südafrikanische Restitutionsprogramm als Strategie des Ausgleichs für schwere Menschenrechtsverletzungen weist eine Eigenheit auf, indem dieses Instrument der Transitional Justice in eine breit angelegte nationale Landreform inkludiert wurde.²⁷⁶ Diese gliederte sich in drei Kernbereiche: Erstens die Rückgabe von Land, welches während der Apartheid unrechtmäßig enteignet wurde. Zweitens erforderten die unklaren Besitzverhältnisse, die mit dem Ende der Apartheid zu einer verstärkten Vertreibung von lang ansässigen schwarzen Farmarbeitern führte, eine Verbesserung der Landarbeiter- und Landrechte. Drittens legte die Regierung auf Empfehlung eines Weltbankberichtes eine Landumverteilungsquote von 30% fest, deren Nutznießer mit Hilfe staatlicher Subventionen Land von weißen Eigentümern erwerben können.²⁷⁷ Ziel dieser umfassenden Landreform ist, dass durch die Schaffung einer neuen Schicht schwarzer Landbesitzer Arbeitslosigkeit und Landarmut gesenkt sowie Spannungen zwischen den Bevölkerungsgruppen beseitigt werden sollen.²⁷⁸

Durch die Einbeziehung der Landrestitution unterscheidet sich Südafrika von anderen afrikanischen Ländern, die diesen Aspekt der kolonialen Vergangenheitsaufarbeitung in ihren Landreformen weniger betonen.²⁷⁹ Rhodri Williams argumentiert, dass die Verknüpfung des

²⁷⁴ Vgl. *Olaf Zenker*, Land Restitution and Transitional Justice in Post-Apartheid South Africa. Max-Planck-Institut für ethnologische Forschung. Working Paper No. 134, Halle/Saale 2011, 2.

²⁷⁵ Vgl. *Jemima García-Godos*, Land Restitution in Transitional Justice: An Overview, in: NJHR, Vol. 28, Nr. 2, Oslo 2010, 122-142, hier 127/141.

²⁷⁶ Vgl. *Ruth Hall*, Land Restitution in South Africa: Rights, Development, and the Restrained State, in: CJAfrS, Vol. 38, Nr. 3, Ottawa 2004, 654-671, hier 655. Dieser Schritt wurde später für jene Landlosen gesetzt, die sich nicht für die Kriterien des Restitutionsprozesses qualifizierten.

²⁷⁷ Vgl. *Christian von Soest/Jérôme Cholet*, Südafrika: Enteignungen als neuer Weg in der Landreform? in: GIGA-Focus, Nr. 7, Hamburg 2006, 1-8, hier 4; Vgl. *Tom Lodge*, Politics in South Africa: From Mandela to Mbeki. 2. Aufl., Cape Town [u.a.] 2003, 74.

²⁷⁸ Vgl. *Deborah James*, 'The Tragedy of the Private': Owners, Communities and the State in South Africa's Land Reform Programme, in: Franz von Benda-Beckmann, Changing Properties of Property. New York 2007, 243-268, hier 246.

²⁷⁹ Vgl. *Christian von Soest*, Anspruch und Wirklichkeit der südafrikanischen Landreform: 1994-2001. Arbeitspapiere zu Problemen der internationalen Politik und der Entwicklungsländerforschung. München 2002, hier 23.

restaurativen Ansatzes mit dem Konzept der Verteilungsgerechtigkeit oftmals Verwirrung erzeugte „over whether its goal is to provide livelihoods to those most disadvantaged by prior barriers to land access, or to change the racial composition of a highly competitive class of commercial farmers.“²⁸⁰ Konflikte traten etwa zum Vorschein, wenn Restitutionsberechtigte finanziellen Ausgleich der Rückkehr zum Land vorzogen und somit „counteracting the overarching land reform objective of increasing the proportion of black ownership of land.“²⁸¹ Lisa Magarrell, Leiterin des Entschädigungsressorts im International Center for Transitional Justice, gibt zu Bedenken, dass dieser Restitutionsansatz

„can lessen the visibility of the underlying reasons for the reparations: that the people they serve are not only deserving of better living conditions along with all their compatriots but that they are the subject of reparations because of additional, specific crimes committed against them. It is that betrayal of their rights as citizens and of their trust in the protection of the state that must be recognized as given public credence – and priority – to the process of redress.“²⁸²

Im Kontext der Transitional Justice nimmt Landrestitution einen besonderen Platz ein, da diese Entschädigungsform eine symbolische Bedeutung trägt, die über die reine materielle Rückgabe hinausgeht.²⁸³ Im Vergleich zu anderen Staaten des südlichen Afrikas war die weiße Landnahme in Südafrika die großflächigste. Während in Zambia 3%, in Malawi 5% und in Namibia 43%²⁸⁴ durch weiße Siedler angeeignet wurden, verlor die schwarze Bevölkerung in Südafrika nahezu 87% ihres Bodens. Diese Zahl wurde laut Cheryl Walker²⁸⁵

²⁸⁰ Rhodri C. Williams, The contemporary Right to Property Restitution in the Context of Transitional Justice, Occasional Paper Series, International Center for Transitional Justice, New York 2007, 24.

<http://ictj.org/sites/default/files/ICTJ-Global-Right-Restitution-2007-English.pdf> [Zugriff: 6. Juni 2012]

²⁸¹ Ibid.

²⁸² Lisa Magarrell, Reparations in Theory and Practice, Reparative Justice Series. International Center for Transitional Justice, New York. <http://ictj.org/sites/default/files/ICTJ-Global-Reparations-Practice-2007-English.pdf> [Zugriff: 14. Juni 2012]

²⁸³ Vgl. Anna Bohlin, A Price on the Past: Cash as Compensation in South African Land Restitution, in: CJAfrS, Vol. 38, Nr. 3, Ottawa 2004, 672-687, hier 672.

²⁸⁴ Vgl. Lungisile Ntsebeza, Reconciliation, Reparation and Reconstruction in Post-1994 South Africa: What Role for Land? in: Erik Duxtader (Hrsg.), To Repair the Irreparable: Reparation and Reconstruction in South Africa. Claremont 2006, 197-210, hier 197.

²⁸⁵ Cheryl Walker liefert in ihren Publikationen auf Grund ihrer Biographie und ihren persönlichen Erfahrungen einen fundierten Einblick in das kontroverse Thema Land. Als Tochter eines Weißen Farmers engagierte sie sich in der Organisation Association for Rural Advancement und war im südafrikanischen Restitutionsprozess als Land Claims Commissioner für die Provinz KwaZulu-Natal tätig. (Vgl. Derick Fay, Review of Cheryl Walker, Landmarked: Land Claims and Restitution in South Africa, in: RevAfrPolEcon, Vol. 37, Nr. 124, Sheffield 2010, 249-250, hier 249.)

zum „[master] narrative of national dispossession and [...] forced removals“²⁸⁶ und folglich zum Maßstab für Verlust und Entschädigung.

Die Forderung nach Restitution geht, wie James Gibson in seiner Studie zeigt, über den Eigennutzen hinaus: selbst jene Menschen, die nicht direkt unter der Vergangenheit gelitten haben, unterstützen eine Landrestitution, da sie sich mit den Opfern des Systems identifizieren können. Bedenkt man das geringe Fachwissen in weiten Teilen der Bevölkerung über die südafrikanische Geschichte und deren ungerechte Landpolitik²⁸⁷, kann man daraus schließen, dass „South African land politics may have more to do with generalized senses of injustice than specific claims for injuries from the past.“²⁸⁸ Aus diesem Grund bleibt die Landthematik brisant und es stellt sich die Frage, ob das Restitutionsprogramm der ANC-Regierung den tief verwurzelten Ungerechtigkeitsempfinden genüge wird und ob es auf die, aus der Sicht von Neville Alexander, wesentlichen Aspekte der Restitution ausreichend eingehen kann: „Yearnings, identity, self-esteem. Restitution is all about this.“²⁸⁹

Im Folgenden soll dargelegt werden, dass vier Faktoren für die Ausgestaltung des Restitutionsprozess in Südafrika wesentlich waren: die Machtkonstellation in den Verhandlungsgesprächen, der internationale Kontext der südafrikanischen Transition, die führende Rolle von Juristen in der Erstellung der Richtlinien und die Trennung von Entschädigung und Restitution von der Wahrheits- und Versöhnungskommission.²⁹⁰

Für den ANC spielte die Geschichte der ungleichen Landverteilung im Befreiungskampf eine bedeutsame Rolle. Bereits 1955 wurde die Forderung nach Zugang zu Land für alle Südafrikaner in der Freedom Charter aufgegriffen, weshalb viele Bürger hohe Erwartungen in die aufkommenden Demokratisierungsgespräche der 1980er Jahren setzten.²⁹¹

Während zu Beginn der 1990er Jahre noch viele ANC Kader von der Annahme ausgingen, dass in der Landreform die Nationalisierung von Land oberste Priorität hätte, zeigte sich bei

²⁸⁶ Vgl. *Cherryl Walker*, *Landmarked: Land Claims and Land Restitution in South Africa*. 1. Aufl., Johannesburg 2008, 50-55, hier 54.

²⁸⁷ Vgl. *James L. Gibson*, *Land Redistribution/Restitution in South Africa: A Model of multiple Values, as the Past Meets the Present*, in: *BJPoLS*, Vol. 40, Issue 1, Cambridge 2010, 135-169, hier 136f./149/160f.

²⁸⁸ *Ibid.* 149.

²⁸⁹ *Uma Dhapelia Mesthrie*, *The Truth and Reconciliation Commission and the Commission on Restitution of Land Rights: Some Comparative Thoughts*. Paper Presented at the Conference “The TRC: Commissioning the Past”. Johannesburg 1999, 24.

<http://wiredspace.wits.ac.za/bitstream/handle/10539/8013/HWS-282.pdf> [Zugriff: 10. Juni 2012]

²⁹⁰ Vgl. *Theunis Roux*, *Land Restitution and Reconciliation in South Africa*. Paper presented at a special event on Transitional Justice in South Africa, University of Cambridge, 3-4 November 2006. http://www.saifac.org.za/docs/res_papers/RPS%20No.19.pdf [Zugriff: 11. Juni 2012]

²⁹¹ Vgl. *Lungisile Ntsebeza*, *Land Redistribution in South Africa: the Property Clause Revisited*, in: *Lungisile Ntsebeza* (Hrsg.), *The Land Question in South Africa: the Challenge of Transformation and Redistribution*. 1. Aufl., Cape Town 2007, 107-131, hier 108.

älteren ANC Politikern eine zunehmend kritischere Haltung gegenüber Staatsfarmen in sozialistischen Ländern wie Mozambique. Der Zusammenbruch der Sowjetunion und damit verbundene neoliberale Kurswechsel, das Drängen der internationalen und südafrikanischen Wirtschaftsgruppen und die Angst vor den Folgen der Kapitalflucht führten letztlich dazu, dass der ANC von seiner radikalen Haltung wich und einer markt-orientierten Landreform zustimmte. Außerdem war sich der ANC bewusst, dass in ländlichen Gemeinschaften großes Misstrauen gegenüber dem Staat und der Regierung herrschte, wodurch eine Nationalisierung wenig Unterstützung erfahren hätte. Im Gegensatz dazu positionierte sich die NP eindeutig gegen die Forderungen des ANC und engagierte sich für das Beibehalten der Besitzverhältnisse seiner Unterstützer, der weißen Farmer.²⁹² Wie politisch relevant die Landfrage ist, wird sichtbar an dem Versuch von Staatsbeamten zwei Jahre vor den ersten freien Präsidentschaftswahlen unbemerkt 6 000 Hektar öffentliches Land, das in den frühen 1970er Jahren beschlagnahmt wurde, an sechs begünstigte Farmer zu verkaufen.²⁹³ Da keine der beiden Parteien als klarer Sieger in der politischen Umwälzung hervorging, avancierte die Landreform zu „an issue for strategic compromise“²⁹⁴, deren rechtliche Grundlage in der Interimsverfassung 1993 festgehalten ist.

Darin werden die bisher erworbenen Eigentumsrechte geschützt, während jedoch gleichzeitig das Recht auf Rückerstattung eingeräumt und der Staat ermächtigt wird, Land zu diesem Zweck gegen eine angemessene Ausgleichszahlung zu enteignen.²⁹⁵ Der darauffolgende Restitution of Land Rights Act 1994 wurde als erstes Gesetz von Präsident Mandela verabschiedet²⁹⁶ und legte die Rahmenbedingungen für den Opferstatus im Restitutionsprozess fest.

Abschnitt 2 (1) gibt vor, dass einzelne Überlebende (bzw. Gatten und Kinder im Falle des Ablebens) wie Gruppen (oder Mitglieder einer Gruppe) berechtigt sind, Entschädigung in Form von Landrückgabe, monetären Zahlung oder anderen Ausgleichsarten zu beantragen, sofern die Enteignung „in result of past racially discriminatory laws or practices“²⁹⁷ vollzogen

²⁹² Vgl. *Walker*, Landmarked, 50-55.

²⁹³ Vgl. *Kader Asmal*, *Reconciliation through Truth: a reckoning of Apartheid's criminal Governance*. 2. Aufl., Cape Town [u.a.] 1997, 138.

²⁹⁴ *Ibid.* 54.

²⁹⁵ Republic of South Africa, Constitution Act 200 of 1993, Chapter 3 Article 28/Chapter 8 Article 121-123. <http://www.info.gov.za/documents/constitution/93cons.htm#SECTION121> [Zugriff: 13. Juni 2012]

²⁹⁶ Vgl. *Williams*, *The contemporary Right*, 26.

²⁹⁷ Republic of South Africa, Restitution of Land Rights Act 22 of 1994, Section (2)(1)(a). http://www.ruraldevelopment.gov.za/DLA-Internet/content/document_library/documents/legislation/RESTITUTION%20OF%20LAND%20RIGHTS%20ACT%2022%20OF%201994.pdf [Zugriff: 14. Juni 2012]

wurde. Als zeitlicher Bezugspunkt diente der 19. Juni 1913²⁹⁸, wodurch Enteignungen vor diesem Datum nicht vom Restitutionsprozess erfasst wurden. Bedeutend in diesem Zusammenhang ist, dass die südafrikanische Regierung Eigentumsrechte sehr weit, nämlich über die formellen Titel hinaus fasste:

„‘right in land’ means any right in land whether registered or unregistered, and may include the interest of a labour tenant and sharecropper, a customary law interest, the interest of a beneficiary under a trust arrangement and beneficial occupation for a continuous period of not less than 10 years prior to the dispossession in question.”²⁹⁹

Das Gesetz richtete ferner den Land Claims Court (LCC) und die Commission on the Restitution of Land Rights (CRLR) mit einem Chief Land Claims Commissioner sowie Regional Land Claims Commissions in jeder Provinz ein. Während ersteres für die Urteilssprechung verantwortlich war, unterstützte die Kommission Kläger bei ihren Anträgen, stellte Recherchen über ihre Gültigkeit an und unterbreitete dem Gericht Lösungsvorschläge.³⁰⁰ Die rechtliche Herangehensweise, die sich durch die Stellung eines Gerichts im Zentrum des Prozesses zeigt, kritisiert Theunis Roux „as being about the reversal of a particular set of unjust transfers, rather than the need to redress the deeper social and psychological impacts of apartheid land law.“³⁰¹

Ferner argumentiert Jon Elster, dass eine rechtliche Vorgehensweise oft strenge Forderungen nach Beweisen miteinschließt. Opfer müssen selbst die Beweislast tragen, was als zusätzliche Belastung wahrgenommen werden kann.³⁰² In Südafrika verfügten Bauern oft über keine Grundbucheinträge. Insbesondere Pächter, die informelle, undokumentierte Vereinbarungen eingegangen waren, konnten Jahrzehnte später ihren Aufenthaltsstatus schwer nachweisen. Darum akzeptierte die Kommission jegliche Dokumente, auf denen die Adresse des Klägers festgehalten war sowie eidesstattliche Erklärungen von Nachbarn, die den Wohnort bestätigten.

²⁹⁸ An diesem Tag trat der Native Land Act in Kraft. In Folge dessen durfte die schwarze Bevölkerung nur noch in den errichteten Reservaten Land erwerben, die 7% der Gesamtfläche darstellten. Das Ziel war die schwarze Landwirtschaft einzuschränken, damit sowohl weiße Farmer wie die Minenindustrie durch billige schwarze Arbeitskräfte gefördert werden konnten. Der Native Urban Areas Act von 1923 war die Ergänzung der ethnischen Säuberung in den Städten. 1950 folgte der Group Areas Act, der sich vorwiegend gegen Coloureds und Inder richtete, die aus der Sicht der Weißen starke Konkurrenten im Handel waren. (Vgl. *Marx*, Südafrika, 184/219/227.)

²⁹⁹ Restitution of Land Rights Act, Section (1).

³⁰⁰ Vgl. *Hall*, Land Restitution, 657.

³⁰¹ *Roux*, Land Restitution.

³⁰² Vgl. *Elster*, Die Akten schließen, 190.

Trafen die Kriterien zu, mussten die Kläger ihren Antrag bis spätestens 31. Dezember 1998 beim Staat stellen. Trotz der sechsmonatigen Verlängerung der Einreichfrist und der landesweiten Informationskampagne ‚Stake Your Claim‘, die einen deutlichen Anstieg der Forderungen zur Folge hatten, blieb der Stichtag kontrovers. Bei den potentiellen Klägern herrschte viel Unwissenheit und Verwirrung über die Anforderungen des Restitutionsprozesses. So war Pächtern oftmals nicht bekannt, dass sie rechtlich Anspruch auf Entschädigung hatten.³⁰³

Insgesamt zählte die Kommission 79 696 Restitutionsforderungen³⁰⁴, von denen der Großteil, rund 80%, aus dem urbanen Raum stammte.³⁰⁵ Während diese Forderungen jeweils von Einzelpersonen gestellt wurden, umfasste jeder ländliche Antrag 50 bis 10 000 Kläger.³⁰⁶ Diese Zahl erscheint gering angesichts der massenhaften Zwangsumsiedlungen, die in den 1960er Jahren das südafrikanische Land prägten. Laut Christoph Marx betrafen diese weit mehr als 3,5 Millionen Menschen, die von regierungskritischen Wissenschaftern errechnet wurden. Seiner Berechnung zu Folge beläuft sich die Gesamtzahl auf rund acht Millionen und ist damit „die umfangreichste ethnische Säuberung, die es auf dem afrikanischen Kontinent jemals gegeben hat.“³⁰⁷ Neben den konkreten Rahmenbedingungen, die die Zahl der Kläger im Restitutionsprozess limitierten, gab es auch Motive, auf Grund derer Enteignete von sich aus keinen Antrag stellten. Manche begründeten ihre Ablehnung des Restitutionsprozesses damit, dass sie die Erinnerung an das Leid der Zwangsumsiedlung im Kontext eines neuerlichen Umzugs nicht wieder aufleben lassen wollen. Andere fühlten sich in ihrer neuen Umgebung beheimatet und waren gegen eine Rückkehr. Christian Beyers legt dar, dass im Kontext der Unterdrückung während der Apartheid „people had become accustomed to not having a voice or being taken into account.“³⁰⁸

Die erste Phase des Restitutionsprozesses unter Landwirtschaftsminister Derek Hanekom verlief sehr langsam. Im März 1999 waren erst 241 Forderungen abgeschlossen, von denen

³⁰³ Vgl. *Christiaan Beyers*, Land Restitution's ‚Rights Communities‘: The District Six Case, in: JSAfrS, Vol. 33, Nr. 2, Oxford 2007, 267-285, hier 272/277f./284.

³⁰⁴ Vgl. Republic of South Africa, Department of Rural Development and Land Reform: Strategic Plan 2011-2014, 40. http://www.ruraldevelopment.gov.za/DLA-Internet/content/document_library/documents/Publications/Strategic_Plans/RDLR-STRAT-PLAN2011.pdf

[Zugriff: 15. Juni 2011]

³⁰⁵ Vgl. *Mesthrie*, Truth and Reconciliation Commission, 16.

³⁰⁶ Vgl. *Dr. Siphso Sibanda*, Land Reform and Poverty Alleviation in South Africa. Paper Presented at the SARP Conference on Land Reform and Poverty Alleviation in Southern Africa Held at the Human Sciences Research Council Pretoria, 4th-5th June 2001, 4. www.sarpn.org/EventPapers/Land/20010604Sibanda.pdf [Zugriff: 14. Juni 2012]

³⁰⁷ *Christoph Marx*, Zwangsumsiedlungen in Südafrika während der Apartheid, in: *Isabel Heinemann* (Hrsg.), Wissenschaft-Planung-Vertreibung: Neuordnungskonzepte und Umsiedlungspolitik im 20. Jahrhundert. Stuttgart 2006, 173-195, hier 184.

³⁰⁸ *Beyers*, Land Restitution's ‚Rights Communities‘, 277.

rund 83 000 Menschen profitierten.³⁰⁹ Grund waren die Komplexität des Prozesses und die Dokumentationspflicht der Antragsteller, wobei die dafür zuständigen Stellen oftmals stark unterbesetzt waren. Um den Vorgang zu beschleunigen entschied sich die Regierung für eine Veränderung hin zu einem administrativen Verfahren. Nun war es der Kommission möglich, Forderungen der Kläger durch Verhandlungen mit den Eigentümern abzuschließen und nur jene an das Gericht weiterzuleiten, bei denen Streitigkeiten oder Unzufriedenheit über die Höhe der Entschädigung vorlagen. Dieser Richtungswechsel bewirkte eine starke Zunahme der Vergleiche.³¹⁰ Zwei Jahre nach Einreichfrist konnten bereits 12 500 Restitutionsansprüche abgegolten werden.³¹¹

Zahlen aus dem Jahr 2011 zeigen, dass in 57 726 der 79 696 Forderungen Einigungen erzielt wurden, während rund 28% der Fälle noch nicht endgültig abgeschlossen sind. Bei etwa 5% bedarf es weiterer Nachforschungen.³¹²

Ruth Hall schätzt allerdings offizielle Statistiken kritisch ein: Ein Großteil der Einigungen stammte aus dem urbanen Raum und beinhalteten monetäre Entschädigungen, während die zahlenmäßig weniger gelösten Fälle aus den ländlichen Gebieten vielfach größere Gemeinschaften betrafen und eine Landrückgabe mit einschloss, die kostenintensiver war und deren Verhandlungsgespräche mehr Zeit beanspruchten.³¹³ Darüber hinaus korreliert die formale Begleichung einer Forderung mitunter nicht mit dem emotionalen Abschließen der Geschädigten, wie ich bereits in Hinblick auf finanzielle Entschädigungen im Rahmen der Wahrheits- und Versöhnungskommission dargelegt habe. Eine Studie mit Klägern zeigt, dass, trotz erfolgreicher Beendigung des Restitutionsprozesses, Opfer Jahre später nach wie vor über ihren Verlust sprechen und sie regelmäßig ihren ehemaligen Wohnort aufsuchen.³¹⁴

Auch die Unterscheidung zwischen ehemaligen Nachbarn, die während der Apartheid zwangsumgesiedelt wurden, in Hinblick darauf, wer den Restitutionskriterien entspricht und Entschädigung erhält, führte in Anbetracht des ähnlich erlebten Leides zu Empörung, wenn Kläger keinen Ausgleich erhielten.³¹⁵

Opfer von Enteignung hatten auf Grundlage des Restitution of Land Rights Act die Möglichkeit der Restitution des ursprünglichen Eigentums oder des monetären Ausgleich für

³⁰⁹ Vgl. *Lodge*, Politics in South Africa, 82.

³¹⁰ Vgl. *Hall*, Land Restitution, 657.

³¹¹ Vgl. *Lodge*, Politics in South Africa, 82.

³¹² Vgl. Department of Rural Development and Land Reform: Strategic Plan 2011-2014, 40.

³¹³ Vgl. *Hall*, Land Restitution, 659.

³¹⁴ Vgl. *Bohlin*, A Price on the Past, 678.

³¹⁵ Vgl. *Beyers*, Land Restitution's 'Rights Communities', 285.

den verlorenen Besitz.³¹⁶ Beide Varianten bargen Schwachstellen in sich, die im Folgenden diskutiert werden.

Jene Kläger, die die Rückgabe ihres enteigneten Landes wählten, sahen sich mit der kontroversen Verfahrensweise des willing seller-willing buyer konfrontiert. Die Entscheidung für diesen Ansatz anstelle einer staatlich gelenkten Umverteilung wurde stark durch die Weltbank und den Internationalen Währungsfond beeinflusst.³¹⁷

Durch den Schutz der Eigentumsrechte in der Verfassung war der Staat verpflichtet Land gegen den geschätzten Marktwert zu erwerben. Opfer kritisieren die Regierung „for agreeing to, in effect, buy back stolen land on terms awarding a market premium to the perpetrators“³¹⁸ und fordern daher, dass kommerzielle Farmer, die von den Subventionen während der Apartheid profitiert hatten, einen Beitrag zum Heilungsprozess leisten und Teile ihres Besitzes spenden sollten.³¹⁹

Nicht nur ließ die politische Stabilität nach den Wahlen 1994 Landpreise deutlich ansteigen, auch die Farmer selbst waren in der machtvollen Position, den Wert ihres Landes zu bestimmen, indem sie eine Landrückgabe in Aussicht auf höhere Gewinnchancen ablehnen konnten. Dadurch wurde die Restitution kostspielig und von der Kooperation des Eigentümers abhängig.³²⁰ Ward Anseeuw argumentiert, dass durch das Versäumen des Staates, Grundsteuer zu erheben, Besitzer keinen Anreiz sehen, Land zu verkaufen.³²¹ Darüber hinaus waren die Land Claims Commissions ohne das Druckmittel der Enteignung in einer schlechten Verhandlungsposition. Dabei ermöglicht die Verfassung Enteignungen, sofern diese in öffentlichem Interesse stehen, einschließlich „the nation’s commitment to land reform“³²², jedoch zeigt der Staat in diesem Punkt Zurückhaltung.³²³

Der Restitution of Land Rights Amendment Act von 2003, wonach der Landwirtschaftsminister Enteignungen ohne Gerichtsbeschluss durchsetzen kann, wurde von Landrechtsaktivisten und Klägern positiv bewertet in der Hoffnung auf ein künftig entschlossenes Vorgehen des Staates. Landbesitzer und ausländische wie lokale Medien

³¹⁶ Vgl. Restitution of Land Rights Act 22 of 1994, Section (1).

³¹⁷ Vgl. *Mercia Andrews*, Struggling for a Life in Dignity, in: *Lungisile Ntsebeza* (Hrsg.), *The Land Question in South Africa: the Challenge of Transformation and Redistribution*. 1. Aufl., Cape Town 2007, 202-219, hier 206.

³¹⁸ *Williams*, *The Contemporary Right*, 25.

³¹⁹ Vgl. *Ntsebeza*, *Reconciliation, Reparation and Reconstruction*, 208.

³²⁰ Vgl. *Williams*, 27.

³²¹ Vgl. *Ward Anseeuw*, Can We Speak about effective Land Reform in South Africa? in: *Aurelia Wa Kabwe-Segatti* (Hrsg.), *Ten Years of democratic South Africa: Transition Accomplished?* Johannesburg 2006, 77-90, hier 87.

³²² Republic of South Africa, Constitution 1996, Section 25 (4a).

<http://www.info.gov.za/documents/constitution/1996/index.htm> [Zugriff: 17. Juni 2012]

³²³ Der erste Versuch der Regierung, eine Farm zu ihren Bedingungen zu enteignen, scheiterte. Während ursprünglich der Erwerb für die Hälfte des Marktwertes angestrebt wurde, bezahlte der Staat dem Eigentümer letztlich R1.3 Millionen, R450 000 mehr als im Erstangebot. (Vgl. *Lodge*, *Politics in South Africa*, 80.)

hingegen befürchteten auf Grund der verhaltenen Distanzierung Südafrikas ungesetzliche Landbeschlagnahmen ähnlich jener in Zimbabwe.³²⁴ Dort begannen im Februar 2000 sogenannte War Veterans, Farmen weißer Eigentümer zu besetzen. Obwohl das Oberste Gericht diese Vorgehensweise für illegal erklärte, griff die Polizei unter Billigung der Regierung nicht zum Schutz der Farmer ein.³²⁵

Der ANC reagierte auf die Enteignungspolitik Mugabes gespalten. Während die Linken innerhalb der Partei dieses Vorgehen auf das Schärfste verurteilten, zeigten die Afrikanisten Verständnis für Mugabes Position. Besonders Präsident Mbeki wollte nicht als Handlanger des Westens gesehen werden und plädierte stattdessen für afrikanische Lösungen, weshalb er auch die von Australien und Großbritannien angestrebten ökonomischen Sanktionen gegen Zimbabwe verhinderte.³²⁶

In der Bevölkerung herrschte indes Einigkeit: Rund 80% der Südafrikaner erachten es für wichtig, dass der Restituierungsprozess den Gesetzen folgt, um eine Eskalation wie im Nachbarstaat zu vermeiden.

Allerdings gaben besorgniserregende 36% der Schwarzen in derselben Studie an, dass sie eine Konfiszierung weißen Eigentums ohne Entschädigungszahlung befürworten. Ferner unterstützt eine deutliche Mehrheit der Schwarzen (71%) die Idee, Landeigentümer zu zwingen, Teile ihres Besitzes zu verkaufen.³²⁷ Diese Stimmung muss im Kontext eines langsamen Agierens des südafrikanischen Staates und der steigenden Frustration der Antragsteller über die verzögerte Klärung ihrer Ansprüche bewertet werden, welche zeitweilig zu einem Anstieg der Gewalt führten und bewirkten, dass das Vorgehen Mugabes an Anerkennung und Vorbildcharakter gewann. Immerhin gaben bereits im Jahr 2000 54% der Township-Bewohner an, die aggressiven Maßnahmen im Nachbarland zu unterstützen.³²⁸ Zudem spiegelt sich die Unzufriedenheit mit der Arbeit der ANC-Regierung in gewaltsamen Auseinandersetzungen wieder, in denen mehr als 3000 weiße Farmer ums Leben kamen.³²⁹

Es ist wichtig zu betonen, dass die rechtlichen Rahmenbedingungen für ein zügiges Arbeiten gelegt sind und dass folglich die Gründe für das langsame Vorgehen nicht rechtlicher, sondern politischer Natur sind. Dies wird nicht nur am geringen Budget von einem Prozent

³²⁴ Vgl. *Hall*, Land Restitution, 661.

³²⁵ Vgl. *Rupert Neudeck*, Die Kraft Afrikas: warum der Kontinent noch nicht verloren ist. München 2010, 131.

³²⁶ Vgl. *William Mervin Gumede*, Thabo Mbeki and the Battle for the Soul of the ANC. 1. Aufl., Cape Town 2005, 178/182.

³²⁷ Vgl. *Gibson*, Land Redistribution/Restitution in South Africa, 144/149/156.

³²⁸ Vgl. *von Soest/Cholet*, Südafrika: Enteignungen als neuer Weg, 6.

³²⁹ Vgl. *Marx*, Südafrika, 300.

des Staatshaushaltes sichtbar³³⁰, das für die Landreform zur Verfügung gestellt wurde, sondern auch am Scheitern der Regierung die Option einer Preisreduzierung beim Erwerb von Land anzuwenden. Abschnitt 25 (3) in der Verfassung führt mehrere Faktoren an, auf Grund derer ein Preis unter dem Marktwert bezahlt werden kann, beispielsweise „the current use of the property; the history of the acquisition and use of the property; the extent of direct state investment and subsidy in the acquisition and beneficial capital improvement of the property; and the purpose of the expropriation.“³³¹ Daraus folgt, dass die Kosten für die Landrestitution in Zeiten eines neoliberalen Wirtschaftskurses und engen finanziellen Spielräumen gesenkt werden könnten. Laut einem Interview mit Thozi Gwanya, ehemaliger Direktor des Department of Rural Development and Land Reform, würden diese Möglichkeiten der Preisminderung gar nicht erst in Betracht gezogen. Er hält fest „that the commission does not even research the factors to allow it to negotiate a just price.“³³²

Neben der Rückgabe von Land, das sich in Besitz von Weißen Farmern befand, beinhalteten ländliche Forderungen auch Land, das vom Staat für militärische Zwecke genutzt wurde. Bereits in den 1970er und 1980er Jahren waren zahlreiche Militärstützpunkte auf Land errichtet worden, welches aus Zwangsenteignungen ländlicher Gemeinschaften stammte. Nach anfänglichem Widerstand durch das Verteidigungsministerium zeigte sich am Beispiel der Restitution an die Riemsvasmaak Gemeinde, dass der Landverlust tragbar war und keinen zwingenden Effizienzverlust bedeutete. Die dritte Variante bezog sich auf Land, das zu Nationalparks umgewandelt worden war. In diesem Fall war eine Wiederansiedlung in den meisten Fällen nicht möglich.³³³ Stattdessen verfolgt Südafrika ein Restitutionsmodell, welches als Mittel der Restorative Justice mangelhaft ist: zwar wird das Eigentumsrecht wiederhergestellt, jedoch nur in Verbindung mit Umweltschutz. Demnach legt der Staat Grenzen fest

„by restricting the rights of the newly restored community of owners to use their land for any purpose other than conservation, as well as requiring them to enter into co-management agreements with environmental agencies and, very often, additional development partners chosen for them.“³³⁴

³³⁰ Vgl. *Ben Cousins*, Saat der Unruhe: Die ungelöste Landfrage birgt in Südafrika politischen Zündstoff, in: *Welt-Sichten*, Magazin für globale Entwicklung und ökumenische Zusammenarbeit, Nr. 3, 2009. <http://www.welt-sichten.org/artikel/art-03-009/saat-der-unruhe.html> [Zugriff: 19. Juni]

³³¹ Constitution 1996, Section 25 (3).

³³² *Bernadette Atuahene*, South Africa's Land Reform Crisis: Eliminating the Legacy of Apartheid, in: *FA*, Vol. 90, Nr. 4, New York, NY 2011, 121-129, hier 125.

³³³ Vgl. *A.J. Christopher*, *The Atlas of Changing South Africa*. 2. Aufl., London [u.a.] 2001, 210.

³³⁴ *Cherryl Walker*, Land Claims, Land Conservation and the Public Interest in Protected Areas, in: *Bill Freund* (Hrsg.), *Development dilemmas in post-Apartheid South Africa*. Scottsville 2010, 275-298, hier 285.

Kläger fordern allerdings eine Nutzung des Bodens für den eigenen Lebensunterhalt, was Tierhaltung, Anbau von Pflanzen und Ernten von natürlichen Ressourcen miteinschließt. Verschwindet jedoch diese Möglichkeit im Rahmen des Erhaltungstatus, so warnt Cheryl Walker vor dem Fall „that they are likely to become disillusioned and aggrieved with the outcome, to the point that the legitimacy of the original settlement agreement is undermined and, with that, the conservation status of their land compromised over the longer term.“³³⁵ Landbesetzungen von verarmten, unzufriedenen Klägern im Jahr 2008 verdeutlichen diese Problematik. Aus diesem Grund plädiert Walker für das Recht auf landwirtschaftliche Nutzung des restituierten Landes. Gleichzeitig räumt sie aber ein, dass bei Schutzgebieten mit bedeutendem ökologischem Wert der Staat die Möglichkeit der finanziellen Entschädigung vorziehen sollte.³³⁶

Ferner möchte ich festhalten, dass eine Rückkehr zum Land für die Antragsteller nicht mit einer deutlichen Verbesserung ihres Lebensstandards gleichzusetzen ist, auch wenn Politiker diesen Ansatz der Armutsreduzierung als zweifellos erfolgversprechend propagieren.³³⁷ Es ist vielmehr eine Subsistenzwirtschaft, die als Ergänzung gesehen wird, um materielle Engpässe zu überwinden. Zumal die Rahmenbedingungen problematisch sind:

„Where households have access to fields they lack capital, a regular water supply, labour and fencing. The risks associated with investing in farming in part explain why securing employment rather than engaging in small-scale agricultural production remains the most important livelihood strategy [...].“³³⁸

Abschließend möchte ich kurz auf die Handlungsspielräume von Frauen im Restitutionsprozess eingehen. Inwieweit wird der Zugang zu Land für Frauen ausgehend von den gesetzlichen Rahmenbedingungen, die eine Gleichberechtigung der Geschlechter vorsieht, ermöglicht?

Hinderlich für die Stärkung der Frauen als Grundbesitzer ist die Verwendung der Kategorie „Haushalt“ im Restitutionsverfahren. Das Gesetz erkennt zwar die Ansprüche von Frauen wie Männern als gleichwertig an, jedoch sind es für gewöhnlich „Ehemänner, Söhne, Brüder und

³³⁵ Ibid. 288.

³³⁶ Vgl. *ibid.*, 288/294.

³³⁷ Vgl. Walker, *Landmarked*, 41.

³³⁸ Charles Puttergill/Nolunkwe Bomela/Janis Grobbelaar/Khumisho Moguerane, *The Limits of Land Restitution: Livelihoods in three rural Communities in South Africa*, in: *DSAfr*, Vol. 28, Nr. 5, Sandton 2011, 597-611, hier 608.

Onkel, die die Familie vertreten.³³⁹ Obwohl der Staat bei der Entwicklung der Richtlinien davon ausging, dass der Nutzen einer Landrestitution auf andere Familienmitglieder durchsickert, vertritt Ruth Hall einen entgegen gesetzten Standpunkt: „given power relations at household level, women will not benefit directly [...]“.³⁴⁰ Trotz der Hauptverantwortung, die Frauen für ihre Familie tragen, ist durch ihren marginalisierten Status der Zugang zu Landrechten an Ehemänner und die Familie gebunden.³⁴¹

Selbst der formelle Besitz von Eigentum lässt keinen Rückschluss über die tatsächliche Kontrolle über den Boden und den darauf erwirtschafteten Erträgen zu. Vergleiche mit anderen Reformvorhaben demonstrieren, dass in der Regel Männer die Nutznießer sind und dass der Zugang zu Land für marginalisierte Bevölkerungsgruppen bestehende Ungleichheiten bestärkt bzw. neue Formen innerhalb der begünstigten Gemeinschaften hervorbringt.³⁴²

Wie bereits dargelegt, kam der Großteil der Restitutionsansprüche aus urbanen Gebieten. Ursprünglich war das Entschädigungsprogramm lediglich für Forderungen von ländlichen Gemeinschaften konzipiert, die durch NGOs und Solidaritätsnetzwerke unterstützt wurden. Die Einbeziehung von Eigentumsverlust durch den Group Areas Act führte zu einem erheblichen Anstieg der Kläger, der den Staat herausforderte.³⁴³

Opfer von Enteignung im städtischen Raum wählten als Entschädigungsform vorwiegend monetäre Vergleiche anstelle der Rückgabe ihres Landes. Ihr Entschluss, keine Landwirtschaft zu betreiben, widersprach dem erklärten Ziel der Transformation der ungleichen Besitzverhältnisse. Aus diesem Grund und aus Angst vor explodierenden Kosten weiterer Ansprüche weigerte sich die Regierung, die Stichtage zeitlich zu erweitern.³⁴⁴

Die Einführung eines standardisierten Entschädigungsmodells im Jahr 2000 brachte eine Beschleunigung der Verfahren. Gemäß dem Standard Settlement Offer (SSO) belief sich der Betrag je nach Provinz auf R 40 000 bis R 60 000 pro Haushalt, wobei die Größe des verlorenen Landes mit einbezogen wurde.³⁴⁵ Aus der Sicht der Kläger sind diese Beträge zu

³³⁹ Soest, Anspruch und Wirklichkeit, 70.

³⁴⁰ Vgl. Ruth Hall, Design for Equity: Linking Policy with Objectives in South Africa's Land Reform, in: RevAfriPolEcon, Vol. 25, Nr. 77, Sheffield 1998, 451-462, hier 458.

³⁴¹ Vgl. Sam Moyo, African Land Questions, Agrarian Transitions and the State: Contradictions of neo-liberal Land Reforms. Working Paper Series, Dakar 2008, 95. http://www.codesria.org/IMG/pdf/Sam_Moyo.pdf [Zugriff: 20. Juni 2012]

³⁴² Vgl. Ibid., 451/459.

³⁴³ Vgl. Hall, Land Restitution, 656.

³⁴⁴ Vgl. Zenker, Land Restitution, 5f.

³⁴⁵ Vgl. Republic of South Africa, Commission on Restitution of Land Rights, Restitution Policy Guidelines: Standard Settlement Offer. Department of Rural Development and Land Reform 2009, 2.1/3.3/3.4. <http://www.ruraldevelopment.gov.za/DLA->

gering, um eine adäquate Anerkennung für das Leid und den ökonomischen Verlust zu signalisieren und entsprechen nicht dem Wert des verlorenen Landes.³⁴⁶

Bernadette Atuahene kritisiert das widersprüchliche Vorgehen des Staates bei Entschädigungszahlungen, wodurch die Ungleichheiten der Apartheid aufrecht erhalten werden, wie das Beispiel Paarl in Western Cape demonstriert: Während Opfer von Enteignung einen symbolischen Pauschalbetrag von R 40 000 bekamen, erhielten sechs weiße Farmbesitzer aus derselben Provinz den gegenwärtigen Marktpreis für ihr Eigentum, der sich insgesamt auf R 14.5 Millionen belief. Die ANC-Regierung ist bestrebt, auf diese Weise das Kapital der weißen Südafrikaner und ausländischen Investoren zu sichern.³⁴⁷

In Anbetracht dessen stellt sich die Frage, welche Aspekte aus der Sicht der Kläger in der Wahl der monetären Form der Entschädigung ausschlaggebend waren und welche Bedeutung diese heute in den Lebensverhältnissen der Empfänger hat.

Für viele Südafrikaner die Verbindung zum Land weniger stark ausgeprägt als es die Mystifizierung des Landes und die Rhetorik des ANC vermuten ließe, wie Cherryl Walker feststellt: „The land under claim is not always ancestral, in the heroic sense of ‚time immemorial‘. Much rural claim was acquired by the dispossessed relatively recently, through migration or local conflicts or employment or the market.“³⁴⁸ Stattdessen priorisiert die Mehrheit der Schwarzen, wie eine Studie aus dem Jahr 2005 zeigt, die Bereiche Arbeit und Wohnen gegenüber dem Zugang zu Land.³⁴⁹ Vor allem junge Menschen sind nicht mit einer Lebensweise vertraut, bei der die landwirtschaftliche Produktion eine wichtige Ergänzung für ihren Lebensunterhalt darstellt. Stattdessen sehen sie ihre Zukunft im urbanen Raum und investieren in Hoffnung auf Beschäftigung ihre monetäre Ausgleichszahlung in Bildung.³⁵⁰

Christiaan Beyers zeigt auf, dass sich Kläger oft aus negativen Gründen für Entschädigungszahlungen entscheiden „ranging from a perception that the anticipated cost of resettling will be prohibitive, to not wanting to uproot again in old age, or because of feeling settled where one is currently living, to feeling that [it] ‚will never be the same‘.“³⁵¹

Internet//content/document_library/documents/Publications/Programmes/Restitution/Restitution%20guidelines%20standard%20settlement%20offer.pdf [Zugriff: 21. Juni 2012]

³⁴⁶ Vgl. *Bohlin*, A Price on the Past, 678.

³⁴⁷ Vgl. *Atuahene*, South Africa's Land Reform Crisis, 124/127.

³⁴⁸ *Walker*, Landmarked, 44.

³⁴⁹ Vgl. *Williams*, The Contemporary Right, 31f.

³⁵⁰ Vgl. *Cherryl Walker*, Redistributive Land Reform: for What and for Whom? in: *Lungisile Ntsebeza* (Hrsg.), *The Land Question in South Africa: the Challenge of Transformation and Redistribution*. 1. Aufl., Cape Town 2007, 132-151, hier 146; Vgl. *Puttergill/Bomela/Grobbelaar/Moguerane*, *The Limits of Land Restitution*, 608.

³⁵¹ *Beyers*, Land Restitution's ‚Rights Communities‘, 283.

Zudem wurde der Prozess der Landrestitution als ungewiss und kompliziert eingestuft, der sich lange hinziehen konnte. Im Vergleich dazu betrachteten Opfer monetäre Entschädigungszahlungen als einen Vorgang, der schneller bearbeitet wurde und der größere Aussicht auf Erfolg hatte. Ein weiterer Grund für diese Form der Entschädigung war die Angst vor möglichen Konflikten bei kollektiver Bewirtschaftung, die sich aus der Landrestitution ergab.³⁵²

Es zeigte sich allerdings, dass auch finanzieller Ausgleich an einzelne Haushalte zu Auseinandersetzungen führen konnte. Gemäß dem SSO wurde der Betrag an Familien ausbezahlt. Aufgeteilt unter den einzelnen Mitgliedern war der materielle Gewinn überschaubar, sodass bei Abweichungen der Beträge einzelne Mitglieder sich ungerecht behandelt fühlten. Streitigkeiten traten auch auf, wenn etwa ein Mitglied zur Zeit der Enteignung nicht im Haus wohnte.³⁵³ Aus der Sicht der Kläger bedeutete der Erhalt von Geld nicht nur einen Ausgleich für den Verlust ihrer Eigentumsrechte, sondern auch eine Würdigung der Beschwerlichkeit, die sich aus der Enteignung ergab. So konnten nach Darstellung von Christoph Marx Zwangsumsiedlungen über Jahre andauern, in einem Fall vergingen acht Jahre zwischen der Enteignung einer Siedlung und deren Umsiedlung.³⁵⁴ Zudem symbolisiert die Entschädigung eine Zugehörigkeit zu den gegenwärtigen Wohnorten, wie die folgende Aussage zeigt: „I think the white people of Knysna have recognised that we are here to stay. That ,there is no way of chasing them away, these people are here to stay.’ We are proper residents of Knysna.“³⁵⁵

Während zu Anfang des Restitutionsprozesses auf Grund des massiven Rückstaus an ungelösten Forderungen die Option des finanziellen Ausgleich durch Mitarbeiter der Land Claims Commission gefördert wurde, werden heute Geschädigte dazu ermutigt, die Rückgabe von Land zu wählen, indem der Entschädigungsbetrag niedrig gehalten wird. Doch gestaltet sich der Restitutionsprozess von Land wegen steigender Landpreise und einem engen Budget langfristig. Viele Kommissionsmitarbeiter befürworteten ungeachtet dessen diesen Schritt und argumentieren, dass monetäre Zahlungen keine langfristige ökonomische Veränderung auf die Geschädigten haben, da sie ihrer Meinung nach das Geld entweder verschwenden oder zur Deckung der Grundbedürfnisse heranziehen. In ihrer jüngsten Studie widerlegt die Juristin Bernadette Atuahene allerdings diese Annahme. Sie kommt zu dem Schluss, dass bei rund einem Drittel der Geschädigten ein substantieller ökonomischer Effekt festzustellen ist, bei

³⁵² Vgl. *Bohlin*, A Price on the Past, 675.

³⁵³ Vgl. *Mesthrie*, Truth and Reconciliation Commission, 39/Fußnote 172.

³⁵⁴ Vgl. *Marx*, Zwangsumsiedlungen, 192.

³⁵⁵ *Bohlin*, A Price on the Past, 677.

33% eine mäßige Verbesserung der Lebensumstände und lediglich 38% verzeichnen eine niedrige Auswirkung auf die ökonomischen Verhältnisse, wobei die Höhe des Betrages für die unterschiedlichen Entwicklungen ausschlaggebend ist. In der finanziell besser gestellten Gruppe werden für gewöhnlich Ausbildungen und die Gründung von Kleinunternehmen finanziert sowie Renovierungen am Haus vorgenommen, die die Achtung und die Erinnerung der meist verstorbenen Familienmitglieder symbolisieren. Jene der untersten Kategorie verwendeten ihre Entschädigung meist für Alltägliches, aber auch für kulturelle Gegenstände wie Grabsteine. Auf Grund der eingeschränkten Möglichkeiten zeigten diese Menschen insgesamt weniger Zufriedenheit mit dem staatlichen Aufarbeitungsprozess.³⁵⁶

Die Sichtweise der weißen Südafrikaner gegenüber den monetären Kompensationen lässt zwei grundlegende Positionen erkennen: Ein Teil erachtet diese Vorgehensweise für positiv und sinnvoll und empfindet Erleichterung der eigenen Schuldgefühle. Andere hingegen kritisieren eine so wahrgenommene Unfähigkeit einiger Empfänger das Geld sinnvoll in Gemeinschaftsprojekte zu investieren.³⁵⁷

Welchen Stellenwert hat nun die Restitution im Rahmen von Nation-Building bzw. als Instrument der Transitional Justice?

Ziel des südafrikanischen Restitutionsprogramms ist die Entschädigung für rassistisch motivierte Enteignungen „in such a way as to provide support to the process of reconciliation and development, and with regard to the over-arching consideration of fairness and justice for individuals, communities and the country as a whole.“³⁵⁸ Doch die formellen Rahmenbedingungen des Restitutionsprozesses schließen eine persönliche Versöhnung zwischen den Klägern und Eigentümern nahezu aus, da der Staat als Mittelsmann auftritt. Wird eine Landrestitution durch den Chief Land Rights Commissioner empfohlen, tritt die Kommission in Verhandlung mit den Eigentümern, bei der die Kläger jedoch nicht involviert sind. Entscheiden sich diese für die Option des monetären Vergleichs, finden die Gespräche unter Ausschluss der Landbesitzer statt. Theunis Roux kritisiert, dass „the state’s appointed

³⁵⁶ Vgl. *Bernadette Atuahene*, The long-term economic Benefit of financial Compensation Distributed by the South African Land Restitution Commission. Paper Presented at the 5th annual Conference on empirical legal Studies, New Haven 2010, 13ff./19ff./25f./33f./49.

http://papers.ssrn.com/sol3/Delivery.cfm/SSRN_ID1619194_code254274.pdf?abstractid=1619194&mirid=3
[Zugriff: 24. Juni 2012]

³⁵⁷ Vgl. *Bohlin*, A Price on the Past, 682f.

³⁵⁸ Republic of South Africa, White Paper on South African Land Policy, Department of Land Affairs 1997, 14.

<http://www.ruraldevelopment.gov.za/DLA->

Internet/content/document_library/documents/White_paper/WhitePaperLandReform.pdf [Zugriff: 24. Juni 2012]

role in relation to land restitution is to smooth over any possible conflict between the race groups by making payments from general revenue [...].”³⁵⁹

Im Kontext dieser rechtlichen Vorgehensweise obliegt es den Opfern daher selbst, ihren eigenen Bedürfnissen entsprechende Strategien der Heilung und der Versöhnung zu entwickeln.

Dieser Heilungsvorgang kann bei der Annahme von finanzieller Entschädigung erschwert werden, da damit die existierenden Ungleichheiten in der Verteilung von Besitztümern nicht beseitigt werden. Ohne dieses sichtbare Zeichen der Veränderung kann bei Geschädigten der Eindruck entstehen, dass diese Thematik nicht ausreichend behandelt wurde und politisch keine Priorität hat.³⁶⁰

Ein wichtiger Aspekt von Nation-Building betrifft die Inklusion der Geschädigten in die Gesellschaft sowie deren Partizipation in der Öffentlichkeit als eine Form des Machtausgleichs.³⁶¹ Ähnlich dem Entschädigungsmodell der Wahrheits- und Versöhnungskommission jedoch verfolgte das Restitutionsprogramm einen Top-Down Ansatz. Interessensvertreter der Opfer waren bei der Ausgestaltung der Richtlinien ausgeschlossen, stattdessen wurden diese von politischen Parteien und Experten festgelegt. Dieser Entschluss kann die Legitimität des Restitutionsprogramms gefährden, wie Bernadette Atuahene festhält: „The evidence shows that people are likely to believe that the outcome of a legal process is legitimate even if it is unfavorable to them, as long as the process involved fair procedures and was conducted by the appropriate authorities.“³⁶²

Ferner argumentiert sie, dass

„a public conversation can help to ground citizens’ expectations in reality. Some transitional states cannot afford to give everyone compensation, so the public conversation can provide people with information about exactly what resources are available and what programs the state can offer given its limited resources.“³⁶³

Ein weiterer Punkt, der dem Nation-Building Projekt schaden kann, ist die Trennung des Restitutionsvorhabens von der Arbeit der Wahrheits- und Versöhnungskommission. Zwar räumt der Endbericht ein, dass „no other piece of legislation in South African history more

³⁵⁹ Roux, Land Restitution.

³⁶⁰ Vgl. Roux, Land Restitution.

³⁶¹ Vgl. Lisa Del Grande, Participation in Restitution Processes. Land & Local Government: Implications of Restitution, AFRA (Association for rural Advancement) News Nr. 61, December 2006. <http://www.afra.co.za/default.asp?id=1044> [Zugriff: 26. Juni 2012]

³⁶² Atuahene, Property, 90.

³⁶³ Ibid.

dramatically and drastically re-shaped the social map of this country“³⁶⁴, jedoch blieb die Wahrheitskommission lediglich bei der Abgabe von Empfehlungen, ungenütztes Land der Bevölkerung zur Verfügung zu stellen bzw. die Personen, nach 1913 ihre Land verloren hatten, zu entschädigen.³⁶⁵ Dadurch konnten keine möglichen Synergien der beiden Programme für den Aufarbeitungsprozess genutzt werden.³⁶⁶ Zudem fand kaum ein öffentlicher Diskurs über Landrestitution als Mittel der Versöhnung oder als Träger verschiedener Formen von Gerechtigkeit statt. Vielmehr richtet sich die Aufmerksamkeit auf die Leistung der Landrestitution im Sinne von geklärten Ansprüchen, auf Kosten und auf Defizite.³⁶⁷

Politische Entscheidungen führten letztlich zu einer Krise des Restitutionsvorhabens: Obwohl Präsident Jacob Zuma die Landfrage unter die fünf Prioritäten der ANC-Agenda reihte, entsprach das zur Verfügung gestellte Budget bei weitem nicht den Anforderungen. 2010 erklärte sich die Commission on the Restitution of Land Rights zahlungsunfähig und war nicht mehr in der Lage, bereits eingegangene Vereinbarungen mit Landbesitzern einzuhalten. Die Zuwendung des Finanzministeriums in der Höhe von R 1.9 Milliarden reichte nicht, sodass einzelne Eigentümer Klage gegen die Kommission einreichten.³⁶⁸

Nachdem zu Beginn die Klärung aller Ansprüche auf fünf Jahre festgelegt wurde³⁶⁹, führten die Verzögerungen zu einer Fristerweiterung bis zum Jahr 2015. Ob dieses Ziel erreicht wird, ist auf Grund der strengen Budgetbeschränkung nicht gesichert.³⁷⁰

Die Schwachstellen der südafrikanischen Landreform brachten Geschädigte dazu, sich zivilgesellschaftlich zu organisieren, um ihrer Forderung nach angemessener Entschädigung geltend zu machen. Durch die gewaltvolle Enteignungspolitik Mugabes im Nachbarstaat Zimbabwe rückte die Landfrage seit 2000 wieder in den Fokus der Öffentlichkeit und die Initiativen gegen die Landpolitik Südafrikas nahmen zu.³⁷¹

Zwei beispielhafte Bewegungen, die aus dieser Zeit hervorgingen und sich unter anderem mit der Restitution von Land beschäftigen sind das Landless People's Movement (LPM) und das radikale South African Reparations Movement (SARM), das Teil der Afrika weiten

³⁶⁴ *Report of the Truth and Reconciliation Commission* 1998, Vol. 1, Chapter 2, 27.

³⁶⁵ Vgl. *ibid.*, Vol. 5, Chapter 8, 319.

³⁶⁶ Vgl. *Walker*, *Landmarked*, 63.

³⁶⁷ Vgl. *Zenker*, *Land Restitution*, 18.

³⁶⁸ Vgl. *Atuahene*, *South Africa's Land Reform Crisis*, 123f.

³⁶⁹ *White Paper on South African Land Policy*, 75.

³⁷⁰ Vgl. Republic of South Africa, Department of Rural Development and Land Reform: *Annual Report: 1. April 2009 – 31. März 2010: 27.* http://www.ruraldevelopment.gov.za/DLA-Internet/content/document_library/documents/Publications/Annual_Report/April2009-March2010.pdf [Zugriff: 24. Juni 2012]

³⁷¹ Vgl. *Sibanda*, *Land Reform*, 1.

Reparationsbewegung (ARM) ist. In Hinblick auf seine Entschädigungsforderungen geht letzteres geschichtlich am weitesten, bis zum Eintreffen der Holländer 1652, zurück. 2002 fand das erste große öffentliche Treffen in Johannesburg statt, an dem indigene Entschädigungsbefürworter aus dem südlichen Afrika unter dem Leitgedanken „Free the Mind, Free the Land, Free the People“³⁷² zusammentrafen. Die Ziele von SARM spiegeln die Verwurzelung der Bewegung im Black Consciousness Movement wieder: Neben materiellen Entschädigungsforderungen für Sklaverei, Zwangsarbeit, Ausbeutung der Ressourcen etc., konzentriert sich SARM auch auf immaterielle Forderungen wie der Anerkennung afrikanischer Werte.³⁷³

Die Formierung des Landless People's Movement wurde stark durch Kontakte von LPM-Aktivisten zur brasilianischen Landlosenbewegung MST sowie zu La Via Campesina, der internationalen Bewegung von Kleinbauern und durch die 2001 in Durban abgehaltene UN-Konferenz gegen Rassismus begünstigt.³⁷⁴ Die radikale Landumverteilungspolitik Mugabes wurde bei LPM positiv aufgenommen, sodass bei der Gründungskonferenz eine Resolution in Unterstützung der „gallant actions of Zimbabwean President Robert Mugabe to return the stolen land to the people of Africa“³⁷⁵ erlassen wurde. Mitglieder fordern nicht nur einen schnelleren Zugang zu Land, sondern es geht ihnen auch „um den Zugang zu Grundversorgung, um Bewegungsfreiheit und das Recht auf freie Wohnortwahl sowie die Einbeziehung der Landlosen bei politischen Entscheidungen, die ihr Leben beeinflussen.“³⁷⁶ Daher ist die Bewegung nicht nur bei Landlosen attraktiv, sondern findet auch Zulauf von schwarzen Kleinbauern. Als Protestmittel setzte das LPM verstärkt auf Besetzungen von ungenutztem Land, was als legitim betrachtet wird in politischen Kreisen nur durch den PAC befürwortet wird. In ländlichen Gebieten handelt es sich vorwiegend um Brachland, im städtischen Raum werden nahe dem Zentrum informelle Siedlungen errichtet. Ein wichtiger Aspekt dabei ist die zunehmende Urbanisierung in Südafrika und der verzögerte Wohnungsbau.³⁷⁷ Obwohl das Recht auf adäquate Unterkunft in der Verfassung verankert ist³⁷⁸, weist das staatliche Programm ähnliche Schwächen wie das Restitutionsverfahren auf.

³⁷² Vgl. *Torpey*, Making whole what has been Smashed, 153.

³⁷³ Vgl. *Torpey*, Making whole what has been Smashed, 152ff.

³⁷⁴ Vgl. *Ntsebeza*, Land Redistribution, 128.

³⁷⁵ *Walker*, Landmarked, 40.

³⁷⁶ *Stephen Greenberg*, Land und Unfreiheit. Die Landlosenbewegung und das Scheitern der Landreform in Südafrika, in: *Jens Erik Ambacher, Romin Khan* (Hrsg.), Südafrika: Die Grenzen der Befreiung. Berlin 2010, 59-71, hier 65.

³⁷⁷ Vgl. *ibid.* 67; Vgl. *Soest/Cholet*, Südafrika: Enteignungen als neuer Weg, 7.

³⁷⁸ Constitution 1996, Section 26.

Das im RDP angestrebte Ziel vom Zugang zu Wohnraum für alle bis 2003³⁷⁹ wurde verfehlt. Laut offiziellen Angaben wurden zwischen 1994 bis 2010 rund 2.7 Millionen Häuser errichtet.³⁸⁰ Dieses Angebot reicht nicht aus, wodurch das Vertrauen der Bürger in den Staat, welches im Rahmen der Transitional Justice wiederhergestellt werden soll, beeinträchtigt wird.³⁸¹ Trotz der Beschleunigung befürchten Bürger, dass das Versprechen der Regierung, Wohnraum für alle zur Verfügung zu stellen, nicht eingelöst wird. Viele beklagen eine zu lange Wartezeit von bis zu fünf Jahren und mehr sowie die miserable Qualität der Bauten.³⁸² Der südafrikanische Journalist William Gumede beschreibt die unzufriedenstellende Situation wie folgt:

„The so-called RDP houses are tiny unhealthy matchboxes on the urban periphery, far from the workplace and often inaccessible to public transport. Just as under apartheid, they have by and large been constructed on barren stretches of land in areas devoid of public libraries, parks or community centres.“³⁸³

Die Regierung zeigt sich indes kompromisslos und ordnet Zwangsräumungen an, bei denen illegalen Siedlern alternatives, weniger erstrebenswertes, Land angeboten wird. Aus der Sicht der Aktivisten weckt dieses Vorgehen nicht nur traumatische Erinnerungen an die Apartheid, auch fördert die ANC-Regierung durch ihr Agieren Unruhen und soziale Konflikte.³⁸⁴

Die 2000 gegründete Anti-Eviction Campaign, Zusammenschluss von mittlerweile zehn Gemeindeorganisationen, hat sich dieser Thematik angenommen. Sie unterstützt von Zwangsräumung gefährdete Personen, bietet Rechtsbeistand an und veranstaltet öffentliche Proteste.³⁸⁵

Das Ende der südafrikanischen Landlosenbewegung folgte bereits drei Jahre nach ihrer Gründung. Wegen Unstimmigkeiten zwischen dem LPM und dem National Land Committee (NLC) über die Haltung zum regierenden ANC kam es zum Bruch. Diese Differenzen traten

³⁷⁹ Vgl. Republic of South Africa, African National Congress, Policy Documents, A basic Guide to the Reconstruction and Development Programm. <http://www.anc.org.za/show.php?id=234> [Zugriff: 27. Juni 2012]

³⁸⁰ Vgl. Republic of South Africa, South African Government Information, Housing. <http://www.info.gov.za/aboutsa/housing.htm> [Zugriff: 27. Juni 2012]

³⁸¹ Vgl. *Stephen Kabera Karanja*, Land Restitution in the Emerging Kenyan Transitional Justice Process, in: NJHR, Vol. 28, Nr. 2, Oslo 2010, 177-201, hier 186.

³⁸² Vgl. *Beth Mcllin*, Waiting for Housing, in: *Dan Connell* (Hrsg.), *Old Wrongs, new Rights: Student Views of the new South Africa*. Trenton [u.a.] 2008, 44-49, hier 45.

³⁸³ *Gumede*, Thabo Mbeki, 98.

³⁸⁴ Vgl. *Williams*, The Contemporary Right, 31.

³⁸⁵ Vgl. Western Cape Anti-Eviction Campaign, About Us. <http://antieviction.org.za/about-us/> [Zugriff: 29. Juni 2012]

beim 2004 veranstalteten Wahlboykott unter dem Motto „No Land! No Vote!“ zu Tage. Beteiligung daran war gering.³⁸⁶

Die dominante Rolle des ANC in der Politik erschwert einen offenen Diskurs über Missstände. Da es an einer starken Opposition mangelt, sind meist einfache Bürger trotz Enttäuschung über die zögerlichen Fortschritte bereit, dem ANC ihre Zustimmung zu geben und länger auf Ergebnisse zu warten. Dadurch muss die Regierungspartei keinen starken Verlust der Wählerschaft fürchten, wenn sie den Restituierungsprozess verschleppt.³⁸⁷

Jene Bürger, die die fehlende Erbringung versprochener Leistungen offen anklagen, werden als „illoyal dargestellt und die Kritiker als Rassisten oder Staatsfeinde bezeichnet [...]“.³⁸⁸ So wurde Andile Mngxitama, Aktivist bei LPM und NLC von letzterem ausgeschlossen, da er dem ANC zufolge „'Anti-Regierungs'-Aussagen“³⁸⁹ getätigt haben soll. Stattdessen vertritt der ANC den Standpunkt, dass es in Folge der Transition zur Demokratie keine dringende Notwendigkeit für unabhängige zivilgesellschaftliche Organisationen gibt. Diese sollen vielmehr in den ANC integriert werden. Kontrolle über soziale Bewegungen übt die Partei mittels der Zentralisierung von Spenden aus. Dadurch werden Organisationen bei regierungskritischen Äußerungen mit Kürzungen bzw. gar Streichungen der finanziellen Zuschüssen unter Druck gesetzt.³⁹⁰

Gegenwärtig plant der ANC eine Abkehr vom Markt-orientierten Modell des Landerwerbs, was große Zustimmung beim Gewerkschaftsverband COSATU und beim ANC Youth League findet. Enteignungen sollen in Zukunft gegen eine „gerechte“ (also nicht markt-orientierte) Entschädigung, wie es bereits die Verfassung ermöglicht, stärker durchgesetzt werden. Ferner soll bei ausbleibender landwirtschaftlicher Nutzung das restituierte Land im Sinne eines „use-it or lose-it“³⁹¹ Grundsatzes auch wieder abgenommen werden können. Dieser Vorstoß spiegelt die südafrikanische Eigenheit in der Verbindung von Landreform und Entschädigungsprogramm wieder und birgt meiner Meinung nach durchaus Konfliktpotential in sich, da es das eigentliche Ziel, nämlich die Entschädigung für vergangenes Unrecht, in den Hintergrund drängt und die Handlungsmöglichkeiten für Geschädigte einschränkt.

³⁸⁶ Vgl. *Greenberg*, Land und Unfreiheit, 69.

³⁸⁷ Vgl. *Atuahene*, South Africa's Land Reform Crisis, 126.

³⁸⁸ *William Gumede*, Befreiungsbewegung an der Macht: Welche Gefahren auf dem Weg zu einer neuen demokratischen Kultur lauern, in: *Renate Wilke-Launer* (Hrsg.), Südafrika: Katerstimmung am Kap. Frankfurt am Main 2010, 30-42, hier 31.

³⁸⁹ *Ibid.*, 35.

³⁹⁰ Vgl. *Gumede*, Thabo Mbeki, 275/284/288.

³⁹¹ *Niren Tolsi*, ANC Introduces new Policy on Land Restitution, in: *Mail & Guardian*, 30. Juni 2012, Johannesburg, Südafrika. <http://mg.co.za/article/2012-06-30-anc-introduces-its-new-policy-on-land-reform> [Zugriff: 3. August 2012]

Abschließend widmet sich diese Arbeit Affirmative Action als Mittel des indirekten materiellen Ausgleichs für historisches Unrecht.

(b) Affirmative Action

Der Ursprung von Affirmative Action liegt in den USA, wo im Zuge der Bürgerrechtsbewegung der 1960er Jahre der Staat legislative Grundlagen für den Ausgleich für vergangenes Unrecht legte. Konkret richtete sich die Forderung nach Entschädigung für die Folgen von Sklaverei und Rassismus, durch den Versuch, Ungleichheiten im Bildungsbereich, im ökonomischen Status und in der hohen Kriminalitätsrate der afroamerikanischen Bevölkerung, zu bekämpfen. Die Regierung verfolgte durch Maßnahmen der positiven Diskriminierung, also der Bevorzugung von Schwarzen bei der Stellenvergabe im öffentlichen Dienst, das Ziel, die tief verankerten sozialen und wirtschaftlichen Disparitäten zwischen den Bevölkerungsgruppen auszugleichen.³⁹²

Wie ich in den vorangegangenen Kapiteln dargelegt habe, nimmt sozio-ökonomische Gerechtigkeit einen wichtigen Platz in der demokratischen Konsolidierung und in der Friedenssicherung ein. Um den Abbau von strukturellen Ungleichheiten zu fördern und Möglichkeiten der wirtschaftlichen Partizipation für alle Südafrikaner zu schaffen, verfolgt die Regierung Südafrikas eine Affirmative Action Politik als „nation-building strategy“³⁹³.

Dieses Konzept zur Überwindung der Diskriminierung marginalisierter Bevölkerungsgruppen und als Mittel „for social redress and transformation“³⁹⁴ wurde bereits von zahlreichen Ländern umgesetzt, darunter Nigeria, Sri Lanka, Indonesien, Indien und Tansania. Bedeutsam für die Entwicklung der südafrikanischen Richtlinien war das erfolgreiche malaysische Programm NEP (New Economic Policy), das darin bestand, die wirtschaftliche

³⁹² Vgl. *David Horowitz*, *Uncivil Wars: the Controversy over Reparations for Slavery*. 1. Aufl., San Francisco 2002, 107f/122.

³⁹³ *Okechukwu C. Iheduru*, Black economic Power and Nation-Building in Post-Apartheid South Africa, in: *JModAfrS*, Vol. 42, Nr. 1, London 2004, 1-30, hier 1.

³⁹⁴ *Vasu Reddy/Relebohile Moletsane/Temba Masilela*, Framing the Issue around Affirmative Action and Equity in South Africa: Policy, Progress, Prospects and Platitudes, in: *Transformation-Critical Perspectives on Southern Africa*, Vol. 77, Durbin 2011, 1-10, hier 1.

Integration der indigenen malayischen Bevölkerung, der Bumiputeras, im Bereich der Unternehmerschaft und der Beschäftigung zu fördern.³⁹⁵

Rechtliche Grundlage für die Maßnahmensetzung in Form von Affirmative Action ist die südafrikanische Verfassung von 1996. Obwohl Abschnitt 9 (2) nicht explizit den Begriff Affirmative Action verwendet, spricht er sich dennoch für eine staatliche Intervention aus:

„Equality includes the full and equal enjoyment of all rights and freedoms. To promote the achievement of equality, legislative and other measures designed to protect or advance persons, or categories of persons, disadvantaged by unfair discrimination may be taken.“³⁹⁶

Um dieses Ziel zu erreichen, sieht der Staat neben der rechtlichen Verankerung eine Reihe von konkreten Maßnahmen vor. Diese beinhaltet die Erstellung einer ‚balanced scorecard‘, welche die Fortschritte von Unternehmen hinsichtlich der Förderung der nicht-weißen Arbeitnehmern dokumentiert. Ein hoher Punktstand bewirkt eine bevorzugte Auftragsvergabe durch die Regierung. Zudem stellt der Staat institutionelle Unterstützung bei der Gründung von Unternehmensorganisationen zur Verfügung und vergibt finanzielle Zuschüsse als Anreiz.³⁹⁷ Im öffentlichen Dienst wird die Repräsentation der Belegschaft entlang der südafrikanischen Bevölkerungsstruktur mithilfe einer bevorzugten Stellenvergabe an nicht-weiße Bewerber angestrebt.

Zwei Aspekte sind hierbei von Bedeutung: Erstens wird sichtbar, dass sich der südafrikanische Staat für das Konzept der substantiellen Gleichheit entschieden hat. Nicht nur die theoretische, formelle Gleichheit vor dem Gesetz wird angestrebt, sondern die praktische Umsetzung von konkreten Maßnahmen zur Herstellung der Voraussetzungen für diese Gleichheit. Tatjana Chahoud erläutert:

„For everyone to have equal opportunities, interfering social, political and economic factors need to be considered. This approach emphasises that it is not enough to ensure

³⁹⁵ Vgl. *Allison S. Murphy*, Affirmative Action in a deeply Divided Society: Lessons for South Africa from Malaysia’s successful Redistribution Policies. Paper Presented at the annual Meeting of the American political Science Association, September 1-4, 2005, 1-39, hier 1/10/14.

http://convention2.allacademic.com/one/apsa/apsa05/index.php?cmd=Download+Document&key=unpublished_manuscript&file_index=4&pop_up=true&no_click_key=true&attachment_style=attachment&PHPSESSID=q6bg4vfv99seotb7em9vt4gn2 [Zugriff: 4. August 2012]

³⁹⁶ Constitution 1996, Section 9 (2).

³⁹⁷ Vgl. Republic of South Africa, Department of Trade and Industry, South Africa’s economic Transformation: A Strategy for broad-based black economic Empowerment, 2005, 14ff./18. <http://www.kznhealth.gov.za/TED/strategy.pdf> [Zugriff: 3. August 2012]

freedom to compete with all others: the previously disadvantaged groups in society must be given special support.”³⁹⁸

Zweitens ergibt sich ausgehend von der Verfassung ein Spannungsfeld zwischen der Weisung nach Nicht-Diskriminierung und der nach Affirmative Action, welches zu juristischen Auseinandersetzungen geführt hat.³⁹⁹

Die ersten Schritte zur wirtschaftlichen Transformation wurden bereits 1994 im staatlichen Reconstruction and Development Programm (RDP) gesetzt. Die ANC-Regierung betonte damit die Notwendigkeit „to deracialise business ownership and control completely through focused policies of Black Economic Empowerment“.⁴⁰⁰ Der Grundgedanke, den die Regierung verfolgte, war, dass durch die Förderung einer schwarzen Mittelschicht der Wohlstand auch untere Gesellschaftsschichten erreichen und die südafrikanische Wirtschaft gestärkt würde. Die Implementierung der Richtlinien gestaltete sich jedoch im Kontext des neo-liberalen Kurswechsels schwierig. Um Investoren und Unternehmen nicht zu verlieren, kam es kaum zur Durchsetzung von direkten Sanktionen oder anderen Druckmittel, wodurch der Erfolg weitgehend ausblieb.⁴⁰¹ Aus diesem Grund wurden Ende der 1990er Jahre zahlreiche Gesetze verabschiedet, die verschiedene Aspekte des Ausgleichs für strukturelle Ungerechtigkeit thematisieren.⁴⁰² Da die Diskussion jedes Aspektes von Affirmative Action den Rahmen dieser Diskussion überschreiten würde, liegt der Fokus der folgenden Auseinandersetzung auf dem Bereich „Arbeitsmarkt“. Das hierfür relevante und wichtigste Gesetz ist der Employment Equity Act (EEA) von 1998. Vorrangiges Ziel ist

„to achieve equitable representation in all occupational categories and levels of workforce. It seeks to eliminate unfair discrimination through the implementation of

³⁹⁸ Tatjana Chahoud, Corporate Social Responsibility (CSR) and Black Economic Empowerment (BEE) in South Africa: a Case Study of German transnational Coperations. Bonn 2011, 31.

³⁹⁹ Vgl. Beverly Thaver, Affirmative Action in South Africa: The Limits of History, in: Elaine Kennedy-Dubourdieu (Hrsg.), Race and Inequality: World Perspectives on Affirmative Action. Aldershot [u.a.] 2006, 153-172, hier 157/168.

⁴⁰⁰ Vgl. Stefano Ponte/Simon Roberts/Lance van Sittert, To BEE or not to BEE? South Africa's 'Black Economic Empowerment' (BEE), Corporate Governance and the State in the South. Danish Institute for International Studies, Working Paper Nr. 27, Copenhagen 2006, 1-56, hier 2.

http://kms1.isn.ethz.ch/serviceengine/Files/ISN/25843/ipublicationdocument_singledocument/e2c40e9a-d420-4eaf-8842-6fe292dd5e06/en/WP2006-27.final.pdf [Zugriff: 4. August 2012]

⁴⁰¹ Vgl. *ibid.*, 12/21.

⁴⁰² Hier ein Auszug: „The Promotion of Equality and Prevention of Unfair Discrimination Act; Extension of Security of Tenure Act; Restitution of Land Rights Act; Employment Equity Act; National Empowerment Fund Act; Competition Act; Telecommunications Act; Preferential Procurement Policy Framework Act; Minerals and Petroleum Development Act.” (Department of Trade and Industry, A Strategy for broad-based black economic Empowerment, 8.)

affirmative action measures for people from designated groups such as black people, women and the disabled.”⁴⁰³

Anstelle von festgeschriebenen Quoten räumt das Gesetz einen Spielraum für Unternehmen ein und schreibt vor, dass jene mit mehr als fünfzig Angestellten jährlich einen Employment Equity Plan erstellen müssen, in denen sie der Commission for Employment Equity über ihre Fortschritte Aufschluss geben. Im ersten Bericht der Kommission, zwei Jahre nach in Kraft treten des Gesetzes, konnten die Daten von über 3.3 Millionen Arbeitnehmern ausgewertet werden.⁴⁰⁴ Auffällig ist, dass trotz der politischen Transition die wirtschaftliche Macht weiterhin in den Händen der weißen Südafrikaner lag. Im Vergleich dazu stand die schwarze, coloured und asiatische Bevölkerung zu 83% in einem Arbeitsverhältnis ohne Festanstellung.⁴⁰⁵ Der Bericht aus dem Jahr 2011 zeigt siebzehn Jahre nach Ende der Apartheid nur einen geringfügigen Wandel der historisch verwurzelten Trennung des Arbeitsmarktes. Trotz eines neuen Ansatzes in Form des Broad-Based Black Economic Empowerment (BBBEE)⁴⁰⁶ werden nach wie vor 73% des Top Managements von weißen Südafrikanern dominiert, im Senior Management Bereich ist weniger als ein Viertel der ökonomisch aktiven Bevölkerung der Schwarzen vertreten. Darüber hinaus wird das Beschäftigungsfeld der ungelernten Arbeiter noch heute zu 82,6% von der schwarzen Bevölkerung bestimmt.⁴⁰⁷

Zwar konnte sich in den letzten Jahren eine schwarze Mittelschicht etablieren, die Mehrheit der Bürger wurde aber vom ökonomischen Wandel nicht erreicht und eine Angleichung der Beschäftigungsstruktur an die Bevölkerungsverteilung verfehlt. Angesichts der gegenwärtigen Ungleichheit des Arbeitsmarktes hat die ANC-Regierung neuerlich ihre Verpflichtung für

⁴⁰³ Thaver, Affirmative Action, 158.

⁴⁰⁴ Vgl. ibid, 158-161. Lediglich 64% der Unternehmen übermittelten ihre oftmals lückenhaften Berichte, sodass Arbeitsminister Membathisi Mdladlana mit Sanktionen drohte. (Vgl. Dominik Bald, Die neue Farbe des Geldes: Affirmative Action und Black Economic Empowerment in Südafrika, in: afrika süd, Zeitschrift zum südlichen Afrika, Nr. 2, März/April, Bonn 2006.

http://liportal.inwent.org/fileadmin/user_upload/oeffentlich/Suedafrika/30_wirtschaft-entw/affirmative_action.pdf [Zugriff: 5. August 2012])

⁴⁰⁵ Vgl. Republic of South Africa, Department of Labour, Commission for Employment Equity Report, 1999-2001, 19f./23. Für eine ausführliche Analyse der Beschäftigungsstruktur nach Bevölkerungsgruppe und Geschlecht siehe 19-23. <https://www.labour.gov.za/downloads/documents/annual-reports/employment-equity/1999-2001/CEE%20Annual%20Report.pdf> [Zugriff: 5. August 2012]

⁴⁰⁶ Die Ziele von BEE sind „a substantial increase in the number of black people who have ownership and control of existing and new enterprises; a significant increase in the number of new black enterprises [...]; a significant increase in number of black people in executive and senior management of enterprises; Increased income levels of black persons and a reduction of income inequalities between and within race groups.” (Department of Trade and Industry, A Strategy for broad-based black economic Empowerment, 12f.)

⁴⁰⁷ Vgl. Republic of South Africa, Department of Labour, 11th Commission for Employment Equity Annual Report, 2010-2011, 9/12/24. <https://www.labour.gov.za/downloads/documents/annual-reports/employment-equity/2010-2011/CEE%20Annual%20Report%202011a.pdf> [Zugriff: 5. August 2012]

Affirmative Action als Entschädigungsform betont.⁴⁰⁸ Dennoch bleibt die Politik umstritten: die rechte Freedom Front Plus bezeichnet die Politik als „umgekehrten Rassismus“⁴⁰⁹ und zieht die Maßnahmen angesichts der steigenden Zahl weißer Südafrikaner, die unter der nationalen Armutsgrenze leben, in Zweifel. Ferner richtet sich die Kritik etwa von Seiten des Gewerkschaftsverbandes COSATU und der SACP gegen Korruption und Elitenbildung, die die Strategie zum Abbau ökonomischer Benachteiligung hervorgebracht hat.⁴¹⁰ Die Richtlinien der Regierung, die eine Stärkung von schwarzen Unternehmen in der Vergabe von staatlichen Aufträgen vorsieht, begünstigt diese Sichtweise zusätzlich.⁴¹¹ Siphos Seepe, Wissenschaftler und regierungskritische Stimme Südafrikas, klagt an:

„We have made a few individuals, whose names do not count beyond 20, into millionaires while the rest of the black community suffers. All the government has done is deploy a few political activists, with no business understanding, into the empowerment programme. This misplacement of brains is costing the empowerment programme.“⁴¹²

Es gibt in der Tat eine enge Verbindung zwischen wirtschaftlichen und politischen Interessen in Südafrika, wie das Beispiel der „fab four“⁴¹³ belegt. Die „fabulous four“ waren treue Unterstützer des ANC, die in Schlüsselsektoren der Wirtschaft wechselten, darunter Cyril Ramaphosa und Tokyo Sexwale. Trotz des Vorwurfs der schwarzen Elitenbildung kann man dennoch von erfolgreichen Fällen von Affirmative Action sprechen, da laut Roger Southall das Ziel „[...] of blacks climbing quickly to the top of South Africa’s monopolized corporate structure [...]“⁴¹⁴ erfüllt wird.

Da sich die Maßnahmen zur Gleichstellung am Arbeitsmarkt nur an jene Menschen in Angestelltenverhältnissen richten, blieb der informelle Sektor weitgehend unbeachtet. Diese „limited and imperfect intervention“⁴¹⁵, wie Linda Human es beschreibt, führte nach

⁴⁰⁸ Vgl. Benjamin Roberts/Gina Weir-Smith/Vasu Reddy, Minding the Gap: Attitudes toward Affirmative Action in South Africa, in: Transformation-Critical Perspectives on Southern Africa, Vol. 77, Durbin 2011, 1-30, hier 6/23.

⁴⁰⁹ Bald, Die neue Farbe.

⁴¹⁰ Vgl. Ibid., Vgl. Sampie Terreblanche, A History of Inequality in South Africa, 1652-2002. Pietermaritzburg 2003, 136.

⁴¹¹ Vgl. Murphy, Affirmative Action, 22.

⁴¹² Siphos Seepe, zit. nach Iheduru, Black economic Empowerment, 21.

⁴¹³ Roger Southall, The Logic of Black Economic Empowerment. Danish Institute for International Studies, Working Paper Nr. 28, Copenhagen 2006, 1-26, hier 11.
<http://www.diiis.dk/graphics/Publications/WP2006/WP%202006-28.final.pdf> [Zugriff: 6. August 2012]

⁴¹⁴ Ibid.

⁴¹⁵ Linda Human, Affirmative Action as Reparation for past Employment Discrimination in South Africa, in: Roy L. Brooks (Hrsg.), When Sorry isn’t enough: the Controversy over Apologies and Reparations for human Injustice. New York [u.a.] 1999, 506-509, hier 506.

Darstellung der beiden südafrikanischen Journalisten William Gumede und Allister Sparks dazu, dass ein „mass empowerment“⁴¹⁶ ausblieb. Es wurden weder Weiterbildungen angeboten, um Unternehmen auszubauen bzw. neue zu gründen, noch wurde der Zugang zu finanziellen Mitteln ermöglicht. Rund drei Viertel der erwachsenen Bevölkerung sind jedoch nicht kreditwürdig, da sie über keinen Besitz als Sicherheit verfügen. Ohne Kredite bleiben der Ausstieg aus der Armut und damit eine Verbesserung der Lebensbedingungen schwer realisierbar. Bedenkt man, dass rund 35% der ökonomisch aktiven Bevölkerung ihr Auskommen im informellen Sektor findet, lässt der Staat ein wirtschaftliches Potential unausgeschöpft, das für das Gesamtwachstum förderlich wäre.⁴¹⁷

Aus der Sicht mancher Internationaler Unternehmen ist die Bevorzugungspolitik des südafrikanischen Staates ein Risikofaktor, der den Zufluss von ausländischen Direktinvestitionen gefährdet. Dies ist insofern ein Problem für das Wirtschaftswachstum Südafrikas, da HIV-AIDS, eine hohe Rate an Gewaltdelikten und eine ungenügende Ausbildung ausländische Direktinvestitionen ohnehin niedrig halten.⁴¹⁸

Wie bewertet nun aber die südafrikanische Bevölkerung selbst die Affirmative Action Politik der Regierung? Benjamin Roberts et al. liefern eine eingehende Analyse dieser Fragestellung. Grundsätzlich ist festzuhalten, dass jene Bürger diese Form der Entschädigung befürworten, die Nutznießer der Maßnahmen sind und somit einen Eigennutzen für sich erkannt haben. Demzufolge kommt die meiste Zustimmung von der schwarzen Bevölkerung, während speziell Weiße Ablehnung äußern. Jedoch kommt die größte Unterstützung nicht von höher Gebildeten, die letztlich den meisten Nutzen aus diesen Maßnahmen ziehen, sondern von dem marginalisiertesten Teil der Bevölkerung, der am wenigsten persönlich durch die Implementierung profitiert. Letztere haben für gewöhnlich keine bzw. nur eine geringe Schulbildung, sind arbeitslos, weisen einen niedrigen Lebensstandard auf und haben ihren Wohnsitz vorwiegend in informellen urbanen Räumen und in ländlichen Gebieten. Es ist auch diese Gruppe, die am meisten an den positiven Erfolg im Sinne einer konsolidierten Gesellschaft durch die gesetzten Maßnahmen glaubt.⁴¹⁹ Roberts et al. kommen zu dem Ergebnis, dass „this support may be linked to feelings of collective self-interest but could also

⁴¹⁶ Gumede, Thabo Mbeki, 232.

⁴¹⁷ Vgl. *ibid.*, 227/231; Vgl. Allister Sparks, *Beyond the Miracle: Inside the new South Africa*. London 2003, 338f.

⁴¹⁸ Vgl. Murphy, *Affirmative Action*, 17/28.

⁴¹⁹ Vgl. Roberts/Weir-Smith/Reddy, *Minding the Gap*, 1/12f./21f./24.

possibly reflect the hope and expectation that this redress policy will bring benefits to these marginalized or vulnerable South Africans in the future.“⁴²⁰

Weißer Südafrikaner reagieren unterschiedlich auf den wirtschaftlichen Wandel und dem damit verbundenen Verlust von Privilegien und Macht.

Manche weigern sich die veränderten Umstände zu akzeptieren und praktizieren stattdessen „ethnic-fronting“⁴²¹. Die ANC-Regierung versucht indes härter gegen das korrupte Verhalten vorzugehen, wie Präsident Jacob Zuma in seiner Rede zur Lage der Nation im Februar dieses Jahres ankündigte. Die Gesetzeserweiterung von BEE „will [...] criminalise fronting and other forms of empowerment misrepresentation“⁴²², sodass betrügerisches Agieren von Seiten der Unternehmen unter Verwendung von strengen Sanktionen eingedämmt werden soll.

Andere fühlen sich als Opfer und beklagen, dass sie durch die Bevorzugungspolitik schlechtere Chancen am Arbeitsmarkt haben. Neben der hohen Kriminalitätsrate ist dies mit der wichtigste Grund für eine Emigration, die seit Mitte der 1990er Jahre in dieser Bevölkerungsgruppe zu verzeichnen ist. Rund 841 000 Menschen haben in den auf den Regimewechsel folgenden zehn Jahren das Land verlassen.⁴²³ Der Verlust der meist hoch qualifizierten Arbeitskräfte belastet die südafrikanische Wirtschaft.⁴²⁴ Vor allem junge Menschen, die die Apartheidjahre selbst nicht mitgetragen haben, fühlen sich durch diese Politik stark benachteiligt, wie der folgende Auszug aus einem Interview mit einem weißen Südafrikaner widerspiegelt:

„I would raise these questions with him and say, ‘You know, Dad, you were the one that benefited from all these kind of apartheid things’ ... because our school fees were like twenty-five Rand a year or something just daft and I am now forced, forced to send our kids to a private school in order to get decent bloody education. You know we don’t want our kids to be in a class with forty other kids and miss the essentials of learning, and put them back in terms of their entire life development. So I’m the one suffering because of all that shit that happened how many years ago. I’m suffering because I don’t have the kind of

⁴²⁰ Ibid., 25.

⁴²¹ Vgl. *Kevin Durrheim/Xoliswa Mtose/Lyndsay Brown*, *Race Trouble: Race, Identity and Inequality in Post-Apartheid South Africa*. Scottsville 2011, 51. Von „ethnic-fronting“ spricht man „when companies pretend to be compliant with the Act by placing blacks in positions that would make them seem as if they either own the company, or are at a level to make decisions in the company.“ (*Anonymous*, Amended BBBEE Bill to Tackle Fronting, in: *Mail & Guardian*, 3. April 2012, Johannesburg, Südafrika. <http://mg.co.za/article/2012-04-03-amended-bbb-ee-bill-to-tackle-fronting/> [Zugriff: 6. August 2012])

⁴²² Republic of South Africa, State of the Nation Address by his Excellency Jacob G. Zuma, President of the Republic of South Africa on the Occasion of the Joint Sitting of Parliament, Cape Town, 9. Februar 2012. <http://www.info.gov.za/speech/DynamicAction?pageid=461&sid=24980&tid=55960> [Zugriff: 6. August 2012]

⁴²³ Vgl. *Durrheim/Mtose/Brown*, *Race Trouble*, 51/53.

⁴²⁴ Vgl. *Renate Wilke-Launer*, Vom Verlust der Macht: Die Weiße Minderheit im neuen Südafrika, in: *Renate Wilke-Launer* (Hrsg.), *Südafrika: Katerstimmung am Kap*. Frankfurt am Main 2010, 145-152, hier 151.

career prospects that a professional of my age should actually have [...]. You begin to say, well ... I mean I've toyed with the idea of emigrating.”⁴²⁵

Anstelle einer Auswanderung versuchen andere auf juristischem Weg gegen die Richtlinien von Affirmative Action in Unternehmen vorzugehen. Als Beweggrund für ihre Klageeinreichung geben vorwiegend Frauen Diskriminierung auf Grund von Hautfarbe und Geschlecht an. Das Beispiel Eskom illustriert allerdings, dass dieser Schritt kaum Aussicht auf Erfolg hat, da den Affirmative Action Maßnahmen Vorrang vor Nicht-Diskriminierung gegeben wird.⁴²⁶

Die Zukunft wird zeigen, inwieweit es der Regierung gelingen wird, ein Gleichgewicht zwischen der Forderung nach Entschädigung durch Affirmative Action und der nach Nicht-Diskriminierung herzustellen, wie Bentley und Habib resümieren:

„The biggest single challenge of the twenty-first century is how to ensure redress, promoting the political and socio-economic affirmation of those who were historically excluded, while simultaneously retaining the commitment to the descendants of those who were historically advantaged.“⁴²⁷

5. Conclusio

Die durch die südafrikanische Wahrheits- und Versöhnungskommission initiierte Entschädigungspolitik stellt einen zukunftsorientierten Ansatz zur Vergangenheitsbewältigung sowie zum Nationsbildungsprozess dar.

Doch bereits in den Friedensverhandlungen zeichnete sich ab, dass Entschädigungen im Vergleich zur bedeutenden Frage der Amnestie nur eine untergeordnete Rolle spielen würde.⁴²⁸ Diese Ausgangslage formte die weitere Herangehensweise an die kontroverse Thematik der individuellen Entschädigung: Nicht der substantielle Ausgleich für vergangenes Unrecht stand an erster Stelle, sondern die Perspektive gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Entwicklung. Doch trotz der Etablierung einer schwarzen Mittel- und Oberschicht, hat der Großteil der Bevölkerung vom steigenden Wohlstand bisher nicht profitiert.

⁴²⁵ Durrheim/Mtose/Brown, *Race Trouble*, 46.

⁴²⁶ Vgl. Thaver, *Affirmative Action*, 168.

⁴²⁷ Durrheim/Mtose/Brown, *Race Trouble*, 15f.

⁴²⁸ Vgl. Makhalemele, *Still not talking*.

Die Verschleppung der Entschädigungszahlungen, die distanzierte Haltung der Regierung gegenüber Opfern und die letztlich geringe Summe von R 30 000 trugen dazu bei, dass die Erwartungen vieler Opfer nicht erfüllt wurden und sich weite Teile der Bevölkerung als Verlierer des politischen Systemwechsels betrachten. Es illustriert aber auch das Spannungsfeld, in dem sich Transitionsregierungen im Zuge des Aufarbeitungsprozesses bewegen, nämlich „between the politics of compromise and a radical notion of justice.“⁴²⁹

Die aus der Apartheid resultierenden sozioökonomischen Disparitäten, die den Konsolidierungsprozess hin zu einer inklusiven, gewaltarmen Gesellschaft erschweren, wurden von der Wahrheits- und Versöhnungskommission weitgehendst ausgeklammert. Stattdessen sollte ein Reformprozess Kernbereiche wie Bildung, Wohnbau, Gesundheitsversorgung und Landumverteilung durch Institutionen außerhalb der TRC initiiert werden.⁴³⁰ Doch diese Transformation im Sinne einer kollektiven Entschädigung läuft langsam.

Der neoliberale Kurswechsel Mandelas in der Wirtschafts- und Sozialpolitik, der von Thabo Mbeki und Jacob Zuma fortgeführt wurde⁴³¹ und die entwicklungspolitische Sichtweise, die im Widerspruch zu einem partizipativen Demokratieverständnis steht, brachten der ANC geführten Regierung viel Kritik durch NGOs und zivilgesellschaftlichen Organisationen, exemplarisch:

„Diese Art von entwicklungspolitischem Ansatz setzt nicht nur voraus, die Akkumulationsvoraussetzungen des Kapitals [...] als Quelle der Prosperität ‚aller‘ zu begreifen, sondern auch, die anhaltenden widrigen sozioökonomischen Lebensumstände der Armen selbst als das Haupthindernis für Akkumulation und Entwicklung zu sehen. Diese Sicht ist alles andere als eine Befürwortung einer wirklichen Demokratisierung, die zuerst auf die Befriedigung der Grundbedürfnisse der marginalisierten Bevölkerung zielt. [...] Das Erreichen demokratischer Verhältnisse wurde fälschlicherweise an die Bedürfnisse des Marktes gekoppelt.“⁴³²

⁴²⁹ Alex Boraine, Truth and Reconciliation in South Africa: The Third Way, in: Robert I. Rotberg (Hrsg.), Truth vs. Justice: the Morality of Truth Commissions. Princeton/NJ [u.a.] 2000, 141-157, hier 156.

⁴³⁰ Vgl. Charles Villa-Vicencio, Restorative Justice in Social Context: The South African Truth and Reconciliation Commission, in: Nigel Biggar (Hrsg.), Burying the Past: Making Peace and Doing Justice after Civil Conflict. Washington, DC 2003, 235-250, hier 245.

⁴³¹ Vgl. Marx, Südafrika, 307.

⁴³² Vgl. Dale T. McKinley, Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück: Südafrikas African National Congress und die Dreierallianz seit 1994, in: Jens Erik Ambacher (Hrsg.), Südafrika: Die Grenzen der Befreiung. Berlin 2010, 29-40, hier 34.

Zwar konnte das ehrgeizige Reconstruction and Development Programme (RDP) der Regierung durchaus Erfolge erzielen⁴³³, jedoch müssen diese im Kontext der herrschenden Wirtschaftspolitik zum Teil relativiert werden: Während die südafrikanische Regierung den Zugang zu Wasser für rund eine Million Haushalte gewährleistete, verlor zur gleichen Zeit dieselbe Anzahl an Haushalten den Anschluss. Grund war die Privatisierung von Unternehmen und der damit einhergehende Preisanstieg. Ähnliche Tendenz findet sich auch im Bereich der Stromversorgung.⁴³⁴

Vor allem die schwarze Bevölkerungsmehrheit sieht sich weiterhin wirtschaftlich ausgegrenzt und ist von Arbeitslosigkeit und Armut betroffen. Der Südafrikaner Johan Degenaar hat in diesem Zusammenhang den Begriff „violence of poverty“⁴³⁵ geprägt. Er beschreibt Armut als neuerliche Gewalterfahrung, die durch die ökonomische Sphäre produziert wird und Menschen dazu zwingt „to live a subhuman life“.⁴³⁶

Besonders gefährdet sind jene Menschen im informellen Sektor und schlecht Ausgebildete in den Townships, die keine Beschäftigung in den modernen Wachstumssektoren und somit Aufstiegschancen finden.⁴³⁷ Im UN Development Report 2011 reiht Südafrika auf Platz 123 auf dem Human Development Index und weist hinsichtlich der Einkommensverteilung einen GINI Index von 57,8% vor.⁴³⁸ Die ökonomische Hegemonie wird deutlich sichtbar am durchschnittlichen Jahreseinkommen: während Weiße rund US\$ 37 000 verdienen, liegt das Einkommen der Schwarzen Bevölkerung bei etwa US\$ 5 000.⁴³⁹

Rama Mani betont, dass der Schwerpunkt auf der Förderung des „positiven Friedens“ liegen muss, das heißt auf der Beseitigung der strukturellen Gewalt im Galtung'schem Sinn. Das Beispiel Angola zeigt, dass politische Übereinkünfte und das Fehlen direkter Gewalt im Sinne eines „negativen Friedens“ nicht ausreichen, um Feindschaften innerhalb der Bevölkerung zu

⁴³³ Vgl. *Renate Wilke-Launer*, Ein besseres Leben für alle: Südafrika streitet über den richtigen Weg in der Wirtschaftspolitik, in: *Renate Wilke-Launer* (Hrsg.), *Südafrika: Katerstimmung am Kap*. Frankfurt am Main 2010, 43-51, hier 46f.

⁴³⁴ Vgl. *Ingie Hovland*, Macro/Micro Dynamics in South Africa: Why the Reconciliation Process Will not Reduce Violence, in: *JPD*, Vol. 1, Nr. 2, Washington 2003, 6-20, hier 11.

⁴³⁵ *Johan Degenaar*, The Concept of Violence, in: *Noel Chabani Manganyi* (Hrsg.), *Political Violence and the Struggle in South Africa*. Houndsmill 1990, 70-86, hier 80.

⁴³⁶ *Ibid.*

⁴³⁷ Vgl. *Robert Kappel*, Wirtschaft und Entwicklung in Südafrika, in: *Werner Distler* (Hrsg.), *Konsolidierungsprojekt Südafrika: 15 Jahre Post-Apartheid*. 1. Aufl., Baden-Baden 2010, 163-185, hier 170f./181f.

⁴³⁸ Der Wert 0 markiert die absolute Gleichheit, 100 die maximale Ungleichheit. UN Development Report 2011, Statistical Annex, Table 3: Inequality-adjusted Human Development Index, 137.

http://hdr.undp.org/en/media/HDR_2011_EN_Tables.pdf [Zugriff: 20. August 2012]

⁴³⁹ Vgl. *Werner Distler*, Das Vermächtnis der Apartheid. Gewalt und Ungleichheit als Herausforderung für Konsolidierung und Identität in Südafrika, in: *Werner Distler* (Hrsg.), *Konsolidierungsprojekt Südafrika: 15 Jahre Post-Apartheid*. 1. Aufl., Baden-Baden 2010, 109-126, hier 118.

beenden und ein Zusammenwachsen zu nähren⁴⁴⁰: „There is no reconciliation possible between a marginalized society and a system which brings about marginalization.“⁴⁴¹

Auch der neuerliche Anstoß von Desmond Tutu im August 2011 eine Reichensteuer einzuführen, fand Jahre nach Beginn der ersten Diskussionen wenig Interesse in Südafrika.⁴⁴² Der südafrikanische Cartoonist Zapiro, der bereits in der Befreiungsbewegung künstlerisch aktiv war und der seine Rolle vordergründig als die eines „social commentator“⁴⁴³ begreift, hat dieses Thema in einer seiner politischen Karikaturen aufgegriffen:⁴⁴⁴



Die Frustration und Perspektivlosigkeit über die nicht eintretende Verbesserung des sozio-ökonomischen Status der unteren Gesellschaftsschichten äußert sich in einer hohen Rate an Gewaltdelikten. Die soziale Ausgrenzung birgt ein großes Konfliktpotential in sich, welches Ausdruck in xenophoben Ausschreitungen gegen afrikanische Immigranten 2008 fand.⁴⁴⁵ Der

⁴⁴⁰ Vgl. Rama Mani, *Beyond Retribution: Seeking Justice in the Shadows of War*. Oxford [u.a.] 2007, 12/22.

⁴⁴¹ Seider, zit. nach *ibid*, 125.

⁴⁴² Vgl. Reginald Tachie-Menson, *Wealth tax? Forget about it: experts*. Business Live, 2. Oktober 2011. http://www.businesslive.co.za/southafrica/sa_markets/2011/10/02/wealth-tax-forget-about-it-experts [Zugriff: 11. August 2012]

⁴⁴³ Sonja Altnöder, *A Black and White Nation? The 'New' South Africa in Zapiro's Cartoons*, in: Michael Meyer (Hrsg.), *Word & Image in colonial and postcolonial Literatures and Cultures*. Amsterdam [u.a.] 2009, 107-123, hier 108.

⁴⁴⁴ Zapiro, Desmond Tutu: "The Rich must help the Poor" as Part of Truth and Reconciliation. Veröffentlicht in *The Times* am 25. August 2011. <http://www.zapiro.com/cartoon/464635-110825tt> [Zugriff: 11. August 2012]

⁴⁴⁵ Vgl. Veronika Wittmann, *Gewalt und Geschlecht. Eine Analyse der Alltagswelt in Südafrika*, in: Werner Distler (Hrsg.), *Konsolidierungsprojekt Südafrika: 15 Jahre Post-Apartheid*. 1. Aufl., Baden-Baden 2010, 127-143, hier 132f./140. Wie Alfred Tokollo Moleah schildert, ist die feindliche Haltung gegenüber Zuwanderern aus Malawi und Mozambique ökonomischer Natur, da diese Menschen bereit sind für weit niedrigere Löhne zu arbeiten und keiner Gewerkschaft angehören. (Vgl. Birgit Englert/Veronika Bilger/Bea Gomes, *Ten Years after*

Konflikt wurde zudem durch den Zustrom von rund drei Millionen Flüchtlingen aus Zimbabwe verstärkt.⁴⁴⁶

Abschließen möchte ich mit einer Einschätzung des deutschen Journalisten Christian von Soest: „Entscheidend für die weitere Konsolidierung von Südafrikas Post-Apartheid Demokratie wird sein, ob Präsident Zuma das Versprechen des ANC aus dem Jahr 1994 einlösen kann ‚ein besseres Leben für alle‘ zu gewährleisten.“⁴⁴⁷

Die Entschädigungsprogramme der südafrikanischen Regierung stellen einen wichtigen Beitrag dar, um diese Zielvorstellung zu verwirklichen. Dennoch blieben weite Teile der Gesellschaft von den staatlichen Entschädigungsmaßnahmen ausgeschlossen.

Im Rahmen der Wahrheits- und Versöhnungskommission konnten sich 16 837 Opfer für finanzielle Ausgleichszahlungen in Form der Individual Reparation Grants qualifizieren. Aktuellen Zahlen zu Folge haben bis heute 440 Anspruchsberechtigte diese Zahlung nicht erhalten, da ihr Aufenthaltsort unbekannt ist.⁴⁴⁸ Den 16 397 Empfängern der IRGs eröffnete die monetäre Einmalzahlung trotz des geringen Betrages von R 30 000 verschiedene Möglichkeiten, um ihr Leben zu verbessern. Die Mehrheit der Opfer investierte ihr Geld vordergründig in nachhaltige Projekte, darunter Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten, medizinische Versorgung, Therapieangebote und in Reparaturarbeiten an ihren Häusern.

Während der Bereich der finanziellen Entschädigungen aus der Sicht des Staates als abgeschlossen bewertet werden kann, ist der Prozess der Landrestitution als materielle Form des Ausgleichs für historisches Unrecht noch offen: 78% der 79 696 Restitutionsforderungen⁴⁴⁹ wurden bisher abgegolten. Die Mehrheit der Kläger stammte aus dem urbanen Raum und wählte die monetäre Entschädigung anstelle der Landrückgabe. Eine Verbesserung ihrer Lebensumstände korrelierte stark mit dem Entschädigungsbetrag, der sich zwischen R 40 000 bis R 60 000 pro Haushalt belief. Ähnlich der IRGs standen auch für diese Empfänger die Bereiche Arbeit, Wohnen und Bildung im Vordergrund. Vor allem junge

Apartheid-Interview with Prof. Alfred Tokollo Moleah, South African Ambassador to Vienna, in: Stichproben, Nr. 6, Wien 2004, 89-100, hier 91.)

⁴⁴⁶ Vgl. Rhoda E. Howard-Hassmann, Mugabe's Zimbabwe, 2000-2009: Massive Human Rights Violations and the Failure to Protect, in: HRQ, Vol. 32, Nr. 4, New York 2010, 898-920, hier 906.

⁴⁴⁷ Christian von Soest, Versöhner, Manager, Populist. Das Wirken der Präsidenten für die Konsolidierung der südafrikanischen Demokratie, in: Werner Distler (Hrsg.), Konsolidierungsprojekt Südafrika: 15 Jahre Post-Apartheid. 1. Aufl., Baden-Baden 2010, 89-108, hier 100.

⁴⁴⁸ Vgl. Republic of South Africa, President's Fund Annual Report for 2011/12, The Department of Justice and Constitutional Development, 6. <http://www.justice.gov.za/reportfiles/other/presfund-anr-2011-12.pdf> [Zugriff: 11. Oktober 2012]

⁴⁴⁹ Vgl. Department of Rural Development and Land Reform: Strategic Plan 2011-2014, 40.

Menschen sehen ihre Zukunft im städtischen Raum, weshalb der Zugang zu Land nur eine marginale Rolle spielt.

Obwohl lediglich 20% der Restitutionsanträge aus dem ländlichen Raum stammte, konnte ein einzelner Antrag 50 bis 10 000 Begünstigte umfassen. Problematische Rahmenbedingungen wie fehlendes Kapital und eine regulierte Wasserversorgung erschweren jedoch die Rückkehr und ertragreiche Bewirtschaftung des Landes. In den meisten Fällen handelt es sich um Subsistenzwirtschaft, die materielle Engpässe zu überwinden hilft. Dadurch bleibt eine deutliche Erhöhung des Lebensstandards unwahrscheinlich. Dies ist mit ein Grund, weshalb Arbeit und Bildung als bessere Erfolgsaussichten betrachtet werden.

Das 1994 von der Regierung angestrebte Ziel einer 30%igen Landumverteilung ist heute, sechzehn Jahre später, nicht annähernd erreicht. Zwischen 1994 bis 2010 hat Südafrika von 99 Millionen ha Farmland⁴⁵⁰ 7,4 Millionen ha⁴⁵¹ umverteilt. Die Eigenheit Südafrikas die koloniale Aufarbeitung in ein nationales Umverteilungsvorhaben zu integrieren, spiegelt sich auch in den offiziellen Gesamtzahlen wieder. Diese differenzieren nicht zwischen restituiertem Land und jenem im Rahmen des Umverteilungsprozesses.

Den Abschluss der Entschädigungsdebatte in Südafrika bildet die Affirmative Action Politik als Strategie des Ausgleichs für vergangenes Unrecht.

Aktuelle Zahlen zeigen jedoch ein ernüchterndes Bild und verdeutlichen, wie weit die südafrikanische Gesellschaft von der Zielvorstellung ‚ein besseres Leben für alle‘ entfernt ist. Trotz eines Anstiegs der schwarzen Bevölkerung im oberen Managementbereich, ist die Zahl der ungelernten Arbeiter seit dem Vorjahr ebenfalls gestiegen, nämlich auf 84%.⁴⁵² Daraus folgt, dass bisher nur ein kleiner Teil der Bevölkerung von der Politik profitiert hat. Eine große Schwäche der staatlichen Maßnahmen liegt im Fokus auf formelle Beschäftigungsstrukturen: Bedenkt man, dass gegenwärtig rund 6.4 Millionen Südafrikaner im stetig wachsenden informellen Sektor ihr Auskommen finden⁴⁵³, so bleibt einem weiten Teil der Gesellschaft die Chance auf ein ‚besseres Leben‘ verwehrt.

⁴⁵⁰ Vgl. *van Soest*, Anspruch und Wirklichkeit, 43.

⁴⁵¹ Vgl. Department of Rural Development and Land Reform: Strategic Plan 2011-2014, 16.

⁴⁵² Vgl. Republic of South Africa, Department of Labour, 12th Commission for Employment Equity Annual Report, 2011-2012, 35. <https://www.labour.gov.za/downloads/documents/annual-reports/employment-equity/2011-2012/12th%20CEE%20Report.2012.pdf> [Zugriff: 5. November 2012]

⁴⁵³ Vgl. SAPA, Index Shows Increase in informal Jobs Sector, in: Mail & Guardian, 12. November 2012, Johannesburg, Südafrika. <http://mg.co.za/article/2012-11-12-index-shows-increase-in-informal-jobs-sector> [Zugriff: 18. November 2012]

Verwendete Literatur

Primärliteratur

African Charter on Human and Peoples' Rights.

http://www.achpr.org/english/_info/charter_en.html

Convention against Torture and Other Cruel, Inhuman or Degrading Treatment or Punishment, New York, 10 December 1984.

<http://untreaty.un.org/cod/avl/ha/catcidtp/catcidtp.html>

International Covenant on Civil and Political Rights.

<http://www2.ohchr.org/english/law/ccpr.htm>

Report of the Truth and Reconciliation Commission of South Africa: 5 Bände, Cape Town 1998. (alle Bände des Abschlussberichts sind abrufbar unter:

<http://www.justice.gov.za/trc/report/>)

Report of the Truth and Reconciliation Commission of South Africa: 2 Bände, Cape Town 2003. (alle Bände sind abrufbar unter: <http://www.info.gov.za/otherdocs/2003/trc/>)

Republic of South Africa, Address by President Nelson Mandela at the Opening of Parliament, 5 February 1999. http://www.info.gov.za/speeches/1999/99205_openin99_10091.htm

Republic of South Africa, African National Congress, Policy Documents, A basic Guide to the Reconstruction and Development Programm. <http://www.anc.org.za/show.php?id=234>

Republic of South Africa, Commission on Restitution of Land Rights, Restitution Policy Guidelines: Standard Settlement Offer. Department of Rural Development and Land Reform 2009.

http://www.ruraldevelopment.gov.za/DLA-Internet/content/document_library/documents/Publications/Programmes/Restitution/Restitution%20guidelines%20standard%20settlement%20offer.pdf

Republic of South Africa, Constitution Act 200 of 1993.

<http://www.info.gov.za/documents/constitution/93cons.htm#SECTION121>

Republic of South Africa, Constitution 1996.

<http://www.info.gov.za/documents/constitution/1996/index.htm>

Republic of South Africa, Department of Labour, Commission for Employment Equity Report, 1999-2001. <https://www.labour.gov.za/downloads/documents/annual-reports/employment-equity/1999-2001/CEE%20Annual%20Report.pdf>

Republic of South Africa, Department of Labour, 11th Commission for Employment Equity Annual Report, 2010-2011. <https://www.labour.gov.za/downloads/documents/annual-reports/employment-equity/2010-2011/CEE%20Annual%20Report%202011a.pdf>

Republic of South Africa, Department of Labour, 12th Commission for Employment Equity Annual Report, 2011-2012. <https://www.labour.gov.za/downloads/documents/annual-reports/employment-equity/2011-2012/12th%20CEE%20Report.2012.pdf>

Republic of South Africa, Department of Rural Development and Land Reform: Annual Report: 1. April 2009 – 31. März 2010. http://www.ruraldevelopment.gov.za/DLA-Internet/content/document_library/documents/Publications/Annual_Report/April2009-March2010.pdf

Republic of South Africa, Department of Rural Development and Land Reform: Strategic Plan 2011-2014. http://www.ruraldevelopment.gov.za/DLA-Internet/content/document_library/documents/Publications/Strategic_Plans/RDLR-STRAT-PLAN2011.pdf

- Republic of South Africa, Department of Trade and Industry: South Africa's economic Transformation: A Strategy for broad-based black economic Empowerment, 2005. <http://www.kznhealth.gov.za/TED/strategy.pdf>
- Republic of South Africa, National Treasury Annual Report 2010/11, Department of National Treasury. <http://www.treasury.gov.za/publications/annual%20reports/national%20treasury/nt%20annual%20report%202010-11.pdf>
- Republic of South Africa, Opening Address by President Nelson Mandela in the special Debate on the Report of the Truth and Reconciliation Commission, 25 February 1999. http://www.info.gov.za/speeches/1999/99225_trc-ma99_10201.htm
- Republic of South Africa, President's Fund Annual Report for 2006/07, The Department of Justice and Constitutional Development. http://www.justice.gov.za/reportfiles/other/PresFund_ANR_2006-07.pdf
- Republic of South Africa, President's Fund Annual Report for 2010/11, The Department of Justice and Constitutional Development. <http://www.justice.gov.za/reportfiles/other/presfund-anr-2010-11.pdf>
- Republic of South Africa, President's Fund Annual Report for 2011/12, The Department of Justice and Constitutional Development. <http://www.justice.gov.za/reportfiles/other/presfund-anr-2011-12.pdf>
- Republic of South Africa, Promotion of National Unity and Reconciliation Act (34) of 1995. <http://www.justice.gov.za/legislation/acts/1995-034.pdf>
- Republic of South Africa, Restitution of Land Rights Act 22 of 1994. http://www.ruraldevelopment.gov.za/DLA-Internet//content/document_library/documents/legislation/RESTITUTION%20OF%20LAND%20RIGHTS%20ACT%2022%20OF%201994.pdf
- Republic of South Africa, South African Government Information, Housing. <http://www.info.gov.za/aboutsa/housing.htm>
- Republic of South Africa, Special Pensions Act, 1996 [No. 69 of 1996]. http://www.saflii.org/za/legis/num_act/spa1996182/
- Republic of South Africa, State of the Nation Address by his Excellency Jacob G. Zuma, President of the Republic of South Africa on the Occasion of the Joint Sitting of Parliament, Cape Town, 9. Februar 2012. <http://www.info.gov.za/speech/DynamicAction?pageid=461&sid=24980&tid=55960>
- Republic of South Africa, Statement by President Thabo Mbeki to the National Houses of Parliament and the Nation, on the Occasion of the Tabling of the Report of the Truth and Reconciliation Commission, Cape Town, April 15, 2003. <http://www.pmg.org.za/docs/2003/appendices/030610presrec.htm>
- Republic of South Africa, Statement from the TRC on Amnesty granted to Dirk Coetzee, 4 August 1997. <http://www.info.gov.za/speeches/1997/08050w13297.htm>
- Republic of South Africa, Statement of Deputy President Thabo Mbeki at the Opening of the Debate in the National Assembly, on Reconciliation and Nation Building, National Assembly Cape Town, 29 May 1998. <http://www.dfa.gov.za/docs/speeches/1998/mbek0529.htm>
- Republic of South Africa, Thabo Mbeki, Statement on the Report of the TRC Joint Sitting of the Houses of Parliament, Cape Town, 25 February 1999. <http://www.dfa.gov.za/docs/speeches/1999/mbek0225.htm>
- Republic of South Africa, Truth and Reconciliation Commission, Business Hearing Sector, Johannesburg 12.11.1997. <http://www.justice.gov.za/trc/special/business/busin2.htm>

Republic of South Africa, White Paper on South African Land Policy, Department of Land Affairs 1997. http://www.ruraldevelopment.gov.za/DLA-Internet//content/document_library/documents/White_paper/WhitePaperLandReform.pdf

UN Development Report 2011, Statistical Annex. http://hdr.undp.org/en/media/HDR_2011_EN_Tables.pdf

UN-Generalversammlung 1950, Resolution A/RES/395 (V). <http://daccess-dds-ny.un.org/doc/RESOLUTION/GEN/NR0/059/93/IMG/NR005993.pdf?OpenElement>

UN-Generalversammlung 1962, Resolution A/RES/1761 (XVII). <http://daccess-dds-ny.un.org/doc/RESOLUTION/GEN/NR0/192/69/IMG/NR019269.pdf?OpenElement>

UN-Generalversammlung 1966, Resolution A/RES/2202 (XXI). [http://daccess-ods.un.org/access.nsf/Get?Open&DS=A/RES/2202\(XXI\)&Lang=E&Area=RESOLUTION](http://daccess-ods.un.org/access.nsf/Get?Open&DS=A/RES/2202(XXI)&Lang=E&Area=RESOLUTION)

UN-Sicherheitsrat 1960, Resolution 134. <http://daccess-dds-ny.un.org/doc/RESOLUTION/GEN/NR0/157/23/IMG/NR015723.pdf?OpenElement>

UN-Sicherheitsrat 1963, Resolution 181. <http://daccess-dds-ny.un.org/doc/RESOLUTION/GEN/NR0/200/54/IMG/NR020054.pdf?OpenElement>

UN-Sicherheitsrat 1977, Resolution 418. <http://daccess-dds-ny.un.org/doc/RESOLUTION/GEN/NR0/297/01/IMG/NR029701.pdf?OpenElement>

Western Cape Anti-Eviction Campaign, About Us. <http://antieviction.org.za/about-us/>

Sekundärliteratur

Alexander, Neville: Südafrika: der Weg von der Apartheid zur Demokratie. München 2001.

Altnöder, Sonja: A Black and White Nation? The 'New' South Africa in Zapiro's Cartoons, in: *Meyer, Michael* (Hrsg.): Word & Image in colonial and postcolonial Literatures and Cultures. Amsterdam [u.a.] 2009, 107-123.

Andrews, Mercia: Struggling for a Life in Dignity, in: *Ntsebeza, Lungisile* (Hrsg.): The Land Question in South Africa: the Challenge of Transformation and Redistribution. 1. Aufl., Cape Town 2007, 202-219.

Anonym: Amended BBBEE Bill to Tackle Fronting, in: Mail & Guardian, 3. April, Johannesburg, Südafrika 2012. <http://mg.co.za/article/2012-04-03-amended-bbbee-bill-to-tackle-fronting/>

Anseeuw, Ward: Can We Speak about effective Land Reform in South Africa? in: *Wa Kabwe-Segatti, Aurelia* (Hrsg.): Ten Years of democratic South Africa: Transition Accomplished? Johannesburg 2006, 77-90.

Ansprenger, Franz: Südafrika: Eine Geschichte von Freiheitskämpfen. Mannheim/Wien 1994.

Ansprenger, Franz: Politische Geschichte Afrikas im 20. Jahrhundert. 2. Aufl., München 1997.

Asmal, Kader: Reconciliation through Truth: a reckoning of Apartheid's criminal Governance. 2. Aufl., Cape Town [u.a.] 1997.

Atuahene, Bernadette: Property and Transitional Justice, in: UCLA Law Review Discourse, Vol. 58, 65-93. <http://www.uclalawreview.org/pdf/discourse/58-4.pdf>

- Atuahene, Bernadette*: The long-term economic Benefit of financial Compensation Distributed by the South African Land Restitution Commission. Paper Presented at the 5th annual Conference on empirical legal Studies, New Haven 2010. http://papers.ssrn.com/sol3/Delivery.cfm/SSRN_ID1619194_code254274.pdf?abstractid=1619194&mirid=3
- Atuahene, Bernadette*: South Africa's Land Reform Crisis: Eliminating the Legacy of Apartheid, in: FA, Vol. 90, Nr. 4, New York, NY 2011, 121-129.
- Bald, Dominik*: Die neue Farbe des Geldes: Affirmative Action und Black Economic Empowerment in Südafrika, in: afrika süd, Zeitschrift zum südlichen Afrika, Nr. 2, März/April, Bonn 2006. http://liportal.inwent.org/fileadmin/user_upload/oeffentlich/Suedafrika/30_wirtschaft-entw/affirmative_action.pdf
- Barkan, Elazar*: Völker klagen an: eine neue internationale Moral. Düsseldorf 2002.
- Beyers, Christiaan*: Land Restitution's 'Rights Communities': The District Six Case, in: JSAfrS, Vol. 33, Nr. 2, Oxford 2007, 267-285.
- Bohlin, Anna*: A Price on the Past: Cash as Compensation in South African Land Restitution, in: CJAfrS, Vol. 38, Nr. 3, Ottawa 2004, 672-687.
- Bond, Patrick/Sharife, Khadija*: Apartheid Reparations and the Contestation of Corporate Power in Africa, in: ROAPE, Nr. 119, Abingdon 2009, 115-125.
- Boraine, Alex*: A Country Unmasked: Inside South Africa's Truth and Reconciliation Commission. 1. Publ., Oxford [u.a.] 2000.
- Boraine, Alex*: Truth and Reconciliation in South Africa: The Third Way, in: *Rotberg, Robert I.* (Hrsg.): Truth vs. Justice: the Morality of Truth Commissions. Princeton/NJ [u.a.] 2000, 141-157.
- Brambilla, Pietro*: Daimler AG, Stuttgart 2. April, 2012. http://www.woek.de/web/cms/upload/pdf/kasa/aktuell/2012_04_05_daimler.pdf
- Brankovic, Jasmina*: Advocating Justice: Civil Society and Transitional Justice in Africa. Workshop Report, 30-31 August, Johannesburg, South Africa 2010, 1-18. http://www.csvr.org.za/docs/Advocating_Justice.pdf
- Buford, Warren/Van der Merwe, Hugo*: Reparations in Southern Africa, in: Cahiers d'études africaines, Vol. 44, Issue 1-2, 2004. <http://www.csvr.org.za/docs/reconciliation/reparationsinsouthernafrica.pdf>
- Burton, Mary*: Reparations – It Is still not too Late, in: *Doxtader, Erik* (Hrsg.): To Repair the Irreparable: Reparation and Reconstruction in South Africa. Claremont 2006, 29-43.
- Chahoud, Tatjana*: Corporate Social Responsibility (CSR) and Black Economic Empowerment (BEE) in South Africa: a Case Study of German transnational Cooperations. Bonn 2011.
- Christopher, A.J.*: The Atlas of Changing South Africa. 2. Aufl., London [u.a.] 2001.
- Colvin, Christopher J.*: 'We are still Struggling': Storytelling, Reparations and Reconciliation after the TRC. Johannesburg 2000. <http://www.csvr.org.za/docs/trc/wearestillstruggling.pdf>
- Colvin, Christopher J.*: Civil Society and Reconciliation in Southern Africa, in: DP, Vol. 17, Nr. 3, Oxford 2007, 322-337.
- Cousins, Ben*: Saat der Unruhe: Die ungelöste Landfrage birgt in Südafrika politischen Zündstoff, in: Welt-Sichten, Magazin für globale Entwicklung und ökumenische Zusammenarbeit, Nr. 3, 2009. <http://www.welt-sichten.org/artikel/art-03-009/saat-der-unruhe.html>

- Crawford-Pinnerup, Anna*: An Assessment of the Impact of Urgent Interim Reparations, in: *Hamber, Brandon/Mofokeng, Tlhoki* (Hrsg.): From Rhetoric to Responsibility: Making Reparations to the Survivors of past political Violence in South Africa. Chapter 6, Johannesburg 2000. <http://www.csvr.org.za/wits/papers/papr2r6.htm>
- Crocker, David A.*: Transitional Justice and International Civil Society: Toward a Normative Framework, in: *Constellations*, Vol. 5, Nr. 4, Malden 1998, 492-517.
- Crocker, David A.*: Truth Commissions, Transitional Justice, and Civil Society, in: *Rotberg, Robert I.* (Hrsg.): Truth vs. Justice: the Morality of Truth Commissions. Princeton/NJ [u.a.] 2000, 99-121.
- Davenport, Thomas Rodney Hope*: South Africa: a modern history. Basingstoke [u.a.] 2001.
- Davis, Gaye*: Zerstrittene Versöhner: Die Wahrheits- und Versöhnungskommission in der gespaltenen Gesellschaft Südafrikas, in: *Der Überblick*, Nr. 3, Hamburg 1999, 27-31.
- Degenaar, Johan*: The Concept of Violence, in: *Manganyi, Noel Chabani* (Hrsg.): Political Violence and the Struggle in South Africa. Houndsmill 1990, 70-86.
- De Greiff, Pablo*: Reparations Programs: Patterns, Tendencies, and Challenges, in: *Politorbis*, Nr. 50, Bern 2010, 53-64.
- De Lange, Johnny*: The historical Context, legal Origins and philosophical Foundation of the South African Truth and Reconciliation Commission, in: *Villa-Vicencio, Charles/Verwoerd, Wilhelm*: Looking back, Reaching Forward: Reflections on the Truth and Reconciliation Commission of South Africa. London 2000, 14-31.
- Del Grande, Lisa*: Participation in Restitution Processes. Land & Local Government: Implications of Restitution, AFRA (Association for rural Advancement) News Nr. 61, December, 2006. <http://www.afra.co.za/default.asp?id=1044>
- Die Entwickler*: General Motors entschädigt südafrikanische Apartheidopfer, Deutschland 1. März, 2012. <http://entwickler-netz.de/blog/2012/03/01/general-motors-entschadigt-sudafrikanischer-apartheidopfer-deutsche-firmen-unter-druck/>
- Distler, Werner*: Das Vermächtnis der Apartheid. Gewalt und Ungleichheit als Herausforderung für Konsolidierung und Identität in Südafrika, in: *Distler, Werner* (Hrsg.): Konsolidierungsprojekt Südafrika: 15 Jahre Post-Apartheid. 1. Aufl., Baden-Baden 2010, 109-126.
- Dr. Sibanda, Siphon*: Land Reform and Poverty Alleviation in South Africa. Paper Presented at the SARP Conference on Land Reform and Poverty Alleviation in Southern Africa Held at the Human Sciences Research Council Pretoria, 4th-5th June, 2001. www.sarpn.org/EventPapers/Land/20010604Sibanda.pdf
- Dressel, Denis*: Der lange Weg zum Frieden: konstruktive Konfliktbearbeitung in Südafrika. Münster [u.a.] 2001.
- Durczak, Nike*: Der Versuch einer Vergangenheitsbewältigung in Südafrika durch die Wahrheits- und Versöhnungskommission: Analyse von einigen Aspekten aus der Opferperspektive. Frankfurt am Main; Wien [u.a.] 2001.
- Durrheim, Kevin/Mtose, Xoliswa/Brown, Lyndsay*: Race Trouble: Race, Identity and Inequality in Post-Apartheid South Africa. Scottsville 2011.
- Elster, Jon*: Die Akten schließen: Recht und Gerechtigkeit nach dem Ende von Diktaturen. Frankfurt/Main [u.a.] 2005.

- Englert, Birgit/Bilger, Veronika/Gomes, Bea*: Ten Years after Apartheid-Interview with Prof. Alfred Tokollo Moleah, South African Ambassador to Vienna, in: *Stichproben*, Nr. 6, Wien 2004, 89-100.
- Ephraim, Adrian*: US General Motors settles apartheid reparations claim, in: *Mail & Guardian*, 29. Februar, Johannesburg, Südafrika 2012. <http://mg.co.za/article/2012-02-29-us-general-motors-settles-apartheid-reparations-claim/>
- Faull, Lionel*: Special Pension Unit Fails Activists, in: *Mail & Guardian*, 30. September, Johannesburg, Südafrika 2011. <http://mg.co.za/article/2011-09-30-special-pensions-unit-fails-activists/>
- Fay, Derick*: Review of Cherryl Walker, *Landmarked: Land Claims and Restitution in South Africa*, in: *RevAfrPolEcon*, Vol. 37, Nr. 124, Sheffield 2010, 249-250.
- Fisch, Jörg*: *Geschichte Südafrikas*. München 1990.
- García-Godos, Jemima*: Victim Reparations in Transitional Justice – What is at stake and why? in: *NJHR*, Vol. 26, Nr. 2, Oslo 2008, 111-130.
- García-Godos, Jemima*: Land Restitution in Transitional Justice: An Overview, in: *NJHR*, Vol. 28, Nr. 2, Oslo 2010, 122-142.
- Gibson, James L.*: Land Redistribution/Restitution in South Africa: A Model of multiple Values, as the Past Meets the Present, in: *BJPolS*, Vol. 40, Issue 1, Cambridge 2010, 135-169.
- Goldblatt, Beth*: Evaluating the Gender Content of Reparations: Lessons from South Africa, in: *Rubio-Marín, Ruth* (Hrsg.): *What Happened to the Women? Gender and Reparations for Human Rights Violations*. New York 2006, 48-91.
- Graybill, Lyn/Lanegran, Kimberly*: Truth, Justice, and Reconciliation in Africa: Issues and Cases, in: *African Studies Quarterly*, Vol. 8, Nr. 1, Gainesville 2004, 1-18.
- Greenberg, Stephen*: Land und Unfreiheit: Die Landlosenbewegung und das Scheitern der Landreform in Südafrika, in: *Ambacher, Jens Erik* (Hrsg.): *Südafrika: Die Grenzen der Befreiung*. Berlin 2010, 59-71.
- Guembe, María José*: Economic Reparations for grave Human Rights Violations: The Argentinean Experience, in: *De Greiff, Pablo* (Hrsg.): *The Handbook of Reparations*. Oxford [u.a.] 2006, 21-54.
- Gumede, William Mervin*: *Thabo Mbeki and the Battle for the Soul of the ANC*. 1. Aufl., Cape Town 2005.
- Gumede, William*: Befreiungsbewegung an der Macht: Welche Gefahren auf dem Weg zu einer neuen demokratischen Kultur lauern, in: *Wilke-Launer, Renate* (Hrsg.): *Südafrika: Katerstimmung am Kap*. Frankfurt am Main 2010, 30-42.
- Gunn, Shirley*: *Reparations Advocacy: The Case of Khulumani Support Group*. Paper presented at the African Transitional Justice Research Network Workshop “Advocating Justice: Civil Society and Transitional Justice in Africa”, 30-31 August, Johannesburg, South Africa 2010. http://www.transitionaljustice.org.za/docs/2010workshop/6_Gunn.pdf
- Hall, Ruth*: Design for Equity: Linking Policy with Objectives in South Africa’s Land Reform, in: *RevAfrPolEcon*, Vol. 25, Nr. 77, Sheffield 1998, 451-462.
- Hall, Ruth*: Land Restitution in South Africa: Rights, Development, and the Restrained State, in: *CJAfrS*, Vol. 38, Nr. 3, Ottawa 2004, 654-671.

- Hamber, Brandon*: Repairing the Irreparable: Dealing with the double-binds of Making Reparations for Crimes of the Past, in: E&H, 5 (3/4), Abingdon 2000, 215-226.
- Hamber, Brandon*: Rights and Reasons: Challenges for Truth Recovery in South Africa and Northern Ireland, in: FIntLJ, Vol. 26, Nr. 4, Fordham 2002, 1074-1094.
- Hamber, Brandon/Rasmussen, Kamilla*: Financing a Reparations Scheme for Victims of Political Violence, in: *Hamber, Brandon/Mofokeng, Tlhoki* (Hrsg.): From Rhetoric to Responsibility: Making Reparations to the Survivors of past political Violence in South Africa. Chapter 7, Johannesburg 2000. <http://www.csvr.org.za/wits/papers/papr2r7.htm>
- Hamill, James*: Das Ringen um die Zukunft Südafrikas. Strategie und Taktik der Konfliktparteien, in: E-A, Folge 1, Bonn 1993, 19-28.
- Hayner, Priscilla B.*: Fifteen Truth Commissions-1974 to 1994: A comparative Study, in: HRQ, Nr. 16, Baltimore 1994, 597-655.
- Hayner, Priscilla*: Same Species, different Animal: how South Africa Compares to Truth Commissions worldwide, in: Villa-Vicencio, Charles/ Verwoerd, Wilhelm: Looking back, Reaching Forward: Reflections on the Truth and Reconciliation Commission of South Africa. London 2000, 32-41.
- Hayner, Priscilla B.*: Unspeakable Truths: Facing the Challenge of Truth Commissions [Confronting State Terror and Atrocity]. New York [u.a.] 2002.
- Hippler, Jochen* (Hrsg.): Nation-Building: ein Schlüsselkonzept für friedliche Konfliktbearbeitung? Bonn 2004.
- Horowitz, David*: Uncivil Wars: the Controversy over Reparations for Slavery. 1. Aufl., San Francisco 2002.
- Hovland, Ingie*: Macro/Micro Dynamics in South Africa: Why the Reconciliation Process Will not Reduce Violence, in: JPD, Vol. 1, Nr. 2, Washington 2003, 6-20.
- Howard-Hassmann, Rhoda E./Lombardo, Anthony P.*: Framing Reparation Claims: Differences between the African and Jewish Social Movements for Reparations, in: AfrStudRev, Vol. 50, Nr. 1, Waltham 2007, 27-48,
- Howard-Hassmann, Rhoda E.*: Reparations to Africa. Philadelphia 2008.
- Howard-Hassmann, Rhoda E.*: Mugabe's Zimbabwe, 2000-2009: Massive Human Rights Violations and the Failure to Protect, in: HRQ, Vol. 32, Nr. 4, New York 2010, 898-920.
- Human, Linda*: Affirmative Action as Reparation for past Employment Discrimination in South Africa, in: *Brooks, Roy L.* (Hrsg.): When Sorry isn't enough: the Controversy over Apologies and Reparations for human Injustice. New York [u.a.] 1999, 506-509.
- Iheduru, Okechukwu C.*: Black economic Power and Nation-Building in Post-Apartheid South Africa, in: JModAfrS, Vol. 42, Nr. 1, London 2004, 1-30.
- James, Deborah*: 'The Tragedy of the Private': Owners, Communities and the State in South Africa's Land Reform Programme, in: Franz von Benda-Beckmann, Changing Properties of Property. New York 2007, 243-268.
- Kappel, Robert*: Wirtschaft und Entwicklung in Südafrika, in: *Distler, Werner* (Hrsg.): Konsolidierungsprojekt Südafrika: 15 Jahre Post-Apartheid. 1. Aufl., Baden-Baden 2010, 163-185.
- Karanja, Stephen Kabera*: Land Restitution in the Emerging Kenyan Transitional Justice Process, in: NJHR, Vol. 28, Nr. 2, Oslo 2010, 177-201.

- Kaußen, Stephan*: Von der Apartheid zur Demokratie: die politische Transformation Südafrikas. Wiesbaden 2003.
- Khulumani Support Group*, Activities, Provincial Capacity Building. <http://www.khulumani.net/khulumani/about-us/item/4-activities.html>
- Khulumani Support Group*, General Motors anerkannt Forderungen der Apartheidopfer, 2. März 2012. <http://www.khulumani.net/reparations/corporate/item/624-general-motors-anerkennt-forderungen-der-apartheidopfer.html>
- Khulumani Support Group*, GM ‘settles’ apartheid score, 2. März 2012. <http://www.khulumani.net/khulumani/in-the-news/item/625-gm-settles-apartheid-score.html>
- Khulumani Support Group*, Memorandum handed over to the National Department of Justice in Pretoria on Monday, March 19, 2012, 20. März 2012. <http://www.khulumani.net/khulumani/statements/item/635-memorandum-handed-over-to-the-national-department-of-justice-in-pretoria-on-monday-march-19-2012.html>
- Khulumani Support Group*, Memorandum „Reparations Now!: Close the Gaps of Injustices in Post-Apartheid South Africa, March 20, 2012. http://www.khulumani.net/khulumani/statements/item/download/39_10ff7753d4c7f66e1f7f504cf4006ac5.html
- Khulumani Support Group*, Partners. <http://www.khulumani.net/khulumani/about-us/item/14-partners.html>
- Kimani, Simon*: Report of the National Strategy Workshop on Reparations. Report of Workshop held at the Parktonian Hotel, 31 October, Johannesburg, South Africa 2001. <http://www.csvr.org.za/docs/reconciliation/reportnationalstrategy.pdf>
- Kindon, Greeta/Knight, John*: Unemployment in South Africa, 1995-2003: Causes, Problems and Policies, in: J AfrE, Vol. 16, Nr. 5, Oxford 2007, 813-848.
- Kiss, Elizabeth*: Moral Ambition within and beyond political Constraints, in: *Rotberg, Robert I.* (Hrsg.): Truth vs. Justice: the Morality of Truth Commissions. Princeton/NJ [u.a.] 2000, 68-97.
- Kramer, Helmut*: Vorwort, in: Bacher, Georg: Der Beitrag von Wahrheitskommissionen zur Friedenskonsolidierung und dauerhaften Versöhnung: das Beispiel Südafrika. Frankfurt am Main, Wien [u.a.] 2004, 9-10.
- Krog, Antjie*: Country of my Skull: Guilt, Sorrow, and the Limits of Forgiveness in the new South Africa. New York 2000.
- Lange, Rolf*: Südafrika auf dem Weg zur Demokratie: Föderalismus als Option der Konsolidierung? Münster 1998.
- Lapsley, Michael/Chubb, Karin*: Common Guilt or Common Responsibility? Moral Arguments for Reparations in South Africa, in: *Hamber, Brandon/Mofokeng, Tlhoki* (Hrsg.): From Rhetoric to Responsibility: Making Reparations to the Survivors of past political Violence in South Africa. Chapter 3, Johannesburg 2000. www.csvr.org.za/wits/papers/papr2r3.htm
- Lodge, Tom*: Politics in South Africa: From Mandela to Mbeki. 2. Aufl., Cape Town [u.a.] 2003.
- Magarrell, Lisa*: Reparations in Theory and Practice, Reparative Justice Series. International Center for Transitional Justice, New York. <http://ictj.org/sites/default/files/ICTJ-Global-Reparations-Practice-2007-English.pdf>

- Makhalemele, Oupa*: Still not Talking: Government's exclusive Reparations Policy and the Impact of the 30 000 financial Reparations on Survivors, Johannesburg 2004. <http://www.csvr.org.za/docs/reconciliation/stillnottalking.pdf>
- Makhalemele, Oupa*: Southern Africa Reconciliation Project: Khulumani Case Study, Johannesburg 2004. <http://www.csvr.org.za/docs/reconciliation/southernaficareconcillation.pdf>
- Mamdani, Mahmood*: Reconciliation without Justice, in: Southern African Review of Books, Vol. 46, November/December 1996. http://web.uct.ac.za/depts/sarb/X0045_Mamdani.html
- Mamdani, Mahmood*: A preliminary Critique of the Report of the Truth and Reconciliation Commission of South Africa (TRC), in: Diacritics, Vol. 32, Nr. 3/4, Baltimore 2002, 33-59.
- Mandela, Nelson*: Der lange Weg zur Freiheit. Hamburg 2006.
- Mani, Rama*: Beyond Retribution: Seeking Justice in the Shadows of War. Oxford [u.a.] 2007.
- Marx, Christoph*: Ubu und Ubuntu: Zur Dialektik von Apartheid und Nation-Building, in: Saeculum - Jahrbuch für Universalgeschichte. Köln 2001, 91-120.
- Marx, Christoph*: Von der Versöhnung zur Entsorgung? Die Wahrheitskommission im Umgang mit der Vergangenheit im „neuen“ Südafrika, in: C, Jg. 14, Nr. 5/6, Leipzig 2004, 107-123.
- Marx, Christoph*: Gedenken, Geschichte und Versöhnung in Südafrika und Zimbabwe, in: AS, Vol. 41, Nr. 2, Hamburg 2006, 155-174.
- Marx, Christoph*: Zwangsumsiedlungen in Südafrika während der Apartheid, in: *Heinemann, Isabel* (Hrsg.): Wissenschaft-Planung-Vertreibung: Neuordnungskonzepte und Umsiedlungspolitik im 20. Jahrhundert. Stuttgart 2006, 173-195.
- Marx, Christoph*: Südafrika: Geschichte und Gegenwart. Stuttgart 2012.
- McKinley, Dale T.*: Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück: Südafrikas African National Congress und die Dreierallianz seit 1994, in: *Ambacher, Jens Erik* (Hrsg.): Südafrika: Die Grenzen der Befreiung. Berlin 2010, 29-40.
- McLaughlin, Cahal*: Reparations in South Africa – a Visit to Khulumani, in: R&C, Nr. 44(1), Los Angeles 2002, 81-86.
- Mclin, Beth*: Waiting for Housing, in: *Connell, Dan* (Hrsg.): Old Wrongs, new Rights: Student Views of the new South Africa. Trenton [u.a.] 2008, 44-49.
- Mesthrie, Uma Dhupelia*: The Truth and Reconciliation Commission and the Commission on Restitution of Land Rights: Some Comparative Thoughts. Paper Presented at the Conference “The TRC: Commissioning the Past”. Johannesburg 1999. <http://wiredspace.wits.ac.za/bitstream/handle/10539/8013/HWS-282.pdf>
- Minow, Martha*: Innovating Responses to the Past: Human Rights Institutions, in: *Biggar, Nigel* (Hrsg.): Burying the Past: Making Peace and Doing Justice after Civil Conflict. Washington, DC 2003, 87-100.
- Mofokeng, Tlhoki/Hamber, Brandon* (2000): Contextualising Reconciliation and Reparations in South Africa, in: *Hamber, Brandon/Mofokeng, Tlhoki* (Hrsg.): From Rhetoric to Responsibility: Making Reparations to the Survivors of past political Violence in South Africa. Chapter 1, Johannesburg. <http://www.csvr.org.za/wits/papers/papr2r1.htm>
- Moyo, Sam*: African Land Questions, Agrarian Transitions and the State: Contradictions of neo-liberal Land Reforms. Working Paper Series, Dakar 2008. http://www.codesria.org/IMG/pdf/Sam_Moyo.pdf

- Murphy, Allison S.*: Affirmative Action in a deeply Divided Society: Lessons for South Africa from Malaysia's successful Redistribution Policies. Paper Presented at the annual Meeting of the American political Science Association, September 1-4, 2005. http://convention2.allacademic.com/one/apsa/apsa05/index.php?cmd=Download+Document&key=unpublished_manuscript&file_index=4&pop_up=true&no_click_key=true&attachment_style=attachment&PHPS ESSID=6t42vkfou54knqq2c26hujbmt7
- Ndungane, Njongonkulu*: Calling Apartheid's Profiteers to Account, Koordination Südliches Afrika e.V. www.kosa.org/documents/ndungane.pdf
- Neudeck, Rupert*: Die Kraft Afrikas: warum der Kontinent noch nicht verloren ist. München 2010.
- Ntsebeza, Lungisile*: Reconciliation, Reparation and Reconstruction in Post-1994 South Africa: What Role for Land? in: *Doxtader, Erik* (Hrsg.): To Repair the Irreparable: Reparation and Reconstruction in South Africa. Claremont 2006, 197-210.
- Ntsebeza, Lungisile*: Land Redistribution in South Africa: the Property Clause Revisited, in: *Ntsebeza, Lungisile* (Hrsg.): The Land Question in South Africa: the Challenge of Transformation and Redistribution. 1. Aufl., Cape Town 2007, 107-131.
- Oettler, Anika*: Vergangenheitspolitik zwischen globalen Normen und lokalen Verhältnissen, in: GIGA-Focus, Nr. 6, Hamburg 2006, 1-8.
- Orr, Wendy*: Reparation Delayed is Healing Retarded, in: Villa-Vicencio, Charles/ Verwoerd, Wilhelm: Looking back, Reaching Forward: Reflections on the Truth and Reconciliation Commission of South Africa. London 2000, 239-249.
- Pabst, Martin*: Krisenherde im südlichen Afrika (Teil 3), in: ÖMZ, Jg. 40, Heft 6, Wien 2002, 730-739.
- Pabst, Martin*: Südafrika. 2. Aufl., München 2008.
- Picker, Ruth*: Victims' Perspectives about the Human Rights Violations Hearings, Johannesburg 2005. <http://www.csvr.org.za/wits/papers/pappick.htm>
- Ponte, Stefano/Roberts, Simon/Van Sittert, Lance*: To BEE or not to BEE? South Africa's 'Black Economic Empowerment' (BEE), Corporate Governance and the State in the South. Danish Institute for International Studies, Working Paper Nr. 27, Copenhagen 2006, 1-56. http://kms1.isn.ethz.ch/serviceengine/Files/ISN/25843/ipublicationdocument_singledocument/e2c40e9a-d420-4eaf-8842-6fe292dd5e06/en/WP2006-27.final.pdf
- Puttergill, Charles/Bomela, Nolunkwe/Grobbelaar, Janis/Moguerane, Khumisho*: The Limits of Land Restitution: Livelihoods in three rural Communities in South Africa, in: DSAfr, Vol. 28, Nr. 5, Sandton 2011, 597-611.
- Raabe, Stephan*: Die Geschichte Südafrikas von 1652 bis 1978 im Überblick, in: *Maull, Hanns Werner* (Hrsg.): Südafrika: Politik – Gesellschaft – Wirtschaft vor dem Ende der Apartheid. Opladen 1990, 13-74.
- Reddy, Vasu/ Moletsane, Relebohile/Masilela, Temba*: Framing the Issue around Affirmative Action and Equity in South Africa: Policy, Progress, Prospects and Platitudes, in: Transformation-Critical Perspectives on Southern Africa, Vol. 77, Durbin 2011, 1-10.
- Roberts, Benjamin/Weir-Smith, Gina/Reddy, Vasu*: Minding the Gap: Attitudes toward Affirmative Action in South Africa, in: Transformation-Critical Perspectives on Southern Africa, Vol. 77, Durbin 2011, 1-30.
- Rosenblum, Nancy L.*: Justice and the Experience of Injustice, in: Minow, Martha: Breaking the Cycles of Hatred: Memory, Law and Repair. Princeton, N.J. [u.a.] 2002, 77-106.

- Roux, Theunis*: Land Restitution and Reconciliation in South Africa. Paper presented at a special event on Transitional Justice in South Africa, University of Cambridge, 3-4 November, 2006. http://www.saifac.org.za/docs/res_papers/RPS%20No.19.pdf
- Rustomjee, Cyrus*: From economic Debt to moral Debt: The Campaigns of Jubilee South Africa, in: *Ballard, Richard* (Hrsg.): *Voices of Protest: Social Movements in Post-Apartheid South Africa*. Scottsville 2006, 279-299.
- SAPA: Index Shows Increase in informal Jobs Sector, in: *Mail & Guardian*, 12. November 2012, Johannesburg, Südafrika. <http://mg.co.za/article/2012-11-12-index-shows-increase-in-informal-jobs-sector>
- Sarkin, Jeremy*: The Coming of Age of Claims for Reparations for Human Rights Abuses Committed in the South, in: *SUR-IJHR*, Year 1, Nr. 1, São Paulo 2004, 67-102.
- Sauer, Walter*: Wahrheitskommission beendet Tätigkeit – wie weiter? in: *Indaba*, Nr. 38, Wien 2003, 3-10.
- Sauer, Walter*: Human Rights and Reconciliation in South Africa, in: *Lütgenau, Stefan August* (Hrsg.): *Human Rights and a Middle East Peace Process*. Innsbruck; Wien [u.a.] 2007, 72-90.
- Schäfer, Rita*: Sexualisierte Kriegsverbrechen – Suche nach Gerechtigkeit, in: *E+Z*, Nr. 10, Bonn 2008, 361.
- Schäfer, Rita*: Der lange Schatten der Apartheid, in: *BlldtintPol*, Nr. 1, Berlin 2010, 23-25.
- Schicho, Walter*: Handbuch Afrika: Zentralafrika, südliches Afrika und die Staaten im Indischen Ozean. Band 1, 1. Aufl., Frankfurt am Main 1999.
- Schmidt, Siegmund*: Zivilgesellschaft in Südafrika nach dem Ende der Apartheid, in: *Betz, Joachim* (Hrsg.): *Zivilgesellschaft (Neues Jahrbuch Dritte Welt)*. Wiesbaden 2005, 157-169.
- Schmüdderich, Suitbert*: Der schwarze Widerstand, in: *Maull, Hanns Werner* (Hrsg.): *Südafrika: Politik – Gesellschaft – Wirtschaft vor dem Ende der Apartheid*. Opladen 1990, 129-190.
- Sooka, Yasmin*: The Unfinished Business of the TRC, in: *Hamber, Brandon/Mofokeng, Tlholi* (Hrsg.): *From Rhetoric to Responsibility: Making Reparations to the Survivors of past political Violence in South Africa*. Chapter 4, Johannesburg 2000. <http://www.csvr.org.za/wits/papers/papr2r4.htm>
- South Africa/Truth and Reconciliation Commission*: Das Schweigen gebrochen: Geschichte – Anhörungen – Perspektiven. Frankfurt am Main 2000.
- Southall, Roger*: The Logic of Black Economic Empowerment. Danish Institute for International Studies, Working Paper Nr. 28, Copenhagen 2006, 1-26. <http://www.diis.dk/graphics/Publications/WP2006/WP%202006-28.final.pdf>
- Soyinka, Wole*: The Burden of Memory, the Muse of Forgiveness. New York [u.a.] 1998.
- Sparks, Allister*: Beyond the Miracle: Inside the new South Africa. London 2003.
- Stanley, Elizabeth*: Evaluating the Truth and Reconciliation Commission, in: *JModAfrS*, Vol. 39, Nr. 3, London 2001, 525-546.
- Tachie-Menson, Reginald*: Wealth tax? Forget about it: Experts. *Business Live*, 2. Oktober 2011. http://www.businesslive.co.za/southafrica/sa_markets/2011/10/02/wealth-tax-forget-about-it-experts
- Teitel, Ruti*. *Transitional Justice*. Oxford 2000.

- Teitel, Ruti*: Transitional Justice Genealogy, in: HHRJ, Vol. 16, Cambridge 2003, 69-94.
- Terreblanche, Sampie*: Dealing with systematic economic Injustice, in: Villa-Vicencio, Charles/Verwoerd, Wilhelm: Looking back, Reaching forward: Reflections on the Truth and Reconciliation Commission of South Africa. London 2000, 265-276.
- Terreblanche, Sampie*: A History of Inequality in South Africa, 1652-2002. Pietermaritzburg 2003.
- Thaver, Beverly*: Affirmative Action in South Africa: The Limits of History, in: *Kennedy-Dubourdieu, Elaine* (Hrsg.): Race and Inequality: World Perspectives on Affirmative Action. Aldershot [u.a.] 2006, 153-172.
- Tolsi, Niren*: ANC Introduces new Policy on Land Restitution, in: Mail & Guardian, 30. Juni, Johannesburg, Südafrika 2012. <http://mg.co.za/article/2012-06-30-anc-introduces-its-new-policy-on-land-reform>
- Torpey, John C.*: Making whole what has been Smashed: On Reparation Politics. Cambridge 2006.
- Tutu, Desmond*: Foreword, in: *Alex Boraine* (Hrsg.), Dealing with the Past: Truth and Reconciliation in South Africa. 2. Aufl., Cape Town 1997, vii-viii.
- Tutu, Desmond*: Keine Zukunft ohne Versöhnung. Düsseldorf 2001.
- Vandeginste, Stef*: Legal Norms, Moral Imperatives and Pragmatic Duties: Reparation as a Dilemma of Transitional Governance, in: *Doxtader, Erik* (Hrsg.): To Repair the Irreparable: Reparation and Reconstruction in South Africa. Claremont 2006, 88-105.
- Van der Merwe, Hugo*: National and Community Reconciliation: Competing Agendas in the South African Truth and Reconciliation Commission, in: *Biggar, Nigel* (Hrsg.): Burying the Past: Making Peace and Doing Justice after Civil Conflict. Washington, DC 2003, 101-124.
- Van der Merwe, Hugo/Chapman, Audrey R.*: Did the TRC deliver? in: *Chapman, Audrey R.* (Hrsg.): Truth and Reconciliation in South Africa: Did the TRC deliver? Philadelphia 2008, 241-279.
- Van Zyl, Paul*: Dilemmas of Transitional Justice: The Case of South Africa's Truth and Reconciliation Commission, in: JIA, Vol. 52, Nr. 2, New York 1999, 647-667.
- Villa-Vicencio, Charles*: Restorative Justice in Social Context: The South African Truth and Reconciliation Commission, in: *Biggar, Nigel* (Hrsg.): Burying the Past: Making Peace and Doing Justice after Civil Conflict. Washington, DC 2003, 235-250.
- Villa-Vicencio, Charles*: Transitional Justice, Restoration, and Prosecution, in: *Sullivan, Dennis* (Hrsg.): Handbook of restorative Justice: a global Perspective. London 2006, 387-400.
- Von Soest, Christian*: Anspruch und Wirklichkeit der südafrikanischen Landreform: 1994-2001. Arbeitspapiere zu Problemen der internationalen Politik und der Entwicklungsländerforschung. München 2002.
- Von Soest, Christian/Cholet, Jérôme*: Südafrika: Enteignungen als neuer Weg in der Landreform? in: GIGA-Focus, Nr. 7, Hamburg 2006, 1-8.
- Von Soest, Christian*: Versöhner, Manager, Populist. Das Wirken der Präsidenten für die Konsolidierung der südafrikanischen Demokratie, in: *Distler, Werner* (Hrsg.): Konsolidierungsprojekt Südafrika: 15 Jahre Post-Apartheid. 1. Aufl., Baden-Baden 2010, 89-108.

- Walaza, Nomfundo*: Insufficient Healing and Reparation, in: Villa-Vicencio, Charles/ Verwoerd, Wilhelm: Looking back, Reaching Forward: Reflections on the Truth and Reconciliation Commission of South Africa. London 2000, 250-255.
- Walker, Cheryl*: Redistributive Land Reform: for What and for Whom? in: *Ntsebeza, Lungisile* (Hrsg.): The Land Question in South Africa: the Challenge of Transformation and Redistribution. 1. Aufl., Cape Town 2007, 132-151.
- Walker, Cheryl*: Landmarked: Land Claims and Land Restitution in South Africa. 1. Aufl., Johannesburg 2008.
- Walker, Cheryl*: Land Claims, Land Conservation and the Public Interest in Protected Areas, in: *Freund, Bill* (Hrsg.): Development dilemmas in post-Apartheid South Africa. Scottsville 2010, 275-298.
- Werle, Gerhard*: Neue Wege. Die südafrikanische Wahrheitskommission und die Aufarbeitung von schweren Menschenrechtsverletzungen, in: *Bock, Petra* (Hrsg.): Umkämpfte Vergangenheit: Geschichtsbilder, Erinnerung und Vergangenheitspolitik im internationalen Vergleich. Göttingen 1999, 269-289.
- Wilke-Launer, Renate*: Ein besseres Leben für alle: Südafrika streitet über den richtigen Weg in der Wirtschaftspolitik, in: *Wilke-Launer, Renate* (Hrsg.): Südafrika: Katerstimmung am Kap. Frankfurt am Main 2010, 43-51.
- Wilke-Launer, Renate*: Vom Verlust der Macht: Die Weiße Minderheit im neuen Südafrika, in: *Wilke-Launer, Renate* (Hrsg.): Südafrika: Katerstimmung am Kap. Frankfurt am Main 2010, 145-152.
- Williams, Rhodri C.*: The contemporary Right to Property Restitution in the Context of Transitional Justice, Occasional Paper Series, International Center for Transitional Justice, New York 2007. <http://ictj.org/sites/default/files/ICTJ-Global-Right-Restitution-2007-English.pdf>
- Wilson, Richard A.*: The Politics of Truth and Reconciliation in South Africa: Legitimizing the Post-Apartheid State. 4. Aufl., Cambridge [u.a.] 2005.
- Wittmann, Veronika*: Gewalt und Geschlecht. Eine Analyse der Alltagswelt in Südafrika, in: *Distler, Werner* (Hrsg.): Konsolidierungsprojekt Südafrika: 15 Jahre Post-Apartheid. 1. Aufl., Baden-Baden 2010, 127-143.
- Zehr, Howard*: Restorative Justice: When Justice and Healing Go together, in: Track Two: Constructive Approaches to Community and Political Conflict, Vol. 6, Nr. 3&4. Cape Town 1997. http://www.ccr.uct.ac.za/archive/two/6_34/p20_restorative.html
- Zehr, Howard*: Fairsöhnt: Restaurative Gerechtigkeit. Schwarzenfeld 2010.
- Zenker, Olaf*: Land Restitution and Transitional Justice in Post-Apartheid South Africa. Max-Planck-Institut für ethnologische Forschung. Working Paper No. 134, Halle/Saale 2011.
- Zimmermann, Roland*: Demokratie und das südliche Afrika: Antagonismus oder Annäherung? 1. Aufl., Wiesbaden 2004.
- Zimmermann, Roland*: Südafrika: Das Beispiel einer geglückten Erinnerungspolitik? in: *Landkammer, Joachim* (Hrsg.): Erinnerungsmanagement: Systemtransformation und Vergangenheitspolitik im internationalen Vergleich. München 2006, 161-198.

Bildnachweis

Zapiro: Desmond Tutu: “The Rich must help the Poor” as Part of Truth and Reconciliation.
Veröffentlicht in The Times am 25. August, 2011. <http://www.zapiro.com/cartoon/464635-110825tt>

„Ich habe mich bemüht, sämtliche Inhaber der Bildrechte ausfindig zu machen und ihre Zustimmung zur Verwendung der Bilder in dieser Arbeit eingeholt. Sollte dennoch eine Urheberrechtsverletzung bekannt werden, ersuche ich um Meldung bei mir.“

Abkürzungen für Zeitschriften

AfrA	African Affairs
AfrStudRev	African Studies Review
AS	Afrika Spectrum
BlldtintPol	Blätter für deutsche und internationale Politik
BJPolS	British Journal of Political Science
C	Comparativ
CJAfrS	Canadian Journal of African Studies
DP	Development in Practice
DSAfr	Development Southern Africa
E-A	Europa-Archiv
E&H	Ethnicity & Health
FA	Foreign Affairs
FIntLJ	Fordham International Law Journal
HHRJ	Harvard Human Rights Journal
HRQ	Human Rights Quarterly
JAfrE	Journal of African Economies
JIntA	Journal of International Affairs
JModAfrS	Journal of Modern African Studies
JPD	Journal of Peacebuilding & Development
JSAfrS	Journal of Southern African Studies
NJHR	Nordic Journal of Human Rights
ÖMZ	Österreichische Militärische Zeitschrift
R&C	Race & Class
RevAfrPolEcon	Review of African Political Economy
SUR-IJHR	SUR-International Journal on Human Rights

Abkürzungsverzeichnis

ANC	African National Congress
AVP	Afrikaner-Volksfront
AZAPO	Azanian People's Organisation
BEE	Black Economic Empowerment
COSATU	Congress of South African Trade Unions
EEA	Employment Equity Act
IFP	Inkatha Freedom Party
IRG	Individual Reparation Grants
KSG	Khulumani Support Group
LPM	Landless People's Movement
NLC	National Land Committee
NP	Nasionale Party
PAC	Pan Africanist Congress
RRC	Entschädigungs- und Rehabilitierungskomitee
SACP	South African Communist Party
TRC	Truth and Reconciliation Commission
UIR	Urgent Interim Reparation

Zusammenfassung

Nach dem formellen Ende der Apartheid 1994 stand die neue Regierung Südafrikas vor der schwierigen Aufgabe, wie die Aufarbeitung vergangener Menschenrechtsverletzungen im Übergang zur Demokratie gestaltet werden soll. Mit dem Gesetz zur Förderung der nationalen Einheit und Versöhnung (Promotion of National Unity and Reconciliation Act) wählte Südafrika den Weg der Auseinandersetzung durch die Einrichtung einer Wahrheits- und Versöhnungskommission als opferorientierte Strategie der Transitional Justice. Ein zentraler Bestandteil der Versöhnungspolitik und des Nationsbildungsprozesses bildete das Recht auf finanzielle sowie nichtfinanzielle materielle Entschädigung als Ausgleich für historisches Unrecht.

Die Zielsetzung der vorliegenden Arbeit ist mittels einer Literaturstudie ein umfassendes Bild der Entschädigungsdebatte in Südafrika nach der Apartheid aufzuzeigen. Sie untersucht, inwieweit die gesetzten Entschädigungsmaßnahmen realisiert und in Folge von staatlichen und nichtstaatlichen AkteurInnen in Südafrika wahrgenommen und bewertet wurden. Im Mittelpunkt der Analyse stehen monetäre Entschädigungszahlungen sowie Landrestitution und Affirmative Action.

Aus der Sicht vieler Opfer konnten jedoch die staatlichen Entschädigungsmaßnahmen nicht ihre Erwartungen erfüllen: die geringen Entschädigungsbeträge, Verzögerungen im Auszahlungs- und Restitutionsprozess sowie ein eng gefasste Affirmative Action Programm trugen bei den Opfern zur Selbstwahrnehmung bei, als Verlierer der politischen Transition hervorzugehen. Dadurch wird der Konsolidierungsprozess hin zu einer inklusiven, gewaltarmen Gesellschaft, erschwert. Es zeigte sich, dass nicht die individuelle Entschädigung für vergangenes Leid an erster Stelle steht, sondern die Perspektive gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Entwicklung.

Abstract

After the formal end of Apartheid in 1994, the South African government had to face the task of handling the committed human rights abuses in the transition to democracy. On the basis of the Promotion of National Unity and Reconciliation Act South Africa chose to deal with these abuses by establishing the Truth and Reconciliation Commission as a means of transitional justice. A major component of the politics of reconciliation and the nation-building process was the legal right for financial and non-financial reparation as a mean to rectify historical injustice.

The goal of this present paper is to show a comprehensive picture of the reparation debate in South Africa after the end of Apartheid through a literature study. The paper examines to what extent the reparation measures were realised and how they were perceived and evaluated by governmental and non-governmental agents in South Africa. The focus of this analysis is on monetary reparation payments as well as on land restitution and affirmative action.

In the frame of this future-oriented strategy of transitional justice expectations of individual survivors could not be met. Claimants' complaints concerning the small amount of money, the delays of payments and restitutions and the narrow affirmative action program show a self-perception as being left out in the political transition. For that reason the consolidation process towards an inclusive and nonviolent society is hindered. It becomes apparent that not individual reparations for past human rights abuses were the main priority of the new elected government but the perspective of societal and economic development.

Lebenslauf

Geburtsdatum, -ort: 25.09.1984, Wien

Familienstand: in Partnerschaft lebend

Staatsbürgerschaft: Österreich

Schulbildung und Studium

<i>Seit 09/2003</i>	Universität Wien, Diplomstudium der Internationalen Entwicklung und Diplomstudium der Afrikawissenschaften
<i>09/1995 - 09/2003</i>	Bundesgymnasium VIII Albertgasse 18-22, 1080 Wien; abgeschlossen mit Matura
<i>09/1991 - 06/1995</i>	Volksschule Stiftgasse 35, 1070 Wien

Weiterbildung und Praktikum

<i>06/2009</i>	Seminar „Vom Konflikt zum Konsens – Gewaltfreie Kommunikation nach Marshall-Rosenberg“ (Ausmaß: 15 Stunden)
<i>03/2009 - 11/2009</i>	Lehrgang „Gewaltfreiheit – Ausbildung zur Friedensarbeit“ des Internationalen Versöhnungsbundes (Ausmaß: 100 Stunden)
<i>Seit 12/2008</i>	ehrenamtliche Mitarbeit beim Verein Ute Bock
<i>09/2004 - 11/2004</i>	Praktikum bei Edirisa (Uganda); Tätigkeit: Organisation und Durchführung von Workshops für Kinder und Jugendliche

Sprachkenntnisse

Muttersprache: Deutsch

Fremdsprachen: Englisch in Wort und Schrift
Französisch Grundkenntnisse
Spanisch Grundkenntnisse
Swahili Grundkenntnisse
Wolof Grundkenntnisse